

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 7. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich, 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post, Zeitungs-Verzeichnis. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigendruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Entwicklungsgang des deutschen Liberalismus.

In den Auseinandersetzungen, die durch die Budgetbewilligung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Baden entzündet wurden, spielen die Beziehungen der Sozialdemokratie zu den liberalen Parteien eine Hauptrolle. Der leitende Gedanke jener gegen die Parteibeschlüsse frondierenden badischen Genossen ist der, daß wir unser Verhältnis zu den liberalen Parteien einer Revision unterziehen müssen, um zu einem direkten Bündnis mit ihnen — Großblock ist der Name dafür — zu gelangen. Nur auf diese Weise lasse sich für die Sozialdemokratie in Deutschland etwas erreichen, das sei die wahrhaft positive und praktische Politik. Zur Unterstützung dieser revisionistischen Argumente wird geltend gemacht, daß die liberalen Parteien selbst zu einer kräftigeren Vertätigung ihrer liberalen Grundzüge zurückgekehrt sind.

Zur Wertung der Großblockforderung ist es raffam, das Wesen der liberalen Parteien einer Prüfung zu unterziehen. In der liberalen Presse wird geflissentlich die landläufige Vorstellung kultiviert, als ob die liberalen Parteien ihren Ursprung einer allgemeinen Freiheitsideologie verdanken. Daß sie diesen Idealen keineswegs treu geblieben sind, wird als eine Verirrung betrachtet, die durch Selbstbestimmung jederzeit repariert werden kann. Dabei wird die Wirkung mit der Ursache vertauscht. Es wurde bei anderen Gelegenheiten bereits darauf hingewiesen, daß wirtschaftliche Ursachen und soziale Konflikte die liberale Partei in Deutschland wie in anderen Ländern als die Klassenpartei des Bürgertums zur Durchkämpfung kapitalistischer gegenüber feudalen Staats- und Gesellschafts-einrichtungen ins Leben riefen. Da es sich dabei zunächst um die Sprengung überlebter und verhärteter Formen, um die Entfesselung individueller Kräfte zur ungehemmten wirtschaftlichen Betätigung handelte, mußten in der Ideologie dieser Bewegung freiheitliche Forderungen in den Vordergrund treten. Da ferner zu der Zeit, als sich in Deutschland die Klassenpartei des Bürgertums bildete, also in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, ein Industrieproletariat erst in der Entstehung begriffen war und es in seinen Anfängen obendrein noch vielfach gemeinsame Interessen mit dem kapitalistischen Bürgertum wie mit dem Kleinbürgertum gegenüber den feudalen Klassen und der Bürokratie zu verfechten hatte, konnte die entstehende liberale Partei sich der Illusion hingeben, daß sie die Interessen des „Volkes“, das heißt der großen Masse der erwerbstätigen Bevölkerung gegenüber den feudalen bürokratischen Herrschaftsorganisationen vertrete. In der Ausdrucksweise, die sich aus dieser Auffassung ergab, bewegten sich auch jetzt noch mit Vorliebe die Wortführer der liberalen bürgerlichen Parteien in den Parlamenten und der Presse.

Auch der Schein einer Verechtigung dafür ist jedoch längst geschwunden. Die Kämpfe des Jahres 1848 waren zunächst noch gemeinsam geführt worden vom Bürgertum und Proletariat. Sie führten aber bald zur Differenzierung der sozialen Klassenforderungen und zur Entwicklung einer selbstständigen proletarischen Bewegung. Gemeinsam blieben den Klassenparteien des Bürgertums und des Proletariats jedoch noch das Streben nach Befreiung des Individuums vom junkerlichen und bürokratischen Druck und der kümmerlichen Kleinlaxerei. Doch schon an die Demokratisierung des Staatswesens traute sich das Bürgertum in den fünfziger und sechziger Jahren nicht mehr rückhaltlos heran. Immerhin war das liberale Bürgertum bis in die Mitte der sechziger Jahre in Deutschland durchweg oppositionell gesinnt. In der Konfliktzeit suchte der preussische Liberalismus sogar ernstlich dem Militarismus Abbruch zu tun, obgleich er vor allen revolutionären oder auch nur revolutionär scheinenden Schritten zurückschreckte und so mit leichter Mühe von der reaktionären preussischen Regierung beiseite geschoben wurde.

Dann kam der Umschwung in der Haltung des liberalen Bürgertums infolge der Siege auf den böhmischen Schlachtfeldern. Bismarck war klug genug, die wichtigsten Klassenforderungen des kapitalistischen Bürgertums sich zu eigen zu machen: die wirtschaftliche Einigung Deutschlands zunächst, aber auch die politische, soweit sie verträglich ist mit der Selbstherrlichkeit der Bürokratie in den Einzelstaaten. Gesichert wurde auch die Bewegungsfreiheit der Unternehmer sowohl wie der Arbeiter, beiden notwendig für die Förderung der kapitalistischen Entwicklung. Ja, sogar das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, die Errungenschaft des Jahres 1848, mußte, um die breiten Volksmassen, die Arbeiter und Kleinbürger, für die neuen staatsrechtlichen Verhältnisse zu gewinnen, wieder ins Leben gerufen werden, zunächst für den Norddeutschen Bund, später für das Deutsche Reich. Bei diesem ersten Anlauf zur Demokratisierung Deutschlands ist es aber auch geblieben. Wohl in verschiedenen Kleinstaaten, nicht aber in Preußen ist man darüber hinausgekommen. Den vollen bürokratischen Charakter hat aber auch in den Kleinstaaten die Staatsverwaltung bewahrt. Hätte das liberale Bürgertum in jener kritischen Periode Haare auf den Zähnen gehabt und wirklich Ernst gemacht mit seinen ideologischen Forderungen, so hätte weit mehr errungen werden können für die freiheitliche Ausgestaltung des staatlichen Lebens in Deutschland. Aber gerade darin, daß die neugegründete und

im Reichstag ausschlaggebende nationalliberale Partei sich im wesentlichen mit der Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Forderungen des Bürgertums begnügte, prägte sich der bürgerliche Klassencharakter dieser Partei sinnfällig aus.

Man kann den politischen Prozeß, der sich damals in Deutschland vollzog, als ein Kompromiß zwischen dem kapitalistischen Bürgertum und der junkerlich-bürokratischen Herrschaftsorganisation bezeichnen. Dem Bürgertum wurden seine wirtschaftlichen Forderungen zur Durchsetzung der kapitalistischen Entwicklung vollaus bewilligt; dagegen verzichtete es auf den Versuch, dem parlamentarischen Regierungssystem und der bürgerlichen Selbstverwaltung zum Durchbruch zu verhelfen. Der junkerlich-bürokratische Herrschaftsorganismus blieb unangefastet. Er wurde in seinem Bestande und in seiner Wirksamkeit vielmehr noch unterstützt und gekräftigt durch das militärfromm gewordene Bürgertum, dem die Angst vor der Sozialdemokratie bereits in die Glieder gefahren war und das deshalb in einem starken Heer und einer rücksichtslosen Bürokratie einen Schutzwall gegen den Sozialismus erblickte.

Es braucht hier nicht erneut dargestellt zu werden, wie Schritt für Schritt die Politik dieser antisozialistischen, profkapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungs-konkalition immer freierfeindlicher wurde, und wie gleichzeitig das Sozialistengeheiß und die Schutzpolitik die große Masse des liberalen Bürgertums auch mit den Interessenten des Agrarkapitals, den Konservativen, zu einer Interessengemeinschaft verflocht.

Auch der letzte Rest des liberalen Bürgertums, der sich anfangs noch der Regierungskoalition wegen der illiberalen und schutzzönerischen Politik oppositionell gegenübergestellt hatte, machte in der Ära Bismarck seinen Frieden mit dem Militarismus und der junkerlich-bürokratischen Herrschaftsorganisation. Den Anstoß dazu gab der im Bürgertum entsetzte imperialistische Drang, fremde Länder und Völker mit staatlichen Gewaltmitteln durch eine sogenannte Kolonialpolitik auszubeuten. Bei dieser Gelegenheit wurde vorübergehend die an sich konservativ gerichtete Zentrumspartei in eine Oppositionsstellung gegen die neue konservativ-liberale Regierungskoalition gedrängt. Denn das Charakteristische für den „entschiedenen“ Liberalismus bei diesen Vorgängen war, daß er an Bewilligungsfreudigkeit für imperialistische Zwecke sowohl wie an Preisgebung parlamentarischer Rechte die Zentrumspartei noch übertrumpfte, um sich durch die Gunst der maßgebenden Junkerpartei und der amtierenden Bürokratie wieder auf die Strümpfe bringen zu lassen.

Mit diesen Vorgängen der Bismarck-Ära war der Umbildungsprozeß des deutschen bürgerlichen Liberalismus aus einer Partei der staatsrechtlichen Opposition gegen das bürokratisch-junkerlich-militaristische Regierungssystem zu einer Schutztruppe dieses Systems zum Abschluß gekommen. Die Schwelung, die 1896 das Gros des liberalen Bürgertums als nationalliberale Partei vollzog, ist vierzig Jahre später nachgehakt worden von denjenigen liberalen Gruppen, deren wirtschaftliche Grundlage zum Teil in den noch nicht ins reaktionäre Lager abgeschwenkten Resten des Kleinbürgertums, zum Teil in den Interessenten des Handelskapitals zu suchen ist. Ein prinzipieller Unterschied zwischen den Nationalliberalen und der neugeformten fortschrittlichen Volkspartei besteht heute nicht mehr. Nur taktische Fragen bilden noch eine wesentliche Trennungslinie zwischen den beiden Parteien des deutschen Liberalismus. Hauptächlich die Stellungnahme zu den Zollfragen hält sie noch auseinander. Die Nationalliberalen als Vertreter des Industriekapitals, zum Teil auch sich stützend auf klein- und mittelbäuerliche Elemente, sind Anhänger, wie sie Mitbegründer des Schutzollsystems waren. Die fortschrittliche Volkspartei ist freihändlerisch gerichtet, obgleich auch in ihren Reihen schon Elemente wirksam sind, die schutzzönerische Ansichten vertreten, oder doch auf die Anerkennung des Status quo hinarbeiten.

Staatsrechtlich oppositionell ist, wenn man von den nationalen und partikularistischen Sondergruppen absteht, in Deutschland heute keine einzige bürgerliche Partei. Nur die Sozialdemokratie vertritt in engem Zusammenhange mit ihren sozialistischen Forderungen unbedingt die angeblich gleichfalls der liberalen Ideologie angehörigen Forderungen der Demokratisierung unseres Staatswesens in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde.

Gibt es nun trotzdem in der gegenwärtigen Situation Möglichkeiten des Zusammengehens der Sozialdemokratie mit den Parteien des bürgerlichen Liberalismus? Wirken wirtschaftliche und politische Ursachen auf ein solches Zusammengehen hin?

Dies soll in einem folgenden Artikel beantwortet werden.

Ein christliches Berichtigungsmanöver.

Zu der wunderbaren Berichtigung der „Zentralstelle des Gewerkevereins christlicher Bergleute“, die wir in der Nr. 208 veröffentlichten, wird uns aus dem Ruhrrevier geschrieben:

Als es soll unwahr sein, daß der Gewerkeverein Wahlhilfe bei den natürlichen Gegnern der Bergarbeiter, den Grubenbesitzern nachgesucht und gefunden und daß der Gewerkeverein mit den Zechen ein widerliches und unehliches Kompromiß abgeschlossen hat. Was im Ruhrrevier jedermann weiß, wird einfach abgestritten.

Wir wollen die Stelle aus dem „Vorwärts“, die für den obigen Abstreitungsvorschlag Vogelsangs bezug des Gewerkevereins in Frage kommt, hier nochmals abdrucken. Wir stellen zunächst fest, wie nach vorausgegangenen Wahlniederlagen beim Gewerkeverein angeregt wurde, doch mit den konfessionellen Arbeitervereinen näher in Verbindung zu treten, um mit Hilfe dieser Vereine die Niederlagen des Gewerkevereins später zu verhindern. Dann schrieben wir:

„Wer nun aber mit den konfessionellen Vereinen arbeiten will, der kann die hinter diesen Vereinen stehenden Parteien nicht umgehen. Für die katholischen Arbeitervereine steht das Zentrum und hinter den evangelischen die nationalliberale Partei, die im Ruhrrevier bekanntlich von den Geldern der reichen rheinisch-westfälischen Gruben- und Hüttenbarone ausgehalten wird; ebenso werden die politischen Wahlen im Ruhrrevier von der Großindustriellen bezahlt! Wer also die Hilfe der evangelischen Arbeitervereine sucht, der trifft unbedingt auf dem Wege dahin die Zechen und das Rubel angelasteter nationalliberaler Parteifunktionäre! Das weiß auch der Gewerkeverein, aber die Angst vor der Niederlage dämpfte den alten Haß gegen die Nationalliberalen. Nicht lange dauerte es, und der Gewerkeverein hatte Fühlung mit ihnen gesucht und gefunden. Das Kompromiß kam gegen den Verband zustande.“

Auf diese, wie auf die weiteren von uns im „Vorwärts“ gemachten Feststellungen, so u. a., daß das Kompromiß aller Nichtverbändler und Nichtsozialdemokraten nicht nur für die kommenden Wahlen, sondern auch für die nächsten Reichstagswahlen bleiben soll, geht Herr Vogelsang mit keinem Worte ein. Ebenjowenig darauf, daß das Organ des Gewerkevereins, der „Bergknappe“, offen dieses Kompromiß gutheißt und vertritt. Herr Vogelsang streitet also ab, was die gesamte bürgerliche Presse im Ruhrrevier und selbst das Gewerkevereinsorgan offen zugibt und vertritt. Die christlichen Herrschaften zeigen mit ihrer Berichtigung wirklich eine sehr dreiste Stirn!

Das Organ der evangelischen Arbeitervereine, der „Evangelische Arbeiterbote“, wußte am 18. August zu schreiben: „daß, nachdem seitens des christlichen Gewerkevereins die Anregung zum gemeinsamen Vorgehen gegeben war, die Verbandsleitung (der evangelischen Arbeitervereine. Die Red.) es für angezeigt gehalten hat — ehe die Angelegenheit dem Ausschuss unterbreitet wurde — bei dem Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein anzufragen, ob er sich an einem solchen Zusammengehen mit anderen nationalen Arbeitervereinigungen beteiligen wolle. Der Hirsch-Dundersche Gewerkeverein hat aber ablehnend geantwortet. Eine Zuschrift ist allen Vereinsvorständen zugegangen.“

Diese Sätze erzählen uns, daß seitens des Gewerkevereins selbst die Anregung zum gemeinsamen Vorgehen gegeben wurde. Sie stützen also unsere Behauptung, daß der Gewerkeverein um das Kompromiß nachgesucht hat und auf Entgegenkommen stieß.

Denn jetzt beriefen nationalliberale, von den Zechen- und Hüttenherren bezahlte Parteifunktionäre evangelische Arbeitervereinsversammlungen wie auch Versammlungen der nationalliberalen Arbeitervereine ein, in denen dann die Vorschläge für ein Kompromiß beraten und gutgeheißen wurden. Die nationalliberalen Parteifunktionäre, dieselben, die jederzeit die Zechen gegen die Bergarbeiter stützen, wurden christlichseins in die Gewerkevereinsversammlungen geladen und hielten hier Referate für die Sammlung. Umgekehrt gingen Gewerkevereinsführer in die konfessionellen Gewerkevereine bzw. nationalliberalen Parteivereine hinein und munterten daselbst die Vereinsmitglieder für das Kompromiß auf! In der „Bergarbeiterzeitung“ vom 3. September sind allein 18 Fälle aus dem gegenseitigen Aufhandel angeführt und jeder einzelne Fall unter Angabe von Datum, Ort und Ort wie unter Namensnennung der beteiligten Personen geschildert.

Da lesen wir, wie der zweite Vorsitzende des Gewerkevereins, Herr Kühme, sich um ein Zusammengehen mit einer Zeche bemüht hat, ferner, wie selbst die Zechenbeamten für das Kompromiß sich bemühen. Auf der Zeche Rheinpreußen erhielten Grubenbeamte Stimmzettel für die Gewerkevereinskandidaten bei der Vergewerkegerichtswahl; sie agitierten auch bei den Sicherheitsmännerwahlen gegen den Verband, für den Gewerkeverein. Bei den ersten Wahlen hat sich in hervorragender Weise der Betriebsführer Christian für den Gewerkeverein ins Zeug gelegt! Am 31. Juli 1910 forberte in einer Versammlung des evangelischen Arbeitervereins in Kraß der frühere Vorsitzende dieses Vereins, Tagesaufseher Wandke von Zeche Bonifazius, auf, gemeinsam für die Gewerkevereinskandidaten einzutreten.

Dann fand vor einiger Zeit in Werden-Land eine Versammlung des evangelischen Arbeitervereins statt, worin der Vorsitzende, ein Lehrer, meinte:

„Wenn die Knappschaftsältestenwahlen so wichtig seien, dann wäre es wohl angebracht, daß die Zechenverwaltung für die Kandidaten des Gewerkevereins im stillen agitierte! Hierauf meldete sich Fahrsteiger Zimmermann von Zeche Portingskiepen und erklärte, daß er das schon besorgen wolle!“

In einer Versammlung in Mählingshausen trat der Vorsitzende des nationalliberalen Vereins, ein gewisser Wunz, für das Kompromiß mit dem Gewerkeverein ein. Hinter Wunz stand und steht der Grubendirektor Donacker von der Zeche Königsgrube. Das Kompromiß, für das die Beamten der Zeche und der Direktor eintreten, hat schon bei den Sicherheitsmännerwahlen gespielt. In einer am 17. Juli in Aletessen tagenden Versammlung des evangelischen Arbeitervereins forderte ein christlicher Jahrestellenvorsitzender die Versammelten auf, für

Sad Kompromiß einzutreten. Als die Versammelten nicht mitmachen wollten, stand der Zechenbetriebsführer Riddelmann auf und sagte:

Kameraden! (Der Betriebsführer ist auch Mitglied des evangelischen Knappenvereins.) Ich kann dem Kameraden Meines nur recht geben. Wenn Ihr jetzt bei den Wahlen nicht mit dem christlichen Gewerkeverein zusammengeht, dann werdet Ihr die Kosten nie wieder westiegen. (Zurufe: Warum denn auch! Diese sind uns gut genug!) Ich möchte Euch nun bitten, daß Ihr Euch baldigst dem Gewerkeverein anschließt, denn dieser will bei der Kandidatur nur Mitglieder berücksichtigen.

In einer gemeinsamen Versammlung der Kompromißler am 24. August in Gertze sprach der nationalliberale Reichstagskandidat für den Wahlkreis Wörten-Reddinghausen, Steiger Fiebach, und der Sekretär der nationalliberalen Zechenpartei Kämpfer warm für das Zusammengehen mit dem Gewerkeverein. Kämpfer gütliche folgende Ausführungen des „Vergnappens“ vom 20. August 1910:

„So viel ist aber Tatsache, wenn bei den kommenden Reichstagswahlen die Anhänger der bürgerlichen Parteien zusammenhalten, dann ist ihnen ein glänzender Sieg sicher... Wir würden es für sehr wünschenswert halten, wenn dieser Mann (Que) aus dem Reichstag verschwindet und zwar im wohlverstandenen Interesse der Bergarbeiter... Und wenn dieses Zusammenwirken im Knappheitswahlkampf zur Folge hat, daß bei der nächsten Reichstagswahl die bürgerlichen Parteien sich näher kommen gegen die Sozialdemokratie, dann sagen wir dazu: Glück auf!“

Dazu bemerkte Kämpfer:

„Es sind schon Bestrebungen nach der hier angegebenen Richtung im Gange und hoffentlich gelingt es bei der nächsten Reichstagswahl 1911, den Sozialdemokraten Que zu beseitigen.“

In Bochum-Biemelhäusen ist der Obersteiger Unterberg in das vorbereitende Wahlkomitee für die Knappheitswahlen gewählt worden!! So reißt sich ein Fall an den anderen. Überall haben höhere und niedere Zechenämter bei dem Bündnis für die kommenden Wahlen ihre Hand im Spiel. Die christliche Zentralleitung des Gewerkevereins aber beauftragt Herrn Vogelgang, eine „Berichtigung“ an den „Vorwärts“ zu schreiben! Höher hinauf geht es nicht. Es ist unmöglich, es ist unmöglich! So schreibt Herr Vogelgang. Was aber wahr ist, haben wir oben gezeigt. Nach Belieben können unsere Feststellungen fortgesetzt werden.

So wie der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter handelt, handelt keine Arbeiterorganisation, die es ehrlich mit den Bergarbeitern meint, so kann nur eine Schutztruppe des Unternehmertums handeln. Wir haben ja schon in „Vorwärts“ mitgeteilt, wie die „Königliche Volkszeitung“ flehentlich bei den Zechen Abbitte leistete, weil der christliche Gewerkeverein früher „Fehler“ gemacht oder eine falsche Taktik eingeschlagen habe, als er mit dem Verbande in gewissen Fragen zusammenging! Das soll nicht wieder vorkommen! Und Herr Effert, der Generalsekretär des Gewerkevereins, kam her, als ihm der „Vorwärts“ kürzlich die Reviten las, und predigt offen den Streikbruch! So etwas wird doch bei den Zechen verstanden. Mit Recht haben wir geschrieben, daß der Gewerkeverein auf dem besten Wege ist, eine gelbe Gewerkschaft zu werden — es ist schon jetzt soweit gekommen.

Zum Schluß heißt es in der Berichtigung, daß die Zechen und der Gewerkeverein nicht gemeinschaftlich die Kandidaten für die kommenden Wahlen sortiert haben, daß der Gewerkeverein nicht mit seinen Kandidaten zurücktrat, wenn es die Zechen wünschten. Dagegen höre man die Tatsache. Auf Rheinpreußen wurden auf der Gewerkevereinsliste nicht nur Unorganisierte bei den Sicherheitsmännerwahlen aufgenommen, nein, auch ein Fahrhauer (eine Art Hilfssteiger) und ein Schachtaufseher!

In einer Mitgliederversammlung des Gewerkevereins am 21. August in Carney war auch der Obersteiger Papst erschienen. Dieser plädierte hier für Aufstellung eines unorganisierten Bergarbeiters. Er sagte: „Warum soll der Kandidat organisiert sein. Wir können auch sehr gut einen Unorganisierten aufstellen. Unter den Unorganisierten gibt es auch Leute, die das Amt eines Kneipen sehr gut führen können.“

Die Betriebsleitung der Zeche Graf Schwerin hat auch Kandidaten zur Knappheitswahl aufgestellt, dem Aufgestellten es aber zur Bedingung gemacht, sich in den Zechengewerkeverein, genannt Gewerkeverein „christlicher“ Bergarbeiter, aufnehmen zu lassen. Der Kandidat Schupp haus hat sich daher im vorigen Monat in dem Zechengewerkeverein als Mitglied angemeldet.

Zum Schluß noch einen Fall, der im Ruhrbecken großes Aufheben machte. Am 21. August nahm in einer Belegschaftsversammlung der Zeche Zenitum ein christliches Gewerkevereinsmitglied (Haupt) das Wort und erklärte:

„Ich kann beweisen, daß der christliche Gewerkeverein nicht mit den evangelischen Arbeitervereinen, sondern direkt mit den Zechen Kompromisse abschließt. Ich war 14 Jahre lang Mitglied des Gewerkevereins und für die Wahlen als Kandidat für meinen Sprengel aufgestellt. Vor einigen Tagen kam der Vorsitzende unserer Zelle und erklärte: „Du mußt von der Kandidatur zurücktreten. Wir haben ein Kompromiß mit der Zeche abgeschlossen. In diesem Sprengel stellt die Zeche Kandidaten auf, für die auch die Beamten eintreten.“ Darauf er, hätte ich: „Ja, wenn es so ist, trete ich zurück, denn mit einem Zechengewerkeverein will ich nichts mehr zu tun haben!““

Der Gewerkevereinsleitung und der Zentrumspresse kam dieser Vorfall sehr unangenehm. Die erstere veröffentlichte eine „Berichtigung“, die denselben inneren Wert hatte als die obige von Vogelgang verfaßte. Es gab eben nichts zu berichtigen. Wir haben die Angelegenheit haarscharf genau nachgeprüft und gefunden, daß Faust Wort für Wort die Wahrheit gesagt hat!

So, nun mag jeder prüfen, ob wir zu viel gesagt haben, als wir das Kompromiß und seine Begleiterscheinungen festnagelten. Wir sind bereit, eine ganze Anzahl ähnlicher Vorkommnisse noch anzuführen, wenn die oben angeführten Fälle nicht genügen sollten. Im übrigen werden ja die Bergarbeiter im Ruhrbecken dem Gewerkeverein für sein verräterisches Spiel die Antwort am 17. September noch einmal erteilen. Was diese Organisation jetzt auch noch beginnt — und sie greift zu den verlogensten und verzweifeltsten Mitteln —, die Wahlen werden ihr eine Niederlage bringen, von der der Gewerkeverein sich nicht mehr erholen wird. Dafür bürgt die große Begeisterung, mit der die hinter dem Verbanne stehenden Bergarbeiter den Wahlkampf führen.

Die Handabhacker-Affäre

wird immer mysteriöser und — Breslauer. Aus Horn über die Schlußfolgerungen, die Genosse Albert aus der Tatsache zog, daß man dem Polizeipräsidenten gewaltsam den Mund verschloß, hat man ihn jetzt mit einem neuen Strafverfahren beglückt! Jetzt steht die Sache also so: Der Polizist hat einem Wehrlosen hinterhals die Hand ab, die Verteidigung ersucht die Staatsanwaltschaft, sämtliche beteiligte Schulkleute — es konnten im höchsten Maße 6-10 in Frage kommen! — eidlich zu ver-

nehmen. — Die Staatsanwaltschaft lehnt das aber ab! Dafür spricht der Polizeipräsident Dr. Wieno im Polizeiblatt in Zeitdruck sämtlichen an der Straßenschloß vom 19. April 1906 tätig gewesenem Polizisten seinen Dank für ihr tapferes Verhalten usw. öffentlich aus, und ein gegen die Schulkleute eingeleitetes „Verfahren“ wird alsbald wieder eingestellt. Im Laufe der Jahre wird's aber wieder. Im April 1909 nimmt Genosse Albert in der Stadterordnetenversammlung Veranlassung, bei der Beratung des Polizeietats dem Handabhacker und seinem Beschützer ein kräftiges Wortlein zu sagen; beide werden aber von einem nationalliberalen Professor pathetisch in Schutz genommen. Im Herrenhause erklären Graf Huitens-Gzapski und Oberbürgermeister Dr. Vender-Breslau, daß es doch auffallend sei, daß der Handabhacker immer noch nicht gefunden ist, und der Oberbürgermeister fügt hinzu, daß er, wenn er Polizeichef wäre, den Hölzlen längst gefunden haben würde — ein famoseres Kompliment für die königliche, gegen Straßendemonstranten so tapfer und sündige Polizei! Jetzt zweifelt in anderem Zusammenhang, weil ein bei der Straßendemonstration vom Polizeifeld Bergauer sein Recht nicht bekommt, die „Vollmacht“ die Objektivität der Staatsanwaltschaft an. Folge: eine Anklage wegen — Beleidigung dieser objektiven Behörde, der „objektivsten der Welt“, gegen Genossen Albert. A. tritt Beweise an. Er selbst ist 1906 in einem geheimen Schreiben des Wieno an die Staatsanwaltschaft beschimpft und beleidigt worden. Als er aber den Polizeichef verklagen will, verweist ihn die Staatsanwaltschaft auf den Weg der Privatklage! Das tat die selbe Staatsanwaltschaft, die, als ein gelber Arbeiterverräter (ein alter Zuchtshänder!) sich durch ein Flugblatt beleidigt fühlte, im öffentlichen Interesse gegen den Verfasser des Flugblatts Anklage erhob! Und diese Anklage auch dann nicht zurückzog, als durch den „Vorwärts“ und die „Vollmacht“ der Staatsanwaltschaft bekannt wurde, daß dieser laubere Selbe wegen Kuppel, Betruges, Körperverletzung, Sittlichkeitsverbrechen usw. usw. x-mal bestraft ist! Das nennt die Staatsanwaltschaft Objektivität! Und schließlich führt Albert als weiteren Beweis zu diesem Thema an, daß die Staatsanwaltschaft nicht energisch genug gegen die Polizei vorgehe, um den Handabhacker zu ermitteln, der von ihr geschützt werde. Und er bezieht sich auf den, der 1906 die Handabhacker-Affäre zu bearbeiten hatte. Dem aber wird am 20. August 1910 vom Regierungspräsidenten der Mund gewaltsam verschlossen, worauf Albert am 27. August im Gerichtssaale erklärte, daß er daraus die nötigen Schlußfolgerungen ziehe. Die Richter aber erklären, das gehöre „nicht zur Sache“. „Vollmacht“ und 100 andere Blätter berichten über den in ganz Deutschland einzig dastehenden Fall und — eine neue Anklage gegen Albert, der die peinliche Affäre in so unangenehmer Weise wieder aufgerollt, ist die Folge! Am 2. September, als derselbe Albert wegen der Waldenburger Polizeitaten sechs Monate Gefängnis bekam, hielt es der Vorsitzende der Strafkammer, L.-G.-R. Fienl, für angebracht, bei der Verlesung der Zeugen in Uniform die gar nicht zur Sache gehörige Handabhacker-Affäre mit folgenden Worten zu erwähnen, die zugleich die Unbefangenheit dieses Richters blühartig beleuchtet:

„Also Sie die Gendarmen und Polizisten von Waldenburg müssen die Wahrheit sagen. Sie haben damals bei der Straßendemonstration nur Ihre Pflicht getan (!), und selbst wenn Sie mal über die Stränge geschlagen haben sollten, können Sie das ruhig sagen: Es wird Ihnen deshalb nichts geschehen! Es wäre auch dem Handabhacker wohl nichts geschehen, wenn er sich gleich gemeldet hätte, er wäre vielleicht gar nicht angeklagt, und wenn schon angeklagt, sicher freigesprochen worden, eben weil er bei der Tat sich in Ausübung seines Dienstes befand.“ (!!) Wir hätten dann das ganze Geschrei über den „Handabhacker“ nicht gehabt!

Das gab dem Regierungspräsidenten eine famosere Idee ein: Jetzt wird also der sozialdemokratische Redakteur angeklagt, und da darf dann der Polizeichef ansagen. Er hob noch am selben Tage das Verbot der Aussage für den Regierungsrat Frost auf. Freilich mit der Beschränkung, daß er nach dem Namen des Handabhackers auch im neuen Termine nicht gefragt werden darf!!

Inzwischen aber glaubt der Genosse Albert den Namen des Handabhackers endlich ermittelt zu haben und hofft, ihn zum neuen Termin am 24. September dem Gericht, der Staatsanwaltschaft und dem Polizeipräsidenten lebendig präsentieren zu können.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. September 1910.

Der Frankfurter Polizeireich und die Frankfurter Bürgerschaft.

Zum Verbot des Gebrauchs der französischen und der englischen Sprache auf der internationalen Rundgebung, die die Frankfurter Genossen veranstalteten, ist jetzt eine gleichwertige Tat der Frankfurter Freisinnigen gekommen. Die Frankfurter Festhallengesellschaft, in deren Aufsichtsrat die Spitzen der Frankfurter Freisinnigen sitzen, hat unseren Genossen für die Vergabe der Festhalle zu der Versammlung derartige Bedingungen gestellt, daß unsere Genossen schließlich auf die Benutzung der Halle verzichtet haben und die Veranstaltung in einem anderen Lokal abhalten werden. Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt zu diesem Standal:

„Noch schändlicher aber erscheint das Verhalten der Frankfurter Festhallengesellschaft und ihrer Organe. Seit Monaten sind sie einer Stellungnahme zur Ueberlassung des Dienstortes an eine politische Veranstaltung der Mehrzahl Frankfurter Steuerzahler ausgewichen. Sie waren einfach lange nicht zu treffen. Schließlich konnten sie uns nicht mehr ausweichen. Nach einer ernstlichen Besprechung beim Frankfurter Oberbürgermeister schlen grundsätzliche Geneigtheit zur Vergabe der Halle zu bestehen. Dann aber kamen, eine immer dreister und blamabler als die andere, die „besonderen Bedingungen“ heraus. Es sollten keine „revolutionären Abzeichen“ in der Halle angebracht werden. Es sollten seitens der Redner und Diskussionssteinehmer keine Neuerungen gegen den Kaiser, die Bundesfürsten und sogar — die Mitglieder des königlichen Hauses und der übrigen deutschen Fürstentümer, endlich auch gegen den — Joren als „Gast Deutschlands“ gemacht werden! Schließlich wurde auch noch die monarchische Organisation des Deutschen Reiches und seiner Bundesstaaten als Tabu erklärt; es dürfe in der Festhalle kein Wort gegen sie gesagt werden. Und damit sich die Gurlande der „Bedingungen“ würdig schließe, wollte die Festhallengesellschaft förmlich an die Stelle der Frankfurter Polizei treten und uns dazu verpflichten, für den ruhigen Abzug der Besucher durch unsere Ordner zu sorgen und keinesfalls einen geschlossenen Abzug oder „Zusammenrottungen“ zu dulden! Ueber die vollendete Bedientenhaftigkeit und die gänzliche politische Verwahrlosung der mahgebenden Frankfurter Bourgeoisie, die aus ihrem Augstprodukt spricht, ist wahrhaftig kein Wort zu verlieren. Wie der Sprachenparagraf des Reichsvereinsgesetzes ein würdiges Kind der liberal-konservativen Paarung, so sind die Bedingungen der Festhallengesellschaft eine kompromittierende Folge der

bolksfeindlichen Herrschaft, die Frankfurter Freisinnigen Demokratie im trauten Umde mit ihrem reaktionären Oberbürgermeister auf dem Frankfurter Rathaus angeordnet haben. Dort sitzen nämlich die glorreichen Väter der „Bedingungen“; sie beherrschen den Aufsichtsrat der mit städtischer Subvention gebauten Festhalle, aus dem man jeden Vertreter der „Massen sorgfältig ferngehalten hat.“

Das Verbot des Gebrauchs der fremden Sprache geißelt unser Frankfurter Bruderblatt also:

Wie ein Weltkriegsrieg muß dieser Polizeibeschleiß auf jeden Kulturmenschen wirken. Männer von solchen geistigen Qualitäten, Politiker von geschichtlicher Bedeutung wie Jaurès, Vandervelde und Keir Hardie es sind, sollen sich auf deutschem Boden nicht in ihrer Muttersprache ausdrücken dürfen! Was das dem Jaren nahe- stehende Dänemark ruhig in hundertfacher Auflage gewährt, das kann der geachtete Sprohling der millionenschweren chemischen Industriellenfamilie, der an der Spitze des Wiesbadener Regierungspräsidiums steht, „nicht zulassen“. Er spricht von „eingehender Prüfung und Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse“, verrät aber nicht, weshalb sich aus dieser ungewohnten amtlichen Mißbewertung für ihn die Notwendigkeit ergab, das elegante Französisch, das Jaurès und Vandervelde sprechen, und das ehrliche Englisch, das Freund Keir Hardie handhabt, für staatsgefährlich und bedenklich zu erklären. Ausgeschlossen ist, daß er seine Polizeibeamten für so ungebildet und dumm bezeichnen will, daß sie den fremdsprachigen Rednern nicht folgen könnten. Natürlich kann sich selbst die preussische Polizei noch so viel beamtete Sprachkenntnis kaufen, daß sie jedem Worte der fremden Redner zu folgen vermag. Was bleibt dann aber als polizeilicher Beweggrund übrig? Nichts als das hüttelebaste Bestreben, unserer Veranfassung und der Mitwirkung hervorragender ausländischer Sozialisten Schwierigkeiten zu bereiten. Beim Kampf um den Sprachenparagrafen des famosen Reichsvereinsgesetzes, dieser herrlichen Freiheitsfrucht des Völkerebels, haben wir eben die preussische Polizeiregierung offenbar immer noch viel zu hoch eingeschätzt. Wir nahmen an, daß sie mit der polizeilichen Befugnis, fremdsprachige Redner „nicht zuzulassen“, die gewerkschaftliche Organisation der Pololen und Italiener treffen wolle, die ein profusichtiges Unternehmertum allen seinen „nationalen“ Wesen zum Trost in hellen Heusen als Lohnbrüder ins Land zieht, und begriffen das Klasseninteresse der Herrschenden an der Wiederherstellung dieser armen Teufel durchaus. Aber daß es noch möglich wäre, in einer Großstadt des deutschen Westens mit dem neuen Sprachenparagrafen hochgebildete und angesehene Ausländer am öffentlichen Gebrauch ihrer Muttersprache polizeilich zu hindern, das hielten wir doch wohl selbst nach der Wochmühgeburt des Reichsvereinsgesetzes für ausgeschlossen. Jetzt ist das Unzulängliche Ereignis geworden! Und der Witz an der Sache bleibt nur, daß Jaurès, Vandervelde und Keir Hardie nunmehr — deutsch, urdeutsch und auch dem letzten Frankfurter Achtgroßhungen verständlich reden werden, wenn sie nächsten Sonntag zu uns kommen.“

Der Protest gegen Absolutismus und Fleischwucher.

Die Arbeiterschaft des Kreises Duisburg protestierte am Sonnabend in vier stark besuchten Volksversammlungen. Zwei fanden in Duisburg selbst, die beiden anderen in Mühlheim a. d. Ruhr und Bruchhausen statt. Lebhaftige Zustimmung fanden die Redner in allen Versammlungen mit der Auffassung, daß das Volk nicht nur gegen den Absolutismus Front zu machen habe, wenn er versuche, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes ganz oder bruchstückweise zu beseitigen, auch schon die theoretische Proklamierung des persönlichen Regiments sei eine Gefahr und schädliche das Ansehen der deutschen Nation im Auslande. Die Redner forderten in ihren weiteren Ausführungen, daß gegen den nur noch schwach verhüllten Absolutismus vom Deutschen Reichstage endlich gesetzliche Garantien geschaffen werden, welche es unmöglich machen, daß durch zäsuristische Neuerungen Wilhelms II. die Verfassung gebrochen und so der Umsturz von oben herbeigeführt wird. Des weiteren übten die Redner scharfe Kritik an der Wucherpolitik der Junker, insbesondere in bezug auf die Fleischverwertung, und forderten die Deckung der Grenzen für ausländisches Vieh, Minderung der Einfuhrerschwerungen, Aufhebung der Viehzölle und der Zölle auf Futtermittel. Zwei Resolutionen, in denen diese Forderungen zusammengefaßt waren, gelangten in allen Versammlungen einstimmig zur Annahme.

Im Städtekomplex Hamburg-Altona-Wandsbek fanden am Montagabend zwölf große Protestversammlungen statt. Mehrere Versammlungen waren lange vor Beginn überfüllt, so daß viele keinen Einlaß fanden. Zur Wilhelmrede wurde überall eine Resolution angenommen, in der die Einberufung des Reichstages verlangt wird zur Abwehr gegen das persönliche imperialistische Regiment. Zum Schluß wird darin ausgeführt:

„Die Arbeiter Hamburgs erheben diese Forderungen um so nachdrücklicher, als sie gerade jetzt in dem Beispiel des zur Schande des deutschen Volkes auf deutschem Boden gebildeten Blutzaren von Rußland erkennen, zu welcher Unkultur von Volk und Land der Absolutismus führen kann.“

Zur Lebensmittelverwertung wurde eine Resolution angenommen, welche die sofortige Deckung der Grenzen für eine ausreichende Vieheinfuhr und die Aufhebung der Lebensmittelzölle fordert.

In allen Versammlungen herrschte eine begeisterte Kampfesstimmung. Um den Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, wurde zum Beitritt zu den sozialdemokratischen Parteiorganisationen aufgefordert, welche Aufforderung nicht ungehört verhallte.

Weitere Protestversammlungen fanden in Karlsruhe (1000 Personen), in Mannheim (2500 Personen) in Bremerhaven (1200 Personen), in Heppens bei Sankt-Wilhelmshafen, in Görtz, Lauban und Reichenbach statt.

Zur Fleischsteuerung.

In einer Eingabe an den Frankfurter Magistrat macht die Handelskammer in Frankfurt a. M. darauf aufmerksam, daß die Fleischsteuerung eine sehr große sei und die Fleischpreise sich auf einer so unerbaltmäßig hohen Höhe hielten, daß die Frage entstehe, ob nicht die Volksernährung und die Volksgesundheit unter diesen Umständen Schaden erleide. Von der Regierung sei allerdings eine vorübergehende Ermäßigung der Eisenbahntarife zugestanden worden. Diese Maßnahme habe sich auch im Interesse zugunsten der Viehzüchter bewährt, genüge aber nicht, die Einfuhr ausländischen Viehes zu fördern, weil die Aufhebung des Einfuhrverbots und die Ermäßigung der Vieh- und Fleischzölle nicht möglich sei. Es bleibe nur möglich, die Einfuhr ausländischen Schlachtwiehes, dessen direkter Verkauf nach den Schlachthöfen bestimmt ist, möglichst zu erleichtern. Die Handelskammer richtet daher an den Magistrat das Ersuchen, einen dahingehenden Antrag bei der Regierung zu stellen. — Der Hansabund hat sich ebenfalls mit der Frage der Fleischsteuerung beschäftigt. Er hat die Obermeister der Fleischereien und -verbände Groß-Berlins zu einer informativischen Konferenz über die Ursachen der Fleischsteuerung eingeladen. Man war im allgemeinen der Ansicht, daß nur eine Deckung der Grenzen und Herabsetzung der Zölle stetige mäßige Preise gewährleisten.

Verurteilung der preussischen Regierungen und des Provinzialschulkollegiums.

Bekanntlich hat am 28. Juni das Reichsgericht die Freisprechung unseres verantwortlichen Redakteurs, des Genossen Weber, sowie des Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung“, Genossen Bildung von der Anklage befreit, zum Ungehörigam gegen die Erlasse der Regierungen und des Provinzialschulkollegiums aufgefordert zu haben. Das Urteil liegt uns jetzt im Wortlaut vor. Es befähigt im wesentlichen die Rechtsauffassung, wie sie von uns in dem inkriminierten Artikel des „Vorwärts“ vom 27. März 1900 niedergelegt war. Das Reichsgerichtsurteil legt ausführlich das Verhältnis der Gewerbeordnung zur Landesgesetzgebung dar, läßt sich über die Tragweite der Kabinettsorder von 1894 und der Ministerialinstruktion von 1899 eingehend aus und sagt dann zum Schluß:

„Die spätere preussische Gesetzgebung hat die Befugnisse des Staates zur Beaufsichtigung des Privatunterrichts nicht ausgedehnt. Insbesondere hat durch Art. 22 der Verfassungsurkunde die Freiheit der Unterrichtsverteilung gegenüber dem bestehenden Rechtszustande nicht eingeschränkt, sondern erweitert werden sollen.“

Die Erteilung von Turnunterricht an Personen, welche nicht der Schulpflicht in dem dargelegten weiteren Sinne angehören, ist in Preußen nicht durch die Unterrichtsverteilung geordnet und gehört daher nicht dem Unterrichtsweisen im Sinne des § 6 der Gewerbeordnung an. Auf einen bezüglichen Gewerbebetrieb findet ausschließlich § 83 der Gewerbeordnung Anwendung.

Die staatliche Aufsicht über den Privatunterricht ist durch die preussische Gesetzgebung nur im engsten Zusammenhange mit der Schulpflicht geregelt. Somit gehört in Preußen der jugendlichen Arbeitern erteilte Turnunterricht nicht zum Unterrichtsweisen. Es fehlt an einer gesetzlichen Vorschrift, welche die Schulverwaltung ermächtigt, die Erteilung vom Turnunterricht in den Arbeitervereinen an nicht mehr schulpflichtige Personen von einem Erlaubnis-schein abhängig zu machen. Die dahingehenden Anordnungen sind von den Schulbehörden nicht innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffen. Die Aufforderung zum Ungehörigam gegen sie ist mithin nicht nach § 110 des Strafgesetzbuchs strafbar.“

Es hat also das höchste deutsche Gericht rechtskräftig festgestellt, daß der Kultusminister v. Holle und die Regierungen sowie das Provinzialschulkollegium rechtswidrig vorgegangen waren, als sie die Erteilung von Turnunterricht in den Arbeitervereinen an nicht mehr schulpflichtige Personen hinderten, ja „Ordnungsstrafen“ von 100 M. und mehr androhten und ausführen ließen. Werden nun endlich die rechtswidrig beigetriebenen Strafen rückgängig und das Strafverfahren gegen diejenigen Beamten „geleitet“ werden, die nach dieser Feststellung ihre Befugnisse überschritten und einen objektiven Amtsmißbrauch begangen haben? Oder nimmt die Staatsanwaltschaft an, es sei ausgeschlossen, daß der Kultusminister a. D. und die für die Maßnahmen der Regierungen und des Provinzialschulkollegiums verantwortlichen Beamten den zur Strafbarkeit erforderlichen Dolus hatten, d. h. die Einsicht in die Tragweite ihrer Handlungen?

Die Vermutterung der Schule.

Das preussische Kultusministerium klebt der Reaktion tren. Es hat wieder einmal eine Verfügung erlassen, die die Herrschaft der Kirche über die Schule aufs neue befestigt.

Nach dieser Verfügung sind die Regierungen angewiesen worden, in Orten, in denen der Geistliche nicht ohnehin die Schulaufsicht im Hauptamt ausübt, Pastoren zu bestimmen, die nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, den Religionsunterricht in den Schulen zu überwachen. In Frankfurt a. D. sind zum Beispiel einem Geistlichen immer je zwei Schulen zu diesem Zwecke unterstellt worden!

Der geistliche Revisor hat das Recht, in den Unterricht des Lehrers einzugreifen, „Irrtümer“ zu berichtigen, die amtlichen Listen einzusehen und bei der Entlassung der Schüler die Zensur in der Religion mitzubestimmen. Ueber das Ergebnis seiner Revision berichtet er der Regierung.

Durch diese neue Verfügung ist die Lehrerschaft Frankfurts besonders mit geistlichen Herren gesegnet worden; der zuständige Schulkonzeptschreiber, der Kreisinspektor im Hauptamt ist Geistlicher und nun kommt noch der dritte Geistliche als Revisor hinzu.

Weitere Ordensauszeichnungen für die Polizei.

25 Beamte der königlichen Polizei in Kiel haben am Sedungendstage preussische Ordensauszeichnungen erhalten. Wie die „Kleiner Neuesten Nachrichten“ erfahren, wies der Polizeipräsident v. Schröder bei der Ueberreichung der Orden darauf hin, daß der Kaiser Anlaß genommen habe, durch die Ordensauszeichnungen den Beamten für ihre Tätigkeit und ihr Verhalten während der schwierigen Zeit des Ausstandes der städtischen Arbeiter und der Wahlrechtsdemonstration seine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen.

Also wie in Halle sind jetzt auch in Kiel die Polizeibeamten durch Orden ausgezeichnet worden, die sich bei den Aktionen gegen die Arbeiterklasse hervorgetan haben! Ja, es ist ihnen obenrein ausdrücklich das kaiserliche Wohlgefallen ausgesprochen worden! Ob man sich einbildet, dadurch in den Kreisen der Arbeiter Sympathien für die Monarchie gewinnen zu können?

Die nationalliberale Schaukel.

München, 6. September. Der geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Landespartei in Bayern hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, auf dem bevorstehenden Parteitag mit Bezug auf die Reichstagswahlen folgenden Standpunkt zu vertreten. In erster Linie möchte ein Wahlbündnis mit der fortschrittlichen Volkspartei angestrebt werden, aber daneben auch mit den rechtsstehenden Parteien. Nach rechts wie nach links soll jedoch Wahlunterstützung nur gewährt werden, wenn der betreffende Kandidat die Gewähr dafür bietet, daß er weder eine einseitige Agrarpolitik noch eine Politik des Freihandels vertritt, sondern sich verpflichtet, für die Interessen aller Stände, insbesondere auch für die des Handels und Gewerbes einzutreten.

Russisches aus Hessen.

Der Berliner Morgenpost wird telegraphiert, daß die Polizei mit den Ausweisungen und Verhaftungen aus Anlaß des Jaren-Befehles lustig fortfährt. Ein besonders krasser Fall ist der folgende: „Das Mitglied eines Theaters, das in Frankfurt gastiert, namens Eisenberg, wurde am Mittwochnachmittag in einem Restaurant von Kriminalbeamten verhaftet und ins Polizeigefängnis gebracht, wo man ihm mitteilte, daß seine Verhaftung erfolgt sei, weil er im Verdacht stehe, Anarchist zu sein. Er habe auch ein Gedicht verfaßt, das sich auf den russisch-japanischen Krieg beziehe und in London im Druck erschienen sei. Nach 24 Stunden wurde Eisenberg zwar wieder entlassen, er mußte sich jedoch schriftlich verpflichten, Frankfurt sofort zu verlassen.“

Leider wird nicht mitgeteilt, ob die Polizei sich die Mühe genommen hat, ihr Verfahren zu begründen oder läßt sie sich schon ganz ruffisch.

Keine Neutralität.

Hamburg, 6. September. Die Militärbehörde verbietet ihren Kapellen, das angelegte Konzert am Dienstagabend beim Festessen des Internationalen Genossenschafts-Kongresses im Zoologischen Garten abzuhalten.

„Bremen macht Schule“.

Mit steigendem Entsehen werden die bayerischen Römlinge gewahrt, wie der lehrerische Geist des Modernismus auch die Kreise der Lehrerschaft, namentlich die jüngeren Elemente in ihr erfährt. Vor kurzem hat sich unter dem Namen „Pädagogia“ ein sich über ganz Bayern erstreckender Verband junger Lehrer und Lehrerinnen gebildet, der heute schon 70 Ortsgruppen mit 1000 Mitgliedern umfaßt. Dieser junge Verband hat in dieser Woche in Regensburg seine erste Versammlung abgehalten, mit der er aus dem engen Rahmen lokaler und provinzieller Geschlossenheit heraustrat, und auf diesem Verbandstage hat der Lehrer Gutmann aus München einen Vortrag über „Konfessionalismus und Schule“ gehalten, über den die liberale Presse ganz außer Rand und Band gerät. Nicht nur daß Gutmann von fröhlicher Unbuddsamkeit gesprochen und neben Beispielen aus dem protestantischen Lager auch zahlreiche Fälle der Unbuddsamkeit von Seiten der Päpste, des katholischen Klerus und katholischer Laien anführte, wird ihm als Todssünde angerechnet, nein, man denke, „alles was den gläubigen Katholiken wie Protestanten teuer und heilig ist“, alles das hat dieser abseufliche Redner verworfen, als da sind — „die Echtheit des Pentateuch, der Sündenfall, der paradiesische Urzustand, die Inspiration der hl. Schrift“. Er hat ferner Jesus hingestellt als „im Weltbild seiner Zeit befangen“, „er habe das kopernikanische Weltbild nicht gekannt“, kurzum „lauter Bitate von protestantischen, ungläubigen Theologen, besonders Weinell und Darnad“. Und dann hat er, man soll's kaum glauben, „die Herren Lehrer eingeladen, sich in diese Probleme zu vertiefen und sich mit wahrer Geistesfreiheit zu erfüllen!“ So berichtet tiefbetäubt das ultramontane „Regensb. Morgenbl.“. In der Tat eine unerhörte Zumutung: sich in religiöse und wissenschaftliche Probleme zu vertiefen und sich mit wahrer Geistesfreiheit zu erfüllen.

„Es hat die breitere Öffentlichkeit ein höchstes Interesse daran, zu erfahren, wie weit der Unglaube bereits unter den jüngeren bayerischen Lehrern seine Kreise gezogen hat, wie stark Bremen in Bayern Schule macht. Quousque tandem! Wie soll das noch enden!... Die Kinderwelt ist kein Material mehr für solche Leute.“

Mit diesem nicht mißverständlichen Appell an ein hohes Inquisitionstribunal schließt der flammende Protestartikel des Regensburger Blattes. Nun, bayerische Regierung, gehe hin und tue deine Pflicht!

Oesterreich.

Mandatsverzicht eines sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten.

Der Klub der italienischen Sozialdemokraten im Wiener Reichsrat hat nun die zweite Mandatsniederlegung seit den 1007er Wahlen zu verzeichnen. Die erste war die des Triester Abgeordneten Pagnini, der zum Nationalismus übergegangen ist und seither in der Öffentlichkeit, trotz Gründung einer „unabhängigen“ Organisation, gar keine Rolle mehr spielt. Das Mandat, das übrigens nur durch die eigenartige Konstellation erobert worden war, daß sich das italienische Bürgerrecht an der Stichwahl zwischen Pagnini und dem bürgerlichen nicht beteiligte, um nicht die Slowenen den Ausschlag geben zu lassen, ging bei der Stichwahl an die italienischen bürgerlichen (Nationalliberalen) verloren.

Nun hat der ebenfalls in der Stichwahl gegen den Merikalen zum Abgeordneten der Stadt Trient, der „Hauptstadt“ Südtirols, gewählte Genosse Augusto Avancini sein Reichsratsmandat niedergelegt. Dieser aber — um sich und den grundlegenden Ueberzeugungen der Partei treu zu bleiben. Der Rücktritt ist die Folge von Zerwürfissen — die durch separatistische Bestrebungen in der Partei getragen wurden!

In Trient war früher der reichitalienische Genosse Mussolini als Gewerkschaftssekretär und Redakteur des Partei- und Gewerkschaftsorgans „L'avvenire del lavoratore“ („Die Zukunft des Arbeiters“) tätig. Er wurde ausgewiesen. Der an seine Stelle gewählte, ebenfalls reichitalienische Genosse Warni begann im Sinne des in Italien leider bestehenden Bismarck zu arbeiten. Er schrie gegen die Zentralverbände, verstand es, sich die Mehrheit der Arbeitskammer (Gewerkschaftskommission) zu sichern und arbeitete dann offen im Sinne der Separatisten, wie man das aus Böhmen, Mähren — und Kopenhagen kennt. Zugleich trieb er auch syndikalistische Propaganda. Bei dem tiefen Irredentismus des südtirolischen Volkes ist es begreiflich, daß die Agitation, die gegen die Zentralorganisationen dieselben Worte gebrauchte wie der Irredentismus gegen die Zentralregierung — Boden fand.

Die italienische Parteilegislative trat energisch gegen Warni auf, dieser aber entfesselte eine Gegenagitation. Er kam immer mehr ins syndikalistisch-nationalistische Fahrwasser. Avancini wurde in gemeiner Weise verdächtigt, als sei er nur wegen des Mandates Zentralist.

Warni beschuldigte Avancini der Uebererschaft des Entschlusses mehrerer Zentralverbände, den „Aventur“ nicht mehr anzuerkennen (der Bauerverband gibt sogar ein eigenes Blatt in Trient heraus) usw. Es kam zu schweren Konflikten; Avancini fand nicht mehr die Mehrheit der Arbeiter Trients hinter sich. Er legte das Mandat nieder und in seiner Erklärung sagt er zur Begründung dieses Schrittes, daß seit Monaten die Richtung der meisten Organisationen der Arbeitskammer, des Klattes von seinen Grundzügen zu weit abwichen, als daß er sich noch als Vertreter der Masse betrachten könne. Der Streit sei trotz aller Bemühungen bis unmittelbar vor der Spaltung gediehen. Um die persönliche Seite auszusprechen und sich nicht des Opportunismus verdächtig zu machen, lege er sein Mandat und die Leitung der Arbeitskammer zurück. Als einfacher Streiter werde er, mit befreitem Gewissen, weiterarbeiten.

So wirkt der nationale Revisionismus in der Partei.

England.

Eine Spionageaffäre.

London, 6. September. Von amtlicher Seite wird die Mitteilung von der gestrigen Verhaftung eines jüngeren deutschen Offiziers in Portsmouth wegen Spionageverdachts nunmehr bestätigt. Ueber die Einzelheiten wird Stillschweigen beobachtet. —

Aus der Partei.

Bezirks-Parteitag für Oberschlesien.

Am Sonntag tagte in Königshütte (Oberschlesien) eine Bezirkskonferenz der ober-schlesischen Reichstagswahlkreise Doushen-Larnowit, Kattowit, Jarze, Mei-

Wis-Lublinitz, Ratibor, Pleß-Rhbnit, Cosel-Gr.-Strehlitz, Leobischütz, Oppeln, Kreuzburg-Rosenberg. Anwesend waren 50 Delegierte aus allen Wahlkreisen, die Bezirksleitung, Genosse Müller vom Parteivorstand und die Genossen Schumann und Wolff-Breslau als Vertreter der Expedition resp. Redaktion der „Volkswacht“. Der vom Bezirkssekretär, Genossen Göring-Beuthen vorgelegene Geschäftsbericht läßt trotz der von beherrschter, wie auch von privater Seite und nicht zuletzt vom Zentrum betriebenen Verfolgung zwar langweiliges, aber stetes Fortwärtsschreiten erkennen. Der Mitgliederstand vermehrte sich um rund 50 Proz., die Zahl der Ortsvereine stieg von 13 auf 21. Dessenartige Versammlungen fanden 61 statt, darunter 8 unter freiem Himmel. Mitgliederversammlungen wurden 197 abgehalten. Flugblätter wurden insgesamt 161 000 verbreitet, darunter 78 000 gegen die Reichsfinanzreform. Der ober-schlesische Volkskalender gelangte zum erstenmal in 50 000 Exemplaren zur Verbreitung und fand durchweg eine beifällige Aufnahme. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 18 887,55 M., wozu der Parteivorstand 13 000 M. Zuschuß. Die Zahl der „Volkswacht“-Abonnenten weist ebenfalls eine erhebliche Zunahme auf, ebenso die der „Gazeta Robotnicza“. Die Entwicklung der polnischen Bewegung hat mit der der deutschen Partei gleichen Schritt gehalten. Im Bezirk sitzen fünf Genossen in den Gemeinderatverteilungen. Zu Versammlungszwecken stehen der Partei außer einigen wenigen Lokalen nur die von der Partei unterhaltenen 14 Mieträume zur Verfügung.

In der Diskussion wurde der allgemeine Fortschritt, der trotz der drückenden Polizeimaßregeln und der infamsten Verleumdungen durch das Zentrum unter schmerzlichen Kämpfen erreicht wurde, anerkannt und viele Winke und Anregungen für die weitere Ausgestaltung der Organisation und Agitation gegeben. Ein Antrag, ein eigenes Prekorgan für Oberschlesien auf genossenschaftlicher Grundlage zu gründen, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Personalien. Am 1. Oktober tritt Genosse Schlegel aus der Redaktion der „Frankfurter Tagespost“ zu Nürnberg aus, um nach Berlin überzusiedeln.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse.

Wegen Beleidigung des Amtsgerichtsrats Seibert zu Offenbach wurde Genosse Bahrdt von der „Leipziger Volkszeitung“ zu 600 M. Geldstrafe verurteilt. Dem Urteil liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Die „Leipziger Volkszeitung“ brachte vor längerer Zeit eine Notiz aus Offenbach am Main, worin ausgeführt wurde, daß die Staatsaktion schmählich verpufft sei, die die Nationalliberalen bei den Landtagswahlen gegen die sozialdemokratische Partei ins Werk gesetzt hatten. Weiter war gesagt worden: Die Drahtzieher, bürgerliche Agitatoren und Stadträte, ständen nun als gebrauchte Verleumder da. — Durch diese Notiz will auch der nationalliberale ehemalige Stadterordnete Amtsgerichtsrat Seibert beleidigt worden sein, und die Leipziger Staatsanwaltschaft erhob gegen den Verantwortlichen der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Bahrdt, Anklage. Es wurde festgestellt, daß Amtsgerichtsrat Seibert schärfer, als sein Richterberuf erforderte, in der Liquidationsangelegenheit tätig war, und daß dies auch in einem Disziplinarverfahren zum Ausdruck gekommen war; aber es war ihm zugute gerechnet worden, daß er sich angeblich in der Notwehr befand. — Das Gericht war der Ansicht, daß Seibert schwer beleidigt worden sei und beurteilte Bahrdt zu der obengenannten Strafe.

Aus Industrie und Handel.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Belegung im Tabakgewerbe.

Nach den schweren Zeiten, die die Tabakindustrie seit der Einführung der Steuer durchgemacht hat, scheint sich nun langsam wieder eine Besserung anzubahnen zu wollen. Seit dem ersten Monat nach Eintritt der Steuer, dem August 1900, hat nach kein Monat einen geringeren Andrang gebracht als der Juli dieses Jahres. Auf je 100 offene Stellen kamen im Reichsdurchschnitt Arbeit-suchende:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
1900	205	193	184	123	154	114	100
1910	890	1365	891	572	524	466	271
Gegen	1900	+ 685	+ 1172	+ 767	+ 440	+ 370	+ 352

Vom Februar ab geht die Verschlechterung Monat für Monat zurück. Dabei ist im Auge zu behalten, daß im vergangenen Jahre in der Zeit vor Eintritt der Steuererhöhung unter Ausbietung aller Kräfte gearbeitet wurde; galt es doch, noch möglichst viel unverschuldeten Rohstoff zu verarbeiten. Denn schon das ganze Jahr hindurch waren damals die Bezüge von Rohstoff außerordentlich gesteigert worden. Die Einfuhr von Rohstoff erreichte in den ersten sieben Monaten 1900 eine Menge von 499 081 Doppelzentner gegen 415 675 Doppelzentner in der Parallelzeit 1909 und 382 472 Doppelzentner 1907. Im laufenden Jahre bleibt nun freilich die ausländische Rohstoffzufuhr außerst stark hinter der vorjährigen zurück; sie beträgt nur 349 672 Doppelzentner. Im Monat Juli betrug sie sogar nur 45 718 Doppelzentner gegen 72 267 Doppelzentner im Juli 1900. Die Zurückhaltung der Rohstoffhändler resp. Verarbeiter ist um so mehr zu verstehen, als die Tabakpreise allmählich wieder auf einem teilweise ungewöhnlichen Stande angelangt sind. Deutscher Tabak stellt überhaupt so hoch im Preise wie kaum zuvor. Pfälzer Zigarettenabak kostete im Juli am Mannheimer Markt pro Doppelzentner durchschnittlich 145 M. gegen 135 M. im Vorjahre. Der Preis für Imblatt mit Einlage stellt sich auf 132,50 M. gegen 112,50 M. für Pfälzer Schneidgut auf 111 gegen 87,50 M. Bei ausländischem Rohstoff war die Preissteigerung nicht ganz so einheitlich steigend, doch steht Kentucky ordinar nach Bremer Notierung mit 90 M. pro Doppelzentner ganz erheblich höher als im Vorjahre, wo er 72 M. kostete. In Hamburg stellt sich der Preis für Domingo Deablot und Einlage auf 76 M. gegen 48 M. im Vorjahre. Brasillabak ist sowohl in Bremen als in Hamburg niedriger im Preise als vor einem Jahre. Nicht erfreulich ist, daß der Geschäftsgang im Tabakgewerbe sich wieder zu beleben beginnt, ohne daß bis jetzt das Ausland einen regeren Bedarf anfertigt; die Belegung beruht vielmehr hauptsächlich auf der wiederwachsenden Inlandsnachfrage. Die Ausfuhr von Zigarren ist sogar im laufenden Jahre geringer als in den vorangegangenen Jahren, während die weniger bedeutende Zigarettenausfuhr etwas zugenommen hat. Die Ausfuhr von Zigarren belief sich in den ersten sieben Monaten dieses Jahres auf 183 000 Kilogramm gegen 211 000 Kilogramm im Vorjahre, 220 100 Kilogramm 1908 und 233 000 Kilogramm in der Vergleichszeit 1907. Der Wert der Ausfuhr ist nur wenig zurückgegangen; er betrug voriges Jahr 2,67, dieses Jahr 2,51 Millionen Mark. Hauptgeschäftswegen, die Schweiz und Deutsch-Südwestafrika erhielten weniger Zigarren als voriges Jahr. Auch die Einfuhr nach Deutschland ist zurückgegangen; sie betrug während der ersten sieben Monate in Doppelzentnern:

	1907	1908	1909	1910
Zigarren	2290	2264	3008	1356
Zigaretten	2247	3376	4298	2681

Nicht allein hinter den Rekordfiguren des Vorjahres, sondern auch hinter den Einfuhrfiguren von 1907 und 1908 bleibt die dies-jährige Menge erheblich zurück.

Gewerkchaftliches.

Verdächtigungen.

Die vom Schwindel und der Dummheit anderer lebende bürgerliche Presse behauptet fortgesetzt, die Leitung des Metallarbeiterverbandes hätte zum zweiten Male die Verhandlungen zum Scheitern gebracht. Demgegenüber sei nochmals kurz konstatiert, daß die Unternehmer bislang noch keine Basis zu Verhandlungen geschaffen haben. Vielmehr hat man den Arbeitern die entwürdigende Zumutung gemacht, „Arbeiter“ zu Verhandlungen heranzuziehen, die an der Einreichung der Forderungen nicht beteiligt waren. Als die Vertreter des Verbandes betonten, daß sie sich nie herausnehmen würden, den Unternehmern ein gleiches Ansehen zu stellen, galten die „Verhandlungen“ (man hat nur mit dem Sekretär Thielkow unerbittliche Worte getauscht) als „ge scheitert“. Die Verbandsleitung hat bis heute noch keine Antwort von Blohm und Genossen erhalten. Nichtsdestoweniger wird weitergeschwindelt, daß sich die Balken biegen.

Die Aufregung in der bürgerlichen Presse darüber, daß die Arbeiterorganisationen in „frivoler Weise die Friedensbegeugungen der Werkbesitzer mit hochmütiger Ablehnung beantwortet haben“, ist auch noch von einem anderen Gesichtspunkte aus durchaus deplaciert.

Der Gesamtverband Deutscher Industrieller hat nämlich vor einigen Jahren Grundzüge über die Form der Verhandlungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisation aufgestellt, in welchen strenge Parität gefordert wird, das heißt, es soll der einen Partei nicht das Recht zustehen, über die Zusammensetzung der Verhandlungsvertretung der anderen Partei irgend etwas bestimmen zu können. Das war wohl damals besonders für die Unternehmer bestimmt, darf nun aber doch auch für die Arbeiter gelten. Wenn jetzt die Arbeiterorganisationen bei Verhandlungen über die Forderungen der Werftarbeiter sich nicht dreinreden lassen wollen, wer oder welche Arbeiterkorporation an diesen Verhandlungen teilnehmen darf, so handelt die Arbeiterorganisationen lediglich im Sinne der angeführten Satzungen des Gesamtverbandes Deutscher Industrieller.

Das mögen sich auch die Hirsch-Dunderschen hinter die Ohren schreiben. Der „Gewerkverein“, das Organ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, erhebt nämlich gegen den „Bonatismus“ der freien Gewerkschaften die Anklage, daß er verhärtet habe, die Bewegung in das „einzige vernünftige Stadium der Verhandlungen“ zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen treten zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß es eine Reihe schwerwiegender Gründe gibt, die es den Zentralverbänden gebieten, einer gemeinsamen Verhandlung mit Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften, besonders aber mit den Gelben mit einem gründlichen, durch bittere Erfahrungen, diktiertem Mißtrauen zu begegnen, mußte die einfache Erwägung der oben bezeichneten Unternehmerbeschlüsse die Gewerkschaften zu ihrem Standpunkte führen.

Berlin und Umgegend.

Die Kfz-Halter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie hielten am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine äußerst stark besuchte Versammlung ab. Link erläuterte in derselben den Tarif, der den Unternehmern zugestimmt worden ist. Die Arbeitszeit beginnt nach diesem Entwurf um 7 Uhr morgens und endet 6 Uhr abends bei einer halbtägigen Frühstücks- und Weiperipause und einer einständigen Mittagspause. Bei Überstunden ist ein Zuschlag von 25 Proz., bei Nachtarbeit ein solcher von 50 Proz. zu zahlen. Bei Sonntagsarbeiten ist der doppelte Tagelohn zu zahlen. An Lohn wird gezahlt pro Stunde: für Vorarbeiter und Spächler 0,75 M.; für Stämper, Zuger und Darleute 0,65 M.; für Hilfsarbeiter bei Grundwasserdrückungen, bei Beton-, Asphalt- und Dacharbeiten 0,55 M. Bei Arbeiten außerhalb des Stadtkreises wird ein Zuschlag von 1,50 M. pro Tag und täglich eine Hin- und Rückfahrt bezahlt. Bei Arbeiten über 10 Kilometer Entfernung von dem Stadtbezirk Groß-Berlin wird ein Zuschlag von 3 M. pro Tag und wöchentlich eine Hin- und Rückfahrt bezahlt. Die Fahrzeit wird als Arbeitszeit gerechnet. Sind bei Asphaltarbeiten mehr als 2 Kessel erforderlich, so muß der zweite Mann zum Anstecken bestellt werden. Streitigkeiten, die aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis entstehen, sind unter Hinzuziehung der Verbandsleitung zu regeln. Maßregelungen wegen der Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden. Der Tarif tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft und gilt vorläufig auf 1 Jahr. — Eine Antwort der Unternehmer auf diese Forderungen ist nicht eingegangen. Die Arbeiter sind bereit zu verhandeln und hoffen, daß die Bewegung einen friedlichen Verlauf nehmen kann. Indessen wollen sie ihre Forderungen mit Nachdruck vertreten und werden gegebenenfalls auch den Streik nicht scheuen. Der Ausgang der Bewegung wird sichtlich von dem Verhalten der Unternehmer abhängig sein. Die Verwaltung und die Vertrauensleute empfehlen, daß am Montag, den 5. September, die Vertrauensleute der einzelnen Firmen bei diesen wegen des Tarifs vorstellig werden. Das Resultat sollte dann der Ortsverwaltung mitgeteilt werden.

Brauereiarbeiter! Die in der Weißbierbrauerei Fiedler u. Willepp, Schöneberg, Sedanstraße, beschäftigten Arbeitnehmer schlossen sich vor längerer Zeit dem Brauereiarbeiterverbande an. Inzwischen war mit dem Verein der Berliner Weißbierbrauereien ein 3 Jahre laufender Tarifvertrag geschlossen worden und wurde nunmehr bei den Kollegen der Brauerei Fiedler u. Willepp der Wunsch rege, ebenfalls für ihre Arbeitsverhältnisse eine tarifliche Regelung zu haben.

Am 25. August et. wurde der Firma der für die Berliner Weißbierbrauereien gültige Tarifvertrag zur Unterschrift unterbreitet; jedoch verhielt dieselbe sich ablehnend mit der Motivierung, daß infolge der schlechten Geschäftslage die Brauerei weitere Belastungen nicht tragen könne. In einer Verhandlung wurde zugestanden, daß die Monatslöhne der Fahrer in Wochenlöhne umgewandelt würden. Mit diesem geringen Zugeständnis konnten und wollten die Kollegen nicht zufrieden sein und legten deshalb am 6. September et. geschlossenen die Arbeit nieder. Nach sechsständigem Streik wurde seitens der Betriebsleitung der Berliner Weißbierbrauerei-Tarif anerkannt und um 11 Uhr die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Bei dieser Gelegenheit gestatten wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß die organisierten Bierfahrer mit einer Legitimationskarte versehen sind, welche nur gültig, wenn sie ordnungsgemäß abgestempelt ist. Die Kollegen sind angewiesen, diese Karte auf Wunsch vorzuzeigen und ersuchen wir die Restaurateure und sonstigen Bierabnehmer, hiervon des öfteren Gebrauch zu machen. Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Zahlstelle Berlin.

Achtung! Schuhmacher. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schwaiger, Joh. Carst, Rungstr. 20, haben die Arbeit niedergelegt.

Die Differenzen bei der Firma Schwarz, Krausstr. 14, sind beigelegt.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Vom Streik der Hausdiener und Packer bei der Firma Regeler u. Co., Ritterstr. 71/75, wird berichtet, daß für die Streikbrecher, die in den ersten Tagen unter Bewachung der Polizei zur Arbeitsstelle geleitet und des Abends per Autobrosche in Begleitung eines Schutzmannes nach Hause befördert wurden, eiserne Bettstellen

im Musterzimmer der Firma aufgestellt sind, damit sie, wie der Protokoll in einer Ansprache an die Streikbrecher erklärte, nicht mit den Streikenden in Verührung kommen. Sie erhalten außerdem von der Firma vollständige Verpflegung; ebenso werden Bier und Zigaretten geliefert. Für „geistige“ Kost ist dadurch gesorgt, daß drei Nummern der „Morgenpost“ geliefert werden. Für Unterhaltung sorgt ein Grammophon. Ferner ist den Streikbrechern versprochen, eine Unterstüßungslosse zu gründen, aus der die Frauen derselben bei Entbindungen usw. und die Männer während der ersten drei Tage bei Krankheitsfällen, wo die Krankenkasse noch nichts zahlt, unterstützt werden sollen. Den aufs Pfahler Geworfenen konnte die Firma keine 50 Pf. Zulage geben! Daß die Inhaber der Firma die Angelegenheit in einem für sie günstigen Lichte darstellen, ist erklärlich. Sie sollten jedoch dabei in ihren Behauptungen etwas vorsichtiger sein. So wurde z. B. vom Protokoll die Tatsache erzählt, die Leute wären wegen ihrer häufigen Trunkenheit entlassen worden. Das ist die Unwahrheit. Tatsache ist, daß er wohl einige Leute wegen Trunkenheit entlassen hat, diese befinden sich aber nicht unter den Streikenden, sondern gehören zu denen, die der Firma jetzt Hausdienerdienste leisten und auf Kosten der Firma jetzt mit Speise und Trank bewirtet werden. Die Firmeninhaber haben sich das Hausrecht übertragen lassen und nicht nur den Streikposten, sondern sogar Gästen des bekannten Verkehrslokals, welches sich auf demselben Hofe befindet, das Betreten des Hofes bei Androhung einer Anklage wegen Hausfriedensbruchs verboten, wozu sie natürlich kein Recht haben.

Wir bitten nach wie vor, Zugang strengstens fernzuhalten. Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.

Herr Gastwirt August Kuehner, Lindenstr. 20, schreibt uns, daß ihm von dem bevorstehenden Streik bei Regeler nichts bekannt gewesen wäre. Herr Regeler hätte ihn gebeten, sein Vereinszimmer für kurze Zeit zum Engagement einiger Hausdiener benutzen zu dürfen. Daß es sich um Streikbrecherengagement handelte, war Herrn Kuehner nicht bekannt; derartige würde er in seinem Lokale nicht dulden. Herr Kuehner hat ja denn auch — wie wir schon mitteilten — nach erfolgter Kenntnisnahme der Sachlage die Fortsetzung dieser Tätigkeit des Herrn Regeler inhibiert.

Deutsches Reich.

Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe konstituiert sich. Geheimrat Dr. Wiedfeldt wurde von beiden Parteien in das Zentralschiedsgericht gewählt. Das Reichsamt des Innern soll ersucht werden, zwei Unparteiische zu ernennen und Dr. Wiedfeldt die Übernahme des Amtes als Unparteiischen zu gestatten. Im zweiten Drittel dieses Monats soll dann eine Sitzung des Zentralschiedsgerichts einberufen werden.

Wieder ein Landarbeiterstreik.

In Groß-Dittersleben bei Magdeburg traten bei dem Gutbesitzer Grafemann am Montag früh sämtliche polnischen Landarbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand. Die Ursache des Streiks ist Unzufriedenheit mit dem Lohn und der Beföstigung. Von den Streikenden, deren Zahl ungefähr 80 beträgt, wurden vier, zwei Männer und zwei Frauen, als Rädelsführer verhaftet.

Achtung, Steinmetzen! Bei der Firma L'Hoest in Kupferdreh (Bessingen) legten 26 Steinmetzen die Arbeit wegen Lohnunterschieden und schlechter Behandlung durch den Geschäftsführer nieder. Zugang ist fernzuhalten. Die Firma hat dringende Aufträge für den Brückenbau zu Mülheim a. Ruhr.

Um die Niederlage bei den Sicherheitsmännernwahlen zu vermeiden, sucht jetzt der christliche Gewerksverein in seiner Verlegenheit die Lösslichkeit mit einer Wahlabschwindelgeschichte zu düpiieren. Unter der aufsehenerregenden Überschrift „Ein neuer Schurkenstreik geplant“ veröffentlicht der „Bergnappe“ einen plakatarligen Artikel, worin dem Verbands ein Schurkenstreik nachgesagt wird, der durch einen Brief verübt worden sein soll, der angeblich von einem führenden Verbandsmitglied an einen anderen Verbandsführer gerichtet sein soll. In dem Briefe, der von einem Dortmunder Verbandsbeamten angeblich herrührt, wird es so dargestellt, als wenn vom Verbands aus in letzter Stunde ein unsauberer Wahlstreik verübt werden sollte. Aus dem Briefe wird folgendes mitgeteilt:

„Die Geschichte mit Behrend halte ich für verfehlt. Du weißt, ich habe das Persönliche, laß es lieber. Die Sache mit Effert ist besser, sie klingt viel glaubhafter. Aber erst 1 bis 2 Tage vor der Wahl, eher dürft ihr das Flugblatt nicht herausgeben und vertreiben. Allzuviel Wirkung verpöndere ich mir auch nicht davon, das hat das Preuß.-Flugblatt verbrochen. Da habt ihr eine Dummheit gemacht. Junge, Junge, wenn das alles mal herauskommt. Wogt Euch nur nicht in Sicherheit. Auf das Ehrenwort dieser Kerle gebe ich nichts. Und dann diese fürchterliche Blamose. Ich wage gar nicht, daran zu denken. Mit dem Verlassen des Telephongesprächs ist es wohl nicht so ernst, wenn die beiden mal ausplappern sollten, dann leugnet einfach ab. Was wollen 2 gegen 5.“

Interessanter ist der Brief „Dein Freund Heinrich.“ Daraufhin sind drei Verbandsbeamte auf dem Bureau des Gewerksvereins in Essen vorstellig geworden, um diesen Brief einzusehen. Die Einsicht wurde verweigert. Es wurden ihnen dann von den Verbandsbeamten drei Handschriften der im Dortmunder Revier angestellten Verbandsbeamten vorgelegt. Die Christen mußten erklären, daß es keine dieser Handschriften war. Auch weigerten sie sich, eine Photographie des Briefes zur Verfügung zu stellen.

Achtung, Maschinisten und Heizer! Ueber das Walzwerk Mannstädt u. Cie. in Kall bei Köln a. Rh. wurde wegen Maßregelung der Vertrauensleute die Sperre verhängt. Zugang von Maschinisten und Heizern ist streng fernzuhalten.

Eine schlecht informierte Stadtbehörde.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Mainz wurde gegen die Baupolizei der Vorwurf erhoben, sie sei in dem Dachdeckerstreik parteiisch verfahren, weil sie, im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen, Rohbauten abgenommen habe, bevor die Häuser vollständig eingedeckt gewesen seien. Hätte die Baupolizei auf die Forderung bestanden, dann wären die Dachdeckermeister genötigt gewesen, die berechtigten Forderungen der Gehilfen zu bewilligen. Bürgermeister Baurat Kuhn erklärte hierauf: Es hat sich nur um wenige Quadratmeter gehandelt, die noch einzudecken waren und es wäre doch kleinlich bürokratisch gewesen, wenn man deshalb sich streng an die Verordnung gehalten und den anderen Handwerkern die Möglichkeit entzogen hätte, ihre Tätigkeit anzuhängen zu können. Das klang ganz plausibel und unsere Genossen im Stadtverordnetenkollegium beruhigten sich mit der Auskunft. Aber mangelhafte Informationen haben kurze Weile. Schon drei Tage nach der offiziellen Reinvorschau erklärten mehrere Verjonen, sie seien bereit, vor Gericht festzustellen, daß von drei Bauten nur der geringste Teil gedeckt war, von den größeren Häusern ist die Vorderseite, also jener Teil, der auch für den oberflächlichsten Beobachter sichtlich sichtbar war, gar nicht gedeckt gewesen. Der Vorwurf, daß diese zu frühe Abnahme der Rohbauten mit Schuld trägt, daß der Dachdeckerstreik heute noch nicht beendet ist, kann der Stadtbehörde nicht eripart bleiben.

In der Schuhfabrik von J. Müller Söhne in Speyer haben sämtliche Arbeiter ihre Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Gelbe Verleumder.

In den Schudertwerken zu Nürnberg besteht seit einigen Jahren eine von der Direktion gebildete gelbe Truppe, die ihre organisierten Kollegen mit ganz schäbigen Mitteln bekämpft. So verbreiteten sie über den Betriebsvertrauensmann des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Mitglied des Arbeiterausschusses, Genossen Zwosta, das Gerücht, er unterhalte mit einer Arbeiterin, die ebenfalls dem Arbeiterausschuh angehört, ein ehebrecherisches Verhältnis. Diese Verleumdung wurde auch in dem Lebiuschen „Bund“ wiederholt in der üblichen Weise behandelt. Zwosta sah sich schließlich genötigt, einen der Verleumder, den Pader Pauli, zur Verantwortung zu ziehen, um dem immer frecher werdenden Gerüchte ein Ende zu machen. Vor Gericht konnte der Mann nicht den Schalten eines Beweises für die Behauptung erbringen, und er wurde zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Dagegen legte er Berufung ein; zur Strafammerverhandlung schleppte er eine ganze Anzahl Herren herbei, allein das Ergebnis war für ihn noch schädlicher als vor dem Schöffengericht. Auf Andringen des Richters nahm Zwosta Rücksicht auf die Familie des Verleumders und ging auf einen Vergleich ein, worin Pauli unter Uebnahme sämtlicher Kosten erklärte, daß alle ehrenrührigen Nachreden aus der Luft gegriffen sind; ferner muß er den Widerruf im „Bund“ und im Nürnberger Parteiblatt veröffentlichen.

Ein Tarifvertrag im Kürschnergewerbe. Zwischen der freien Vereinigung der Kürschnermeister Münchens und dem Deutschen Kürschnerverband, Zahlstelle München, haben dieser Tage vor dem Gewerbegericht Tarifverhandlungen stattgefunden. Dieser bestand in diesem Gewerbe keinerlei Tarif, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren in keiner Weise einheitlich geregelt. Eine Einigung ist bis jetzt vor dem Gewerbegericht hinsichtlich der Arbeitszeit und dem Minimallohn bei den männlichen Arbeitern erzielt. Die Arbeitszeit soll täglich 9 Stunden betragen. Der Mindestlohn für Kürschnergehilfen soll auf 50 Pf. pro Stunde, der für Ausgelernte, die beim Lehrmeister bleiben, auf 40 Pf. festgesetzt werden. — In Bezug auf die Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen konnte bis jetzt eine Einigung noch nicht erzielt werden, ebensowenig über einen der Arbeiterinnen jährlich zu gewährenden Urlaub. Es sollen demnächst nach dieser Richtung hin vor dem Münchener Gewerbegericht weitere Verhandlungen stattfinden, die dann hoffentlich zu einer völligen Einigung führen.

Ausland.

Formen werden vor Arbeitsangeboten nach Australien gewarnt!

Das internationale gewerkchaftliche Sekretariat erhielt ein Telegramm von den australischen Gewerkschaften mit der Bitte, Formen in den europäischen Ländern vor Zugang zu warnen, da ein schwerer Konflikt mit den Unternehmern ausgedroht ist und diese sich auf baldigen Ersatz durch Einwanderer verlassen. Es ist selbstverständlich, daß organisierte deutsche Arbeiter von australischen Magnaten sich nicht zu Streikbrechern werden lassen.

Tom Mann über Gewerkschaftsaufgaben.

Der Organisator des australischen Sozialismus legte den Hafenarbeitern in Cardiff die Ungünstigkeit der gegenwärtigen englischen Gewerkschaftsorganisation dar. Trotz vander Fortschritte seien die Arbeiter von Cardiff noch in einem Zustand schmählicher Desorganisation und zu keinem ernstlichen Kampfe fähig, wie der jüngste Streik über Freigabe des Sonnabendnachmittags gezeigt habe. Er sprach sich ferner auf Grund der australischen Erfahrungen gegen ständige Schiedsgerichte aus, die sich in Neuseeland als Hindernis des Fortschritts erwiesen hätten und dazu führten, die Forderungen der Arbeiter zu erscheln. Vor allem forderte er eine andere Form der Organisation. Jetzt ständen sich die einzelnen Verbände fremd gegenüber. An Stelle der alten Trade Unions (Fachvereine) täten Industrieverbände (Industrial Unionism) not.

Letzte Nachrichten.

Verurteilter Wunderdoktor.

Marburg, 6. September. (V. H.) Das Schwurgericht verurteilte heute nach sechstägiger Verhandlung den Wunderdoktor Dikomeit aus Hartenrod zu einem Jahre und zwei Monaten Gefängnis, sowie zu 500 M. Geldstrafe und dessen Gehilfen Bronemann zu 10 Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. 5 Monate der verbüßten Untersuchungshaft wurden beiden in Anrechnung gebracht.

Winter auf den bairischen Bergen.

München, 6. September. (V. H.) Aus den Bergen kommen Nachrichten über ungeheure Schneemassen, die in der letzten Nacht niedergegangen sind. Auch neues Anschwellen der südbayerischen Flüsse wird gemeldet, so daß Hochwassergefahr wieder in Aussicht steht.

Ein blutiger Zusammenstoß.

Budapest, 6. September. (V. L. B.) Ueber einen Zusammenstoß, der zwischen Bauern und Landarmen in Czelna stattfand, wird amtlich gemeldet: Der Zusammenstoß erfolgte wegen Treiben von Kolarden in den Landesfarben des Königreichs Rumänien, wozu der im Wahlkampf unterlegene und seither unablässig agitatorisch tätige Abgeordnete Wajda die rumänische Landbevölkerung angestiftet hatte. Die Aufforderung der Gendarmen, die geschlich verbotenen Kolarden abzuliegen, beantworteten die Landleute, indem sie eine drohende Haltung einnahmen und die Gendarmen angriffen, die auf die Menge feuerten und zwei Personen töteten. — In der Gemeinde Stracsa kam es aus derselben Veranlassung ebenfalls zu einem Zusammenstoß, bei dem ein Gendarm getötet wurde. Die Gendarmerie ist in Wajda verstärkt worden.

Die Cholera in Apulien.

Rom, 6. September. (V. L. B.) In dem apulischen Choleragebiet sind während der letzten 24 Stunden 14 Erkrankungen und 12 Todesfälle an Cholera zu verzeichnen.

Neapel, 6. September. (V. L. B.) Mehrere hier vorgekommene Fälle von Dysenterie sind genau untersucht worden. Nach dem Ergebnis war kein Cholerafall darunter.

Die Pest in Odesa.

Odesa, 6. September. (Freh-Zel.) Nach einer offiziellen Bekanntmachung sind im Stadtbezirk Odesa bisher 84 Pestfälle zu verzeichnen gewesen.

Beim Baden ertrunken.

Saloniki, 6. September. (V. H.) Drei Touristen aus Lissabon, welche von Cattari in Albanien nach Eibassan unterwegs waren, badeten in einem Fluße. Zwei wurden von der Strömung sofort fortgerissen und ertranken, der dritte wurde gerettet.

Zweite Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen.

Kopenhagen, 6. September.

Zum Punkt Jugendschutz begründet Martin Olsen-Dänemark die vom 1. Internationalen Jugendkongress in Stuttgart angenommene Resolution, die ohne Debatte einstimmig bestätigt wird. Sie schildert die besondere Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter infolge des kapitalistischen Systems, der breiten Verwendungsmöglichkeit jugendlicher Arbeitskräfte durch die Einführung der Maschinen, der Lehrlingszuchterei und der Lehrlingsausbeutung durch den Vergeßlichkeitsschutz des Klein-gewerbes. Sie fordert vom Gegenwartsstaat als Schutzmaßregeln für die arbeitende Jugend 1. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte vor vollendetem 16. Lebensjahre, unter gleichzeitiger Ausdehnung der Schulpflicht bis zu diesem Alter, 2. sechsstündiger Maximalarbeitstag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahre; für dieselben 3. Verbot der Nachtarbeit, 4. vollständige ununterbrochene Sonntagsruhe, Verbot des Koffi- und Logiszwanges, 5. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts mit Tagesunterricht, 7. Abschaffung des Zuchtungsrechts, 8. Anstellung besonderer Inspektoren, 9. Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Handwerksbetriebe und die Haus-industrie, 10. Beschränkung der Lehrzeit auf zwei Jahre, 11. Verbot der Lehrlingsverwendung zu häuslichen und überhaupt außer-gewerblichen Zwecken, 12. leichtere Löblichkeit des Lehrverhältnisses und 13. Erhöhung der Strafen für die Arbeitgeber, die die Bestimmungen zum Schutz der Jugendlichen überschreiten. Die Gewerkschaften sollen beim Abschluß von Tarifverträgen nach Mög-lichkeit auf die Erfüllung dieser Forderungen drängen und die Jugendorganisationen selbst Schulkommissionen für die jugendlichen Arbeiter schaffen, welche die Aufgabe haben sollen, darauf zu achten, daß die Schulpflicht erfüllt werden und auch den Arbeits-nachweis in die Hand nehmen können.

Es erzählt sodann Dr. Karl Liebknecht das Wort zu seinem Referat über Militarismus. Er stellt die Entwicklungsgeschichte und Psychologie des Militarismus dar und gelangt zu dem Schluß, daß der heutige Militarismus nicht als Einzel-erscheinung in der Gesellschaft, sondern als ein Glied des Kapitalismus betrachtet und bekämpft werden müsse. Der kapitalistische Militarismus ist, soweit er sich nach außen richtet, in erster Linie eine Waffe im internationalen Konkurrenzkampfe. Die inter-nationale militärische Konkurrenz verbessert die Technik und ver-mehrt die Größe der bewaffneten Macht. Durch die neuerdings in Riesenritten vorwärts eilende Eroberung der Luft ist ein neues Element in die militärische Organisation eingetreten, das in ab-schätzbarer Zeit eine vollkommene Umgestaltung des Heer- und Kriegswesens zur Folge haben kann. Der durch den äußeren Mil-itarismus bedingte Umfang der Heeresorganisation ist bestimmt durch den Grad der Spannung, in dem sich der einzelne Staat in-folge der internationalen kapitalistischen Konkurrenz befindet. Die Form der Heeresorganisation ist in allen Ländern des Hochkapita-lismus schon wegen der größeren Schlagfertigkeit im Angriff das stehende Heer. Auch in den Ländern mit einer lockeren Heeres-organisation (Rußl. u. dergl.) werden die stehenden Kadres allent-halben vergrößert. Die idealen Kulturaufgaben verkümmern unter dem Druck der materiellen Lasten des Militarismus. Mit der Zunahme der kapitalistischen Konkurrenz steigert sich die inter-nationale Spannung. Der heuchlerisch als Friedenshort gepriesene äußere Militarismus wird trotz aller Monarchenselbstsuche und Bünd-nisse zur Erhaltung des Friedens zu einer immer ernstlicheren, ständigen Kriegsgefahr.

Auch die Bedeutung des inneren Militarismus nimmt mit der Fortentwicklung des Kapitalismus schnell zu. Die wachsenden Klassengegensätze nötigen die herrschenden Klassen immer mehr, ihre oligarchische Herrschaft auf das Gewaltmittel des Militarismus zu stützen. Das letzte und stärkste Gewaltmittel ist die Armee; sowohl in den wirtschaftlichen wie in den politischen Kämpfen gegen das Proletariat wird sie als ultima ratio in täglich sich steigendem Maße verwandt. Das System des stehenden Heeres ist dem inneren Militarismus am meisten angepaßt, und zwar noch ange-paßter als dem äußeren Militarismus, weil dieses System am

ehesten die Möglichkeit gewährt, den Mannschaften die erforderliche Psychologie einzufößen. Die Herausbildung eines hündischen Kadavergehorsams und eines Landknechtsübermuts gegen die Masse der Zivilbevölkerung soll die Soldaten geeignet machen, bei wirt-schaftlichen und politischen Konflikten auf die eigenen Klassen-genossen, auf Vater, Mutter und Geschwister zu schließen.

Das Proletariat, der Träger der internationalen proletarischen Solidarität und des Völkerfriedens, ist der geborene Feind des Militarismus. Die im Kampf gegen den Militarismus grund-legenden Methoden sind: unermüdlige Auffklärung über das wahre Wesen des Militarismus und seine Helfersbender, unablässige Brandmarlung der militaristischen Schädlichkeiten und Aus-schreitungen, Propaganda für alle zur Abschwächung des Militarismus geeignete Maßnahmen (Schiedsgerichte, Abrüstung, Volksheer) und Erziehung des Proletariats im Geiste des Sozialismus zur internationalen proletarischen Solidarität. Die Erziehung der Jugend in diesem Geiste ist eine der wichtigsten Aufgaben des kämpfenden Proletariats, und die selbständige proletarische Jugend-bewegung ist das wirksamste Mittel zu dieser Erziehung. Ueber die Art der Erziehung hat unter Innehaltung der im Beschluß des Stuttgarter Kongresses niedergelegten Grundsätze die Arbeiter-bewegung eines jeden Landes je nach ihren Verhältnissen zu ent-scheiden. In diesem Sinne wird in Uebereinstimmung mit dem Stuttgarter Beschluß, den sich die Jugendinternationale in allen Punkten zu eigen macht, die proletarische Jugend zum Kampf gegen den Militarismus in allen seinen Formen aufgerufen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Liebknecht legt im Sinne dieses Referates Thesen vor.

In der Diskussion führt Stala (Böhmen) Beschwerde, daß das internationale Sekretariat bei der serbisch-österreichischen Kriege kein Manifest gegen den Krieg erlassen habe.

Stala (Böhmen) wünscht ebenfalls, daß vom internationalen Sekretariat eine stärkere antimilitaristische Propaganda unter den Deutschen in Österreich entfaltet werde.

Danneberg verteidigt die Haltung des internationalen Bureaus in der serbisch-österreichischen Frage und glaubt Stala versichern zu können, daß sein Wunsch bald in Erfüllung gehen wird.

Krogg (Norwegen) wünscht, daß in den von Liebknecht vor-geschlagenen Thesen bestimmte Mittel zur Bekämpfung des Mil-itarismus und zur Abschwächung der Kriegsgefahr, besonders die Forderung der Abrüstung durchgeführt werden, die von der schwe-dischen Bewegung erfolgreich angewendet worden sind.

Nach Ansicht Christensens (Dänemark) entsprechen die Erfolge der antimilitaristischen Propaganda in Schweden allerdings den gebrachten Opfern nicht.

Nach längerer Diskussion werden die Thesen Liebknechts unter Streichung der Forderung nach Schiedsgerichten, Abrüstung und Volksheer und Hinzufügung der allgemeinen Forderung: Pro-paganda für die Abschaffung des Militarismus einstimmig an-genommen.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung: „Die inter-nationale Organisation der sozialistischen Jugend“ teilt Danneberg einen Beschluß des internationalen Jugendsekretariats dem internationalen Bureau in Brüssel als Unter-abteilung anzuheben soll. Die Konferenz erklärt sich hiermit ein-verstanden. Bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit wird ein aus Danneberg (Österreich) als Sekretär und de Man (Belgien), Höglung (Schweden), Stala (Böhmen) und Krogg (Norwegen) als Beisitzer bestehendes provisorisches Sekretariat eingesetzt. Dem aus dem Sekretariat aus-scheidenden Genossen Karl Liebknecht wird eine Ovation bereitet. Dann schlossen die Verhandlungen unter stürmischen Hoch-rufen auf die internationale Jugendbewegung und dem begeisterten Gesang der Internationale.

Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

(Telegraphischer Bericht.)

Leipzig, 6. September.

In der heutigen Sitzung hielt Genosse Heinrich Schulz-Verlin einen ausgezeichneten zweistündigen Vortrag über die Reform der Volksschulwesens. Er gab zunächst einen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der Schule. Dann ging er zur Schilderung des heutigen Zustandes über, um anschließend die

lann, löst im Gedränge der bunten Abenteuer keinen lebendigen Nachhall der Empfindung aus — so wenig wie Alkmene's Klage, die ihren unbewußten Treubruch mit dem Tode bühen will. Der fattrische Hauptgott geht so verloren, und die burlesken Prügeln-gen zwischen Sosias und seinem zweiten Ich fallen dann aus dem Stil heraus.

Die Aufführung war eben mäßig abgerundet, ohne, wie es ja auch in der Natur der Rollen lag, eine hervorragende persönliche Leistung zu bieten. Kappeler hatte als Jupiter einige sehr gute Momente. Frau Feldner war eine zärtliche Alkmene, Ludwig Hartau ein zornig stürmischer Amphitryon. Für Sosias und seinen göttlichen Doppelgänger setzten Guido Herzfeld und Alexander Eckert mit guter Laune ihre Kräfte ein. A.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Unter dem 6. September kritisiert der „Vorwärts“ die Auf-führung der „Erziehung zur Ehe“ im Neuen Volkstheater und rügt dabei zwei Fehler, die meine Besprechung dieses Stückes enthält. Mein Manuskript war von den Versehen frei, erst später haben sie sich eingeschlichen und zwar auf folgende Weise: Beim Korrektur-lesen stellte ich heraus, der Text müsse gekürzt werden, um Raum für einen angehängten Aufsatz zu erübrigen. Ich strich also Sätze und Satzteile, machte Zusammenziehungen und Änderungen. Die Striche und Randvermerke nun mögen dem Seher nicht überall deutlich geworden sein; vielleicht hat sich auch mein Stift beim Streichen verfehlt. Wer je mit Druckkorrekturen zu tun hatte, wird diese Entschuldigung gelten lassen.“ Dr. Bruno Wille.“

Wer je für ein Publikum zu schreiben hatte, meinen wir, dessen Bildungsbedürfnis solchen Respekt verdient, wie das der Mitglieder unserer Volkshäuser, der sollte das „Korrektur-Revisoren“ ge-nannte Verfahren anwenden oder anwenden lassen. G. D.

Humor und Satire.

Waldezauber. „Hören Sie das wunderbare Mäuschen, Fräulein Karelle?“

„Ja, Herr Assessor, ich lasse ja auch alles auf Seide arbeiten!“

Beim nächsten Fürstenempfang. „Und gar keine Ehrenjungfrauen, lieber Bürgermeister?“

„Ach, entschuldigen Sie, Majestät, wir hatten 20 ausgewählt, die sind aber heut gerade Zeugen im Pozeß Bod!“

Neue Preisaufgaben der Universität

(aus Anlaß der Hundertjahrfeier.)

Statistischer Vergleich der deutschen Viehzählung mit dem Be-stand des Rindviehs in Berlin, einschließlich der Heuochsen in der deutschen Tageszeitung.

Wie das neue Heilmittel Chelidonium 606 die Zahl der Ehe-schließungen vermindern?

Wie wird das Telegramm lauten, das der König von Italien empfangen wird, wenn der Kiste Turin von Pisa umfällt?

Wie Gutenberg die Buchdruckerkunst auch erfunden, wenn er die „Tägliche Rundschau“ vorausgesehen hätte?

Forderungen der Sozialdemokratie zu entwickeln. Die Sozial-demokratie gehe von einer anderen Anschauung aus an die Schulreform als das Bürgertum. Dieses wolle nur an dem Schulwesen herumsitzen, die Sozialdemokratie es aber von Grund aus reformieren. Der reiche Inhalt des Referats kann hier auch nicht andeutungsweise wiedergegeben werden. Die Forde-rungen der Partei zur Reform des Schulwesens sind vom Referenten in einer Resolution niedergelegt worden, die mit den Leit-sätzen übereinstimmt, die dem Mannheimer Parteitag 1906 zu dem Thema „Volksschule und Volksschule“ vorgelegt wurden. Genosse Schulz begründete nun im einzelnen diese Forderungen. In der Dis-kussion regte Genosse Göhre an, daß zur Belebung der Schulreform in Sachen im kommenden Winter eine Bewegung entfacht werden müsse durch Versammlungen, durch Herausgabe eines Flugblattes und Auslegung einer Petition. Die Resolution des Genossen Schulz wurde nun einstimmig angenommen. Damit waren die Verhandlungen der Landeskonferenz am Mittag 1/2 Uhr zu Ende. Der Vorsitzende, Genosse Lipinski, hielt eine kurze An-sprache, wobei er die Arbeiten der Landeskonferenz betrachtete; dann schloß er sie mit einem dreifachen Hoch auf die revolutionäre Sozial-demokratie, in das die Delegierten begeistert einstimmten.

10ter Internationaler Genossenschaftstag in Hamburg.

Hamburg, 5. September.

Von der gestrigen Beratung des Statuts — die Zweck-bestimmungen des Internationalen Genossenschaftsbundes haben wir bereits mitgeteilt — ist noch folgendes nachzutragen: Der Ent-wicklung des Genossenschaftswesens Rechnung tragend, wird vor-geschlagen, die Gewinnbeteiligung unter die Zwecke des Bundes nicht mehr aufzunehmen, ein nicht zu verletzender Fort-schritt. Was den Aufbau des Bundes anlangt, wird ausgeführt, daß zweifellos einmal die Zeit kommen werde, wo der Internationale Bund sich allein auf nationalen Verbänden aufbauen kann, in der Gegenwart ist es aber noch nicht möglich. Außer einzelnen Ge-nossenschaften und Genossenschaftsverbänden sind auch Gesellschaften zugelassen, die, ohne selbst Genossenschaften zu sein, die Förderung des Genossenschaftswesens bezwecken. Die Mitarbeit solcher Pro-paganda-Gesellschaften, wie zum Beispiel des „Velletero“ in Fin-land, könne dem Bunde nur erwünscht sein, liege deren Tätigkeit doch in der gleichen Richtung wie die des Bundes. Auch die individuelle Mitgliedschaft ist zulässig, da es Leute mit großen Verdiensten um das Genossenschaftswesen gebe, deren Mitarbeit man nicht entzagen wolle. — Der § 7 proklamiert die politische und religiöse Neutralität des Bundes. Diefem gehören aber mehrere Genossenschaften an, die sich in den Dienst einer politischen Partei stellen, und der Ansicht sind, daß die Genossen-schaften mit anderen politischen und sozialen Organisationen zusammenarbeiten müssen, wenn sie ihre Ziele erreichen wollen. Der Zentralvorstand glaubt, auch diese in Belgien, Frankreich und Öster-reich befindlichen Genossenschaften nicht von der Mitarbeit im Bund ausschließen zu sollen und beschränkte sich deshalb auf die Forde-rung, daß „alle Mitglieder die politische und religiöse Neutralität des Bundes selbst respektieren sollen“. — Der Beitrag an den Bund wird, je nach dem lokalen, regionalen oder nationalen Wirkungskreise und je nach dem Umfange dieser Organisationen, im Minimum auf 12—200 M. pro Jahr bemessen.

Das Gesamtstatut wurde en bloc gegen eine Stimme an-genommen.

Hamburg, 6. September.

In der heutigen Sitzung gelangte der dritte Punkt zur Ver-handlung:

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Gegenwart und Zukunft.

Dieser Gegenstand ist in vier Abschnitte zerlegt:

- a) das Konsumgenossenschaftswesen;
b) das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen;
c) das Kredit- und gewerbliche Genossenschaftswesen;
d) was können die Baugenossenschaften zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen?

Ueber den ersten Abschnitt referiert Dr. Hans Müller-Büch. Nach einem Überblick über den Stand und das Wesen der Genossenschaften entwickelt Redner die Ansicht, daß es eine grund-sätzliche politische Abstinenz für die Genossenschaften nicht geben könne. Daraus folge aber keineswegs, daß die Konsumvereins-

Wieviel Schummäcker gehören dazu, um eine Insel von der Größe Aretas schaumlos zu machen?

Wieviel Semester muß ein preußischer Prinz die Sportplätze besuchen, um an einer Hochschule sein Doktorzeugnis zu machen? („Lustige Blätter.“)

Bornehme Passionen. „Das Betteln ist doch ein schred-liches Vaster! Jetzt habe ich schon wieder meine ganzen sauer ver-dienten Erpressungsgelder beim Totalräuber verloren.“

Ein nobler Papa. „Hundert Mark Abfindung hat mei Resi für den Quam kriegt, und was? damit zum Wechseln 'gangen ist, war'n's lauter g'schäftliche Banknoten.“

Kerze unter sich. „Verlassen Sie sich auf meine längere Erfahrung, Herr Kollege: die Leute, die noch an Gott glauben, machen einem das Leben lange nicht so sauer, wenn ein aus der Familie draufgeht.“ („Simplicissimus.“)

Notizen.

— Reines Radium herzustellen, ist der Frau Curie, wie sie der Pariser Akademie der Wissenschaften gestern mitteilte, in gemeinsamer Arbeit mit dem Chemiker Debierne gelungen. Das „reine Radium“ hat das Aussehen eines silberweißen Metalls, es wird vom Eisen kräftig angezogen (ist also stark magnetisch), zerlegt sich schnell in der Luft, wobei es unter der Einwirkung des Sauer-stoffs der Luft eine schwarze Färbung annimmt, es verbrennt Papier, das mit ihm in Berührung gebracht wird, und oxydiert sehr stark im Wasser. — Bisher kannte man das Radium nur in Ver-bindungen, namentlich mit Chlor und Brom. Die Versuche mit dem kleinen Stückchen reinen Metalls werden jetzt erst beginnen, und es wird sich erst noch herausstellen haben, ob die Darstellung des reinen Elements für Chemie, Technik oder Heilkunde von be-sonderer Bedeutung ist.

— Das „Berliner Tageblatt“ windet sich vor Staunen über die Verderbtheit der bürgerlichen Presse, für deren Klüftigkeit Herr A. D. Weber wieder einmal Beiträge (im Werte von 3000 M.) erbracht hat. Dem Rossblatt sollten bestimmte Eigenheiten der bürgerlichen Presse doch nicht unbekannt sein. Am „D. T.“ vom 21. August 1910 z. B. stand ein von einem gewissen Dr. Wilhelm Sternberg verfaßter Artikel: „Die Uebertreibungen der Abstinenz.“ Der Verfasser jenes Artikels, Dr. Sternberg, ist ein Mann, dessen metallische Beziehungen zu den deutschen Groß-bräuereieren sehr häufig diskutiert und erwidert worden sind. Unter anderem im Organ des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes („Der abstinente Arbeiter“) und letztes erst wieder in einer im Verlage dieses Bundes herausgegebenen Broschüre: „Das Braukapital und seine Annapen“. Also dieser Dr. Sternberg genießt die Gastfreundschaft des „Berliner Tageblatt“. Als aber ein angesehener Arzt, der Besitzer eines Sanatoriums im Niefen-gebirge, eine Erwiderung kontra Sternberg einlief, erhielt er den Artikel ohne eine Silbe der Begründung zurück. Was sagt das „Berliner Tageblatt“ zu solchem Verhalten, das Elemente schäft, die nicht minder genau unter die Lupe zu nehmen wären als jene, die Herren A. D. Weber gehorsam zu Diensten standen?

Kleines feuilleton.

Theater.

Deutsches Theater: „Amphitryon“, Lustspiel in drei Akten von Heinrich v. Kleist. Der naive Altknecht vom Götter-vater Zeus, der, um die Liebe der schönen Alkmene zu genießen, die Jüge ihres Gatten, des Thebaner Feldherrn Amphitryon, an-nimmt und mit ihr den Anaben Herkules, den stärksten aller Menschen, erzeugt, hat in der späteren Griechenzelt, als kritischer Verstand die Ehrfurcht vor den überlieferten Göttermärchen unter-wählt hatte, den Stoff zu einer lustigen Komödie gegeben. In der lateinischen Bearbeitung des Plautus haben sich die Spuren des Originals erhalten. Und aus dem Plautus wiederum schöpfte Molière die Anregung zu seinem großartigen Lustspiel „Amphitryon“. Fuldas deutsche Uebersetzung, in der das Stück auch vor den Mit-gliedern der freien Volksbühne mit großem Gelingen zur Auf-führung gelangte, bringt in ihren leichtesten Reimen die Anmut und den Uebermut der Dichtung kongenial zum Ausdruck. Der Geist erheitender Respektlosigkeit, seiner, doch in seiner Art demjenigen der Offenbachschen parodistischen Operetten verwandt, weht darin. Molière persifliert in dem Histrionen zugleich die Art und Weise, wie die großen Herren der Erde für ihr Götzen immer willige Diener finden und wie sie sich selbst in den heillossten Situationen noch ein Air der Gnade und der Großmut zu geben wissen. Die Göttin der Nacht, durch Merkur, den Boten des Zeus, aufgefordert, die Stunden der Dunkelheit für das galante Abenteuer länger auszudehnen, ergeht sich in recht spitzigen Betrachtungen. Es ändere jede Handlung, je nach dem Ansehen dessen, der sie tut, den Namen. Inzess will sie die Hölle nicht verweigern, denn alle himmlisch Hochgeborenen müssen einander solidarisch beistehen, damit das Menschenvolk nicht Anlaß zu unehrenhaften Späßen finde: Und Sosias, des hochfahrenden Amphitryons profaisch verkündigter Diener, bemerkt achselzuckend am Schluß, da sich Zeus dem be-trogenen Gemahl in seiner Herrlichkeit offenbart und als Gegengabe für die unehelichen Freiheiten patriotisch die künstliche Geburt des Helios Herkules voraussetzt: Herr Jupiter vergoldet seine Willen. Ihm kommt die Sache trotz aller großen Worte gar nicht „tühnlich“ vor.

Kleists Umformung des Molièreschen „Amphitryon“ zerstückt die leichte, spielerische Stimmung sowie den Einschlag des Satirischen, die dem französischen Stück so pikanten Reiz und frische Wahn-wirklichkeit verleiht. Das Gespräch der Götter im Prolog, dieses spöttische Präliminum, das allem anderen Licht und Farbe gibt, hat er gestrichen, die Hauptpunkte ausgelöscht. Was er hinzugefügt, bringt es zu keiner einheitlichen Wirkung, kann es im Rahmen einer Fabel, die heute nur im Spiel der Laune und des Witzes fähig zu inter-essieren vermag, zu keiner Wirkung bringen. In dem karnevaleskischen Gemisch der Verwickelungen, die Jupiters Verwandlung in Amphitryons Gestalt, Merkurs Winklerung als Sosias erzeugt, bleibt für die Symbolistik, die Kleist am Herzen lag, nicht Raum. Der tiefe, vieldeutige Gedanke, daß Jupiter als Gott geliebt sein will und daß er doch die Liebe, nach der seine Einfachheit dürstet, wie als er selbst, Zeus nur in menschlicher Verkleidung gewinnen

Bewegung nun den Charakter einer Art von politischer Partei annehmen und sich ein eigenes politisches Programm geben müsse. Sie behelze im Grunde zu ihrem Gebiete nur, daß man sie in Ruhe lasse und die staatsbürgerlichen Rechte der Konsumenten nicht antaste. Sie verlange vom Staate gar nichts anderes, als die Aufrechterhaltung der liberalen Grundzüge der Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichen Freiheit, die Respektierung der Rechte der Genossenschaften, alles das zu tun, was anderen Bürgern ebenfalls erlaubt sei. Die Genossenschaften seien an der Erhaltung und lokalen Anwendung derjenigen Grundzüge durch die staatlichen Behörden interessiert, welche in der Verfassung eines jeden modernen Rechtsstaates niedergelegt seien. Zur Bildung einer besonderen politischen Partei liege deshalb kein Grund vor. Wir haben nur dann die Pflicht, in die politische Arena herabzusteigen, wenn an den anerkannten Grundlagen des Rechtsstaates gerüttelt und verkratzt wird, diese nach rückwärts zu revidieren. In dieser Sinne können wir von unserer Bewegung behaupten, daß sie eine eminent staatsverhaltende Bewegung sei. — Der Grundgedanke der Neutralität befuge, daß innerhalb der Genossenschaften allein die Genossenschaftler nach genossenschaftlichen Grundsätzen und Rücksichten ihre Entscheidungen treffen und keinen von außen kommenden Diktat irgend einer Parteiführung unterstellt sein sollen. Aber er befuge nicht, daß die Genossenschaften in einer ihre Interessen betreffenden Angelegenheit nicht mit einer Partei einmal gemeinsame Sache machen können. Das Neutralitätsprinzip soll die Genossenschaften nicht in der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder beschränken, sondern gerade umgekehrt eine möglichst wirksame Bekämpfung aller genossenschaftsfeindlichen Bestrebungen möglich machen. — Das ökonomische Interesse, das die Konsumentengenoschaften und ihre Verbände vertreten und in der Volkswirtschaft durchzusetzen bemüht sind, ist unbestrittenmäßig das Interesse der Konsumenten. Da aber nicht nur eine Klasse der Gesellschaft, sondern alle Klassen aus Konsumenten bestehen, so ist das Konsumenteninteresse tatsächlich das allgemeine gemeinsame Interesse aller Glieder der Gesellschaft. Mit anderen Worten: als Konsumenten sind alle Klassen, ja alle Völker solidarisch; als Konsumenten haben die Menschen keine sich streitenden Interessen, und deshalb haben sie auch keine Veranlassung, gegen einander Konturrenz- und Klassenkämpfe und Völkerringe zu führen. Das Konsumenteninteresse bildet die höhere Einheit, in der sich alle gegensätzlichen, sozialen und nationalen Interessen auflösen. Die Konsumentengenoschaftsbewegung nun, deren ureigenster Zweck die Durchsetzung des Konsumenteninteresses in der Volkswirtschaft ist, ist deshalb auch eine soziale und internationale Friedensbewegung; sie birgt nichts in sich, was zu Klassenkämpfen und Völkerringen Veranlassung geben könnte. In dem Maße, als sie sich entwickelt, realisiert sie vielmehr das Ideal der Solidarität innerhalb der einzelnen Volksgemeinschaften und Staaten, wie auch in ihrem internationalen Verkehr miteinander. Die Konsumentengenoschaftsbewegung hilft die ökonomischen Voraussetzungen für eine soziale Kultur des Menschengehichts schaffen, die frei ist von dem menschenunwürdigen Kampfe des Menschen gegen den Menschen. Aber gerade deshalb können und dürfen wir sie nicht zu einer Waffe in den Parteien-, Klassen- und Völkerringen, die die gegenwärtige Gesellschaft erschüttern, umschmieden. Tun wir das, so nehmen wir ihr nicht nur das, was ihre große kulturgeschichtliche Bedeutung ausmacht, sondern tragen auch den Keim der Zersetzung und inneren Zersplitterung in sie hinein. Redner warnt nochmals die Genossenschaften, sich nicht in Fragen und Angelegenheiten hineinzumischen, die ihre Lebensinteressen nicht berühren. Dagegen werde die Genossenschaftsbewegung um so weniger darauf verzichten können, sich in den Fragen der nationalen Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung Gehör zu verschaffen, je weiter sie fortschreite und je mehr speziell die Konsumentengenoschaften sich zu nationalen Organisationen der allgemeinen Konsumenteninteressen auswachsen. — Die genossenschaftliche Erziehungsarbeit müsse mit der Organisation des Konsums und der Produktion Hand in Hand gehen. Nur wenn die Genossenschaften in diesem Sinne sich entwickeln, wenn sie zu Pfeilspitzen sozialer Gesinnung und zu Anstalten sittlicher Charakterbildung werden, könne man mit Zuversicht darauf rechnen, daß wir nicht an einem babylonischen Turm, sondern an den Fundamenten einer neuen Zeit, einer veredelten Kultur bauen helfen.

Internationale Konferenz für Sozialversicherung.

Haag, den 6. September 1910.

(Telegraphischer Bericht.)

Die I. Internationale Konferenz für Sozialversicherung trat heute im Scheveninger Kurhaus zusammen. Die Konferenz sieht unter dem Protektorat der niederländischen Regierung. Sie bildet eine Fortsetzung der internationalen Kongresse für Sozialversicherung, die seit dem Jahre 1889 in wechselnden Zwischenräumen in Paris, Bern, Mailand, Brüssel, Paris, Düsseldorf und Rom stattgefunden haben. An der Konferenz beteiligen sich Politiker aller Parteien, Reichs- und Kommunalbeamte, Soziologen, Nationalökonom und Statistiker, Versicherungsbeamte und andere Berufsbeamte der öffentlichen und privaten Versicherung, Ärzte und Hygieniker, Richter und Advokaten, Unternehmer und Arbeiter, Genossenschaftler. Fast alle europäischen Staaten, ferner die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Japan usw. sind vertreten. Die Konferenz wurde durch den Vorsitzenden Professor Dr. Rolens-Hoog und den holländischen Minister für Landwirtschaft Talma eröffnet. Deutschland ist von allen Ländern am stärksten vertreten, es sind aus Deutschland amtliche Behörden, Landesversicherungsanstalten, Kassenvereinigungen usw. vertreten. Als Vertreter der Reichsregierung ist Oberregierungsrat Buermeling, für das Kaiserliche Statistische Amt in Berlin Geheimrat Dr. Jacher, für das Kaiserliche Statistische Landesamt Ministerialrat Dr. Jahn-Münchgen anwesend. Weiter bemerkt man unter den Teilnehmern Staatsminister a. D. v. Berlepsch, Geheimrat Dr. Viefelshäfer, den Reichstagsabg. v. Dziembowski, den Unterstaatssekretär a. D. Prof. Dr. v. Mohr, den Vorsitzenden des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen Fräulein v. Dresden, Geh. Regierungsrat Dr. Ott-Strahburg, Reichstagsabg. Sanitätsrat Dr. Ruggan-Berlin, Prof. Lennhoff-Berlin, Geheimrat Dr. Köller, Prof. Dr. Rames-Berlin u. a. Im Namen des internationalen Komitees für Sozialversicherung begrüßte der Präsident Minister a. D. Poincaré-Paris die Konferenz, im Namen der ausländischen Regierungsvertreter dankte Professor Rames-Berlin für den Empfang. Vom Grafen Kojadawski ist ein Telegramm eingelaufen, in dem dieser bezeugt, nicht anwesend sein zu können und versichert, mit ganzem Herzen bei den Verhandlungen zu sein. Auch der österreichische Minister a. D. Baernreiter hat sein Ausbleiben entschuldigt.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf den

Ärztlichen Dienst in der Arbeiterversicherung.

Hierzu liegen eine Reihe von Referaten vor. Ein Bericht ist vom Präsidenten des Reichsversicherungsamtes in Berlin Dr. Kaufmann erhalten. Er bezeichnet die behandelnden Ärzte als unentgeltliche Berater der Versicherungsträger, die als Sachverständige und Gutachter bei der Festsetzung der Renten ein maßgebendes Wort zu sprechen haben. Im Gegensatz zur Krankenversicherung, bei der leider zwischen den Ärzten sowie ihren Organisationen und den Versicherungsträgern scharfe Gegensätze zutage getreten sind, entwickelten sich nach der der Wirtschaft recht fern stehenden Ansicht des Referenten bei der Unfall- und Invalidenversicherung die Dinge über im allgemeinen harmonisch. Hier hat sich, nicht ohne Einfluß der vermittelnden Tätigkeit des Reichsversicherungsamtes, das Verhältnis der Ärzte zu den Versicherungsträgern im großen und ganzen befriedigend gestaltet. Meinungen in Einzelfällen waren naturgemäß auch hier nicht ganz zu vermeiden. Besonders in früheren Jahren hat die Beschaffung und Bezahlung der von den behandelnden Ärzten erforderlichen Gutachten nicht selten zu Streitigkeiten geführt. In einzelnen Fällen fühlten sich Ärzte auch über den Befehl des Arztes in der Heilbehandlung beschwert. Dies und da lehnten die Ärzte die Begutachtung ab, so lange nicht

der behandelnde Arzt gehört war. Kassenärzte haben über die von der Berufsgenossenschaft veranlaßte frühzeitige Übernahme des Heilverfahrens Klage geführt, weil sie hierdurch eine Schädigung ihres Ansehens befürchteten oder sich finanziell geschädigt glaubten. Vereinzelt haben Ärzte auch dagegen Einspruch erhoben, daß ein Vertrauensarzt in Orten außerhalb seines Wohnortes Kontrolluntersuchungen vornahm, oder daß ein nicht dem Ärzteverein des Bezirks angehörender Arzt mit der Vornahme von Renteneinstellungen betraut wurde. Der betreffende Vertrauensarzt hatte seinen Mitgliedschaft keine weitere Mitwirkung in Unfallsachen verweigert. Die Berufsgenossenschaft war deshalb gezwungen, bei dem zuständigen Gericht die eideschwörende Verneinung der betreffenden Ärzte als Zeugen zu beantragen. Abgesehen von diesen mehr örtlichen Schwierigkeiten, die verhältnismäßig schnell erledigt werden konnten und in deren Verlauf die ärztliche Versorgung der Versicherten und der ordnungsmäßige Geschäftsbetrieb der Versicherungsträger erfreulicherweise nicht in Frage gestellt wurde, sind erstere Zusammenstöße nicht zu beklagen gewesen. Präsident Kaufmann erörtert zunächst im speziellen die Stellung des Arztes beim Verfahren in der Unfallversicherung. Die Unfallversicherung bezweckt nicht in erster Linie die Zahlung einer Rente, sondern die schnellste und vollkommenste Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Je mehr der Verletzte seine Arbeitsfähigkeit wieder erlangt, um so größer ist der Gewinn für ihn, seine Familie und für die Gesamtheit. Aber auch die Berufsgenossenschaften ziehen durch Verminderung ihrer Rentenlast hieraus Vorteil. Ein durchgreifendes Heilverfahren der Versicherungsträger ist deshalb aus humanen wie finanziellen Gründen veranlaßt. Für seinen Erfolg ist in erster Linie geboten, den Verletzten frühzeitig in geeignete Behandlung zu nehmen. Hier erwachen dem Arzte wichtige, dankbare Aufgaben. Der Arzt, der alsbald nach dem Unfall zugezogen wird, um die erste Hilfe zu leisten, beeinflusst durch seine ersten Anordnungen oft den Gang des ganzen Heilungsprozesses. Die zweckmäßigste ärztliche Wundbehandlung tritt hierbei in den Vordergrund. Eine Desinfektion unter ungünstigen äußeren Bedingungen wird leicht zur Infektion. Darum muß alles vermieden werden, was eine Infektion hervorrufen kann. Der erste Verband entscheidet das Schicksal der Wunde hat ein bekannter Chirurg zutreffend bemerkt. Nimmt der zuerst zugezogene Arzt auch den ersten chirurgischen Eingriff vor, so ist damit gewöhnlich auch die Entscheidung über den späteren Arbeitsgebrauch der Glieder in seine Hand gegeben. Für den Verletzten kommt es nicht auf die Erhaltung anatomisch gebliebener, sondern funktionell brauchbarer Glieder an. Von diesem Gesichtspunkt aus muß das Heilverfahren geleitet werden. Da die Berufsgenossenschaften unter Umständen auch für die Folgen innerer Leiden haften, sofern diese durch den Unfall wesentlich ungünstig beeinflusst werden, so erstreckt sich die Heilbehandlung oft auch auf innere und chronische Leiden. Der Arzt für innere Leiden findet also in der Unfallversicherung gleichfalls ein Feld der Betätigung. Den Wert eines zielbewußten Heilverfahrens haben die Versicherungsträger schon bald erkannt. Sie haben daher eigene Unfallkrankenheuser errichtet, in denen die Behandlung Verletzter unter Anwendung aller erforderlichen spezialistischen Methoden gehandhabt wird. Die Behandlung Unfallverletzter erfordert eine genaue Kenntnis der Unfallheilkunde und ausreichende Vertrautheit mit zahlreichen schwierigen neuen Behandlungs- und Beobachtungsmethoden. Nicht jeder praktische Arzt beherrscht heute dies alles schon genügend. Der Wunsch, daß besondere Lehrstühle für soziale Medizin geschaffen und daß dieses Fach als obligatorischer Gegenstand des Universitätsunterrichts eingeführt und daß fakultative Fortbildungskurse für Ärzte errichtet werden, erscheint hiernach vollkommen berechtigt.

Nicht weniger bedeutungsvoll gestaltet sich die Tätigkeit der Ärzte bei der

Invalidenversicherung.

Im Einvernehmen mit dem Reichsversicherungsamt schritten die Landesversicherungsämter zur Erbauung eigener Heilstätten. Die stärkste Äußerung hierzu gab der in Deutschland besonders machtvoll aufgenommene Kampf gegen die Tuberkulose. Dieser Entwicklung trug das 1900 in Kraft getretene Invalidenversicherungsgesetz weitgehende Rechnung, indem es den Versicherungsträgern allgemein die Befugnis gab, ein Heilverfahren in dem ihnen geeignet erscheinenden Umfang einzuleiten zu lassen. Das neue Gesetz bestimmte ausdrücklich, daß das Heilverfahren auch durch Unterbringung in einem Krankenhaus oder in einer Anstalt für Genesende gewährt werden könnte. Voraussetzung hierfür ist nur, daß durch die Heilbehandlung die Verhütung oder Beseitigung der Erwerbsunfähigkeit bezweckt wird. Unter dem Einfluß dieser fortgeschrittenen Gesetzgebung haben sich die eigenen Heilstätten der Versicherungsträger erheblich vermehrt. Die Zahl der Lungenheilstätten belief sich am Schlusse des Jahres 1909 auf 36 und die der anderenweiligen Heilstätten auf 32. In diesen Heilstätten standen insgesamt 7294 Betten zur Aufnahme von Kranken zur Verfügung. Auch die Behandlung von Alkoholkranken durch die Landesversicherungsanstalten nimmt von Jahr zu Jahr zu. So wurden im Jahre 1909 535 Personen in Trinkerheilanstalten untergebracht. Allein bei der Landesversicherungsanstalt Weisbaden sind im Jahre 1909 104 Personen mit einer durchschnittlichen Kurdauer von 148 Verpflegungstagen behandelt worden, von denen 90 als geheilt aus der Behandlung entlassen wurden. Auch auf vielen anderen Gebieten haben die Versicherungsträger großartige Erfolge bei der Volksgesundung geleistet, was zum wesentlichen Teil der hingebenden Arbeit der beteiligten Ärzte zu danken ist. Was die Stellung des Arztes als Gutachter anlangt, so hob Präsident Kaufmann hervor, daß brauchbare ärztliche Gutachten eine wertvolle Unterlage für die Entscheidung von Rentenansprüchen bilden. Natürlich darf sich die Rentenfestsetzung eines selbständigen Urteils über die einschlägigen ärztlichen Fragen nicht enthalten. Daher ist es wichtig, daß sich die mit der Bearbeitung der Rentensachen betrauten Organe und Beamten mit den Grundsätzen und Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft vertraut machen, und den mit der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes Beteiligten wird daher durch Vorträge namhafter Ärzte Gelegenheit gegeben, sich über alle für die Beurteilung der Rentenansprüche erheblichen ärztlichen Fragen zu unterrichten. Parallel hiermit gehen die Bestrebungen in ärztlichen Kreisen, auch die Ärzte mit den Begriffen der Rechtsgrundzüge vertraut zu machen, deren Kenntnis für die Erstattung brauchbarer Gutachten unentbehrlich ist. Die Organisationen der Unfall- und Invalidenversicherung werden auch in Zukunft mit den Ärzten vertrauensvoll und hingebend gemeinsam arbeiten, um die hohen Aufgaben der Arbeiterversicherung wie bisher im Interesse der Versicherten und der Gesamtheit gerecht und human zu erfüllen.

Über den

Ärztlichen Dienst bei den Krankenkassen

berichtete Amtsgerichtsrat Hahn-Jehendorf. Er behandelte ausführlich die zwischen den Ärzten und den Krankenkassen ausgebrochenen Streitigkeiten und nahm für die Ärzte das Recht in Anspruch, sich gegen ungerechtfertigte Zumutungen zu wehren, sich zu vereinigen und einander zu verpflichten, gleichzeitig bei den Krankenkassen ihre Tätigkeit einzustellen oder für gewisse Klassen eine Tätigkeit nicht zu übernehmen. Er besprach dann auch den Entwurf der Reichsversicherungsordnung, der sich jetzt in der Reichstagskommission befindet und der sogenannte Vertragsaus-schüsse einsetzen will zur Ausübung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Ärzten und Kassen. Die Aufgaben der Kassen sind in neuerer Zeit wesentlich erweitert worden. Es ist für zulässig erklärt worden, daß die Kassen Unterhaltungen über die Wohnungsverhältnisse ihrer Mitglieder veranstalten und die Heilstellungen in einer Denkschrift zusammenfassen. In ähnlicher Weise liegen sich auch andere Vorbeugungsmahnahmen rechtfertigen, so z. B. die Veranstaltung von belehrenden Vorträgen oder die Verteilung von Druckschriften an Kassenmitglieder zur Aufklärung über die Natur verschiedener Krankheiten und über die Mittel zu ihrer Verhütung.

Mittelbar können die Kassen auf die Verhütung von Krankheiten dadurch hinwirken, daß sie die ärztliche Behandlung und überhaupt das Heilverfahren in jedem einzelnen Falle möglichst gründlich gestalten und durchführen und zu diesem Zweck von der gesetzlichen Ermächtigung, durch ihr Statut das Recht und die Dauer dieser Leistungen zu erweitern, ausgiebigen Gebrauch machen. Die Kassen können auch die Versicherung auf die Familienangehörigen der Versicherten erstrecken. Im Hinblick auf die Gefahr, die das Zusammenleben mit Kranken auf engem Raum mit sich bringt, ist der dorbekommende Wert dieser Familienversicherung klar. Dies alles ist für die Verhütung von Krankheiten sehr wichtig und wertvoll, und es ist anzuerkennen, daß die großen und mittleren Kassen, von den gesetzlichen Ermächtigungen, ihre Leistungen über das gebotene Mindestmaß zu erstrecken, im allgemeinen einen sehr einflussreichen Gebrauch gemacht haben, zum Teil sogar in recht beträchtlichem Umfang. Aber eben nur die großen und mittleren Kassen, die über große Mittel und über eine entsprechende weibliche Leitung verfügen. Die kleineren Kassen haben sich meist begnügen müssen, das gesetzliche Mindestmaß zu gewähren oder nur wenig darüber hinauszugehen. Die Organisation der deutschen Krankenkassen leidet an einer allzu großen Zersplitterung. Das haben viele Kassenverwaltungen selbst erkannt, und sie haben an manchen Orten mit ausgezeichnetem Erfolge die Zusammenfassung der zersplitterten Einzelkräfte erstrebt. Entweder haben sie sich zur wirksameren Verfolgung einzelner Zwecke (Absicherung gemeinsamer Verträge mit Ärzten, Apotheken, Krankenhäusern; Anlage und Betrieb gemeinsamer Heilanstalten oder Erholungsstätten usw.) in „Verbänden“ zusammengeschlossen (§ 46), oder sie haben sich als Einzellassen überhaupt aufgelöst und eine gemeinsame große Krankenkasse gebildet. So sind mehrfach Kassen entstanden, die 100 000, ja sogar 150 000 Mitglieder umfassen und musterartige Einrichtungen geschaffen haben. Aber nicht überall haben die bestehenden kleineren Kassen die Neigung, ihre Selbständigkeit und ihr angesammeltes Vermögen in einer größeren Organisation aufgehen zu lassen; nicht selten scheinen auch die besonderen Verhältnisse, namentlich die Verschiedenheit des Risikos, den Widerstand gegen eine Vereinigung zu rechtfertigen. Deshalb ist es von hohem Werte, daß der Entwurf Bestimmungen aufgenommen hat, durch die zahlreiche kleine Kassen aufgehoben werden, der Entstehung neuer kleiner Kassen entgegengetreten und die Vereinigung mehrerer Kassen erleichtert wird. Obgleich diese Bestimmungen wesentlich hinter den Wünschen vieler Sozialpolitiker, die eine viel durchgreifendere Zusammenfassung beabsichtigen, zurückbleiben, so kann man doch, meint der Referent, jedenfalls eine erhebliche Stärkung der einzelnen Krankenkassen erhoffen.

Ärztlichen Dienst in der österreichischen Sozialversicherung

schiederte Regierungsrat Schnitzer-Brünn. Er besprach ausführlich die Absichten der österreichischen Regierung, die obligatorische Versicherung gegen Invalidität, die bisher nur für die Bergarbeiter bestand, auch auf die übrigen Arbeiter auszudehnen. Bei der Organisation des ärztlichen Dienstes in dieser zu schaffenden österreichischen Invaliditätsversicherung sollen hauptsächlich die in demselben Versicherungszweig in Deutschland gewonnenen Erfahrungen berücksichtigt werden.

Dasselbe Thema behandelte Dr. Vid-Kuffig. Nach ihm kann sich auf die Dauer nur dasjenige Arztgutachten bewähren, welches von dem guten Willen und dem gegenseitigen Vertrauen beider vertragsschließender Teile getragen wird. Dem Arzt muß in seinem Verhältnis zum Kassenvorstand eine standesgemäße, gegen Willkür geschützte Stellung gesichert werden. Von dem bisherigen Zustand kann man auch in Oesterreich nicht behaupten, daß er die Ärzte befriedigt. Es besteht an vielen Orten eine Entfremdung zwischen Arzt und Kranken einerseits und Arzt und Kassenverwaltung andererseits, die jeder auf das tiefste bedauern muß, der es mit der Entwicklung der Sozialversicherung ernst nimmt. Die Ärzte sind sich der Pflichten gegenüber der Allgemeinheit und der Sozialversicherung vollständig bewußt und zu Entgegenkommen bereit. Ihre Kritik hat sich nie gegen die Sozialversicherung als solche gerichtet, sondern nur gegen die Art der Durchführung. Die Ärzte sind aber auf die Dauer nicht im Stande, die Opfer zu tragen, welche man bisher von ihnen verlangt hat. Es muß daher ein Ausgleich gefunden werden, bei dem nicht nur die Rechte der Versicherten, sondern auch die berechtigten Forderungen der Ärzte gebührend berücksichtigt werden. Die Rechte und Pflichten müssen sich das Gleichgewicht halten. Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Die Erfahrungen, welche die Ärzte in den letzten zwanzig Jahren gesammelt haben, haben das Ergebnis gezeigt, daß der aufsteigenden Entwicklung der Sozialversicherung ein Abstieg des Arztestandes sowohl wirtschaftlich als ethisch entspricht. Mit einem herabgekommenen Arztestand lassen sich aber die Aufgaben der Sozialversicherung nicht befriedigend lösen. Das Wohl der Versicherten hängt davon ab, wie die Ärzte ihren Aufgaben gerecht werden. Von der befriedigenden Lösung der Arztestfrage hängt daher wesentlich die Weiterentwicklung der Sozialversicherung ab.

Weitere Referate erstatteten der Konferenz Reichstagsabg. Sanitätsrat Dr. Ruggan-Berlin und Prof. Dr. Lennhoff-Berlin, die sich auch mit der Arztestfrage beschäftigten und den Standpunkt des Leipziger Verbandes vertraten.

Über die Berichte entspann sich eine lebhafte, teilweise recht stürmische Diskussion, die sich hauptsächlich um die Frage der freien Arztwahl drehte.

Fräulein v. Dresden, Vorsitzende des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen: In dem Bericht der Herren Dr. Ruggan und Lennhoff sind so viele Irrtümer, wenn nicht schlechteres enthalten, daß ich mich darauf beschränken muß, an anderer Stelle eine Richtigstellung vorzunehmen. Der von mir betreute Zentralverband der Ortskrankenkassen, der 5 Millionen Mitglieder umfaßt, steht auf dem Standpunkt, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber in gleicher Weise berücksichtigt werden sollen. Wir erkennen voll an, daß den Ärzten ein der gesellschaftlichen Stellung entsprechendes Honorar zukommen muß, daß die Würde des ärztlichen Standes gewahrt werden muß. Aber auf dem Wege, den der Leipziger Verband einschlägt, ist dieses Ziel nicht zu erreichen. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Es führt dazu, daß den Krankenkassen es unmöglich gemacht wird, ihre Pflichten zu erfüllen, und daß die Versicherung der wirtschaftlich Schwächeren eine Versicherung der Ärzte wird. (Lebhafter Beifall und große Unruhe.) Wir haben in Deutschland vielfach die freie Arztwahl. Und wir sehen, daß sie trotzdem die soziale Lage der Ärzte nicht bessert. Es bilden sich die sogenannten Kassenläden heraus, die die ganze Praxis haben. Wenn die freie Arztwahl eingeführt ist, müssen auch alle Ärzte die Praxis ausüben, nicht nur diejenigen die wollen, also auch die Herren Geheimräte müssen sich den Arbeitern zur Verfügung stellen. (Stürmischer Beifall.) Es handelt sich dabei nicht bloß um das ärztliche Honorar, sondern auch um die Frage der Arbeitsfähigkeit. Eine Statistik, die wie jetzt ausgearbeitet haben, hat erwiesen, daß in Leipzig und München, wo die freie Arztwahl eingeführt ist, die Zahl der Erwerbsunfähigen bedeutend größer ist als dort, wo in den Kassen beamtete Ärzte wirken. Wir sind für freie Vereinbar. Wenn die Versicherten freies Selbstbestimmungsrecht haben werden, so werden sie wissen, was für ihre Interessen das Beste ist. (Lebhafter Zustimmung.) Die Herren Ruggan und Lennhoff müssen erst beweisen, daß die Arbeiter in den Kassen ver Gewaltigt werden. (Zurufe.) Wir kommen in Dresden mit dem bisherigen System sehr gut aus, und es werden dort auch die materiellen und ethischen Interessen der Ärzte sehr wohl gewahrt. (Beifall und Widerspruch.) Wir bekennen, daß die freie Arztwahl am besten die Standeswürde der Ärzte wahrt. Der Arzt wird dadurch nur abhängig von dem Wohlwollen des Patienten. Wenn aber die Ärzte so viel von der Standeswürde sprechen, sollten sie auch im Kampf gegen und die Standeswürde nicht außer acht lassen. (Sehr wahr und Lärm.) Ich erkläre hier öffentlich vor der internationalen Konferenz: Die deutschen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind gewillt, im Frieden mit den Ärzten zusammenzuarbeiten, aber sie sind nicht gewillt, sich von dem Leipziger Verband majorisieren zu lassen und ihr Selbstbestimmungsrecht herabwürdigend zu lassen. (Stürmischer Beifall und heftiger Widerspruch.)

Auch ein Arbeiterkongreß.

Aus Braunschweig wird geschrieben: Die kleinlich gehässige Arbeiterfeindschaft der braunschweigischen Regierung ist durch das den Wahlrechtsdemonstranten am 26. Januar bereitete Blutbad und die darauf folgenden Prozesse sowie durch eine Menge anderer Vorkommnisse weltbekannt geworden. Da ist es denn recht interessant zu sehen, daß dieselbe Regierung Arbeiter auch in überhöflicher Weise ehren kann.

Vom 3. bis 5. September hielten nämlich die „deutsch-nationalen“ Arbeiter, die vom Reichsverbandsgeneralissimus organisierte Streikbrechergarde, im „Wilhelmsgarten“ in Braunschweig ihren Bundestag ab. Zu Ehren dieser Arbeiter hatte die Straßenbahn, deren Direktor Major a. D. Ribbenropp als blindwütiger Arbeiterfeind allgemein bekannt ist, den sonst nur bei Fürstenempfängen üblichen Galaschmuck aufgezogen. Zur Eröffnung hatte das Infanterieregiment Nr. 23 seine ganze Kapelle gestellt. Den Vorstoß führte ein reichsverbandlicher Regierungsbaumeister. Als Ehrengäste waren der Stadtrat Freiherr von Frankeberg und Ludwigsdorf, der Generalmajor von Roedel, Offiziere in Menge, Rittergutsbesitzer, die Regierungsspitzen und als Vertreter des Staatsministeriums der Minister des Innern Hartwig erschienen.

Dieser Hartwig, derselbe, der am 26. Januar dem Blutbade vom Fenster des Ministerialgebäudes gemächlich zusah und dann später den Ullas unterschrieb, der den Sühneheil den höchste Verlobigung des Ministeriums aussprach, stellte sich den „deutsch-nationalen“ Arbeitern als Arbeiterfreund vor. Er sei auch ein Arbeiter, alle seien Arbeiter, ohne Unterschied des Standes. Die hohe Verehrung, die ihm empfangen habe, sei ihm eine besondere Genugtuung gewesen. Und die „deutsch-nationalen“ d. h. gelben Arbeiter hätten diesem Manne, der ein Todfeind der Klassenbewußten Arbeiterschaft ist und die Braunschweiger Arbeiter ununterbrochen verfolgt, tosenden Beifall. Die Gelben Lieberlicher Färbung rühmten sich an diesem Eröffnungstage, an dem ein hoher Regierungsbeamter den anderen mit feierlichen und sozialistenfresserischen Anreden abließ, 125 Bundesvereine mit 20 000 Mitgliedern zu besitzen.

Auch der von seiner siebenmonatigen Weltreise zurückgekehrte Agent Johann Albrecht von Mecklenburg, der schon als er zum ersten Male in Braunschweig seinen Geburtstag feierte, dem inzwischen von der Bühne verschwundenen Gelbenführer Mittelbauer die Hand gedrückt und sich gewissermaßen zum Protektor der Gelben im Herzogtum Braunschweig proklamiert hatte, sandte ein Begrüßungstelegramm. Da selbst Wilhelm II. ehrete seine Gelben durch einen telegraphischen Gruß, in dem er seine Freude über ihre unumwandelbare Treue ausdrückte. Wenn sich die hohen Herren an diese Arbeiter wenden müssen, um auch einmal von Arbeitern ein Grußwort zu empfangen, dann müssen sie wahrhaftig schon jeden Glauben daran verloren haben, sich jemals die Sympathie der Klassenbewußten, ehrlichen und verständigen Arbeiterschaft erwerben zu können.

Bei einem splendiden Festessen, das die Gelben ihren hohen Gästen gaben — wo wohl das Geld dazu hergekommen ist? — hatten die Arbeiter mit den Ministern, Generalen und hohen Beamten hunte Reize gemacht. Sie gaben sich gewissermaßen den Bruderkuß, wenn sie wohl auch nicht gleich Schmolis getrunken haben werden.

Daß dieser „Bund deutsch-baterländischer Arbeitervereine“ nichts anderes ist und nichts anderes sein will als eine Streikbrechergarde, zeigte sich am zweiten Verhandlungstage, an dem ein Syndikus Sveda ein Referat hielt, das darin gipfelte, die Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung umzugestalten, um die Koalitionsfreiheit wieder aufzuheben. Die Gelben klafften diesem Manne Beifall und nahmen einstimmig folgende Resolution an:

„Die Hauptversammlung des Bundes vaterländischer Arbeitervereine begrüßt es mit Genugtuung, daß die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen wieder aufgerollt ist, sowohl seitens der Industriellen in Köln, als auch durch den Allgemeinen Deutschen Innungs- und Handwerkerlag zu Berlin. Auch die vaterländischen Arbeitervereine verlangen Schutz gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechtes, durch den die Willensfreiheit des Arbeiters in unerträglicher Weise beeinträchtigt und gegen den Willen des Beschäftigten ein Koalitionszwang geschaffen wird. Der Vorstand des Bundes wird ersucht, geeignete Gesetzesentwürfe, insbesondere auch das Verbot des Streikpostens zu beantragen. Ferner ersucht die Vertreterversammlung den Vorstand, bei den Arbeitgebern zu beantragen, daß in den Arbeitsordnungen der Wagh eingefügt werde: Arbeiter, welche es unternehmen, Arbeitswillige an der Arbeit zu hindern oder sie während derselben zu belästigen, sind sofort zu entlassen, bezw. nicht wieder einzustellen.“

Hiernach erübrigt sich jedes Wort zur Charakterisierung der „deutsch-nationalen“ Arbeiter.

Am 4. Tage benutzte die Partei auch Spione und Verräter; sie ehren sie aber nicht. Auf der Braunschweiger Tagung dagegen wurde die Streikbrechergarde, die sich das Brandmal des Verräters selbst auf die Stirne drückte, von den Behörden mit Ehren- und Günstbezeugungen förmlich überhäuft. Auch ein großes Abendessen mit Gartenkonzert, an dem sich alle Spitzeln beteiligten, wurde den organisierten Streikbrechern gegeben. Auch ein Theaterabend wurde den Gelben in demselben Braunschweig veranstaltet, in dem erst kürzlich dem Bildungsausschuß der Klassenbewußten Arbeiterschaft die mit einer Privatbühne bereits fest vereinbarten Vorstellungen von der Polizei auf Anordnung der Regierung hinterzogen worden waren.

Wer schließlich noch irgendwie über das Wesen der „deutsch-nationalen“ Arbeiter im unklaren sein sollte, den mühte folgende Resolution belehren, die am dritten Verhandlungstage der Gelben ebenfalls einstimmig gefaßt wurde:

„Der Bund vaterländischer Arbeitervereine verurteilt einmütig und mit aller Schärfe den Gedanken, zwischen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie Wahlbündnisse herbeizuführen. Er erblickt in solchen Bündnissen eine Beeinträchtigung des tiefen Gegensatzes zwischen der vaterländisch-bürgerlichen und international-sozialdemokratischen Weltanschauung, eine schwere Schädigung der Interessen des Vaterlandes und eine politische Kurzsichtigkeit, die sich an denjenigen Parteien rächen muß, die auf diese Weise die Sozialdemokratie fördern helfen. Der Bund nimmt mit Bedauern Kenntnis davon, daß ein habsburger Staatsminister in Verkennung des innersten Wesens der Sozialdemokratie dieser ein Verdict um die Befreiung des vierten Standes zugesprochen hat. Einen vierten Stand gibt es im Deutschen Reich nicht. Wenn man aber von der früheren Befreiung der handarbeitenden Stände sprechen will, so ist diese vollzogen worden durch Staatsakte, an denen die Sozialdemokratie keinen Anteil hatte: wie die allgemeine Schulpflicht, die Stein-Gardenerische Gesetzgebung und die Verfassung des Deutschen Reiches. Die Früchte dieser Errungenschaften aber werden in Frage gestellt durch den Mißbrauch, den die Sozialdemokratie mit den Freiheiten des deutschen Volkes treibt, durch die terroristische Fesselung der Arbeiterschaft, die einem großen Teile der Arbeiter nicht nur die Freiheit der Erwerbsbetätigung raubt, sondern auch die Gedankenfreiheit, die Freiheit, vaterländisch zu fühlen und zu handeln. Wir lassen uns in der Hoffnung nicht beirren, daß ein immer größerer Teil der deutschen Arbeiterschaft sich zu der Erkenntnis durchringen wird, daß gerade ihr eigenes Wohl direkt abhängt von der politischen Machtstellung des Reiches und dem gleichmäßigen Gedeihen aller Teile unserer Volkswirtschaft.“

Natürlich war auch der berüchtigte Ermeri-Waldenburg auf der Tagung anwesend. Er sah neben Generalmajor von Roedel. Die beiden stellten sich gegenseitig an,

In Braunschweig hat der gelbe Bund allerdings schon wiederholt Pech gehabt, indem sich seine Vorstehenden als ausgesprochene Nichtgenossen entpuppten, was aber die sonst so empfindlichen hohen Herren nicht hinderte, ihnen die Hand zu drücken. Dem ausgesprochensten Nichtgenossen unter den Gelben wurde diese Ehrung auch auf der heutigen Tagung zuteil. Der mit allen erdenklichen Huldbeweisen Ueberschüttete hat nämlich als Kommoden-Inhaber — er brach einer Witwe die Kommode auf und stahl ihr das Sparfassenbuch — das Unglück gehabt, mit Justizhaus bestraft zu werden. Der alte Justizhausler als gefeierter Jubelgast inmitten der Minister und Generale!

Daß es auch Gelbe wider Willen gibt, zeigt folgender Vorfall: Bei der Werbung von Abonnenten erklärte ein Arbeiter einem unserer Leute, daß er den „Vollstreckend“ gern abonnieren möchte, es aber nicht könne, weil er ein Gelber sei. Er sei völlig kaputt, stark schwindsüchtig und Vater einer großen Familie, da werde er in der Rüdelschen Fabrik — Rüdels ist Geheim-Kommerzienrat, Stadtverordneter, Landtagsabgeordneter, Doktoringenieur honoris causa und der reichste Mann in Braunschweig, der seine Laufbahn als Hausierer mit Eisenwaren begann — nur geduldet, wenn er dem „deutsch-nationalen“ Arbeiterbunde angehöre. Das nennen die Reichsverbändler natürlich nicht Terrorismus, sondern Wohltätigkeit.

Soziales.

Die Konventionalstrafe im Arbeitsvertrage.

Der Wächter M. Nagle beim Gewerbeamt gegen die Berliner Nachzahlung und Schlichtungsgesellschaft Julius Arndtsheim u. Co. auf Rückzahlung der gestellten Kaution von 30 M. Die Beklagte will die Kaution nicht zahlen, weil der Kläger eine vertraglich ausbedungene Konventionalstrafe von 30 M. verwirkt habe. Der Vertrag bestimmt nämlich, daß der Kläger innerhalb zweier Monate nach Austritt aus der Beschäftigung bei der Beklagten keinen Dienst auf Stellen annehmen darf, wo er zuvor im Auftrage der Gesellschaft tätig war, andernfalls die Kaution von 30 M., die immer erst zwei Monate nach Lösung des Arbeitsverhältnisses zurückzugeben ist, als Konventionalstrafe verfällt. Der Kläger hatte die Separatbewahrung einer Fabrik im Auftrage der Beklagten ausgeführt, hat aber den Dienst bei der Beklagten aufgegeben, um bei der Fabrik als Wächter Stellung zu nehmen. Die Beklagte hat dadurch die Fabrik als Kundin verloren.

Das Gericht verurteilte die Beklagte zur Rückzahlung der Kaution. Die Gegenforderung der Beklagten auf Zahlung der Konventionalstrafe konnte schon deshalb nicht ausgerechnet werden, weil nach § 4 Absatz 2 des Gewerbeamtgesetzes Forderungen dieser Art nicht zur Zuständigkeit des Gewerbeamtes gehören.

Ein erbitterter Konkurrenzkampf.

Der zwischen dem Krawattenfabrikanten Steinberg und dem Krawattenfabrikanten Scharz entbrannt ist, wird gegenwärtig vor dem Gewerbeamt ausgetragen. Ebenso wie Steinberg betreibt Scharz gemeinsam mit seiner Ehefrau unter der Firma Offene Handelsgesellschaft Heinrich Scharz u. Co. in mehreren sogenannten Krawattenfabriken gegen Entgelt in kurzer Frist die Ausbildung von Frauen und Mädchen im Krawattenmachen. Prospekte und sonstige Reklamen genügen beiden nicht mehr, um die eigenen Lehranstalten als die vorteilhafteren und die des Gegners als nachteilig und minder leistungsfähig hinzustellen. So sollte denn gerichtlich festgestellt werden, daß die Ausbildung der Frauen und Mädchen beim Konkurrenzentscheid nicht wert ist und deshalb die Schülerinnen vom Geld und Zeit benachteiligt werden. Einige Schülerinnen vom Gegner, die die ihnen zuvor von ihrem Lehrinstitut versprochene lohnende und dauernde Heimarbeit im erwarteten Umfang nicht erhalten hatten und obendrein gewahrt wurden, daß ihre Künste auch in anderen Krawattenfabriken keineswegs geachtet wurden und sich somit benachteiligt fühlten, waren halb ausfindig gemacht. Nun standen sich in letzter Zeit die beiden Konkurrenten wiederholt vor dem Gewerbeamt als Prozeßvertreter der klagenden Schülerinnen gegenüber.

Dieser Konkurrenzkampf an sich könnte uns sehr gleichgültig sein, wenn es nicht im öffentlichen Interesse, zumal in dem der auf Erwerb aussehenden Frauen und Mädchen — die den beiden Herren leider immer noch in großer Zahl als Objekte zulaufen — geboten erschiene, von den Prozessen Notiz zu nehmen.

Von den Verhandlungen, dem Ausgang des Prozesses, den Scharz in Vertretung dreier ehemaliger Schülerinnen des Steinbergs gegen diese führte, haben wir bereits in Nr. 199 des „Vorwärts“ vom 28. August berichtet. Bekanntlich wurden die Schülerinnen mit ihrer Forderung auf Rückzahlung des Lehrgeldes abgewiesen, weil sich Steinberg von ihnen nach Beendigung des Lehrganges attestieren ließ, daß sie mit dem genossenen Unterricht zufrieden waren. Dadurch war es für das Gewerbeamt selber nicht mehr erforderlich, sich des näheren mit dessen Lehrmethode und Geschäftspraktiken zu befassen.

Nicht ganz so gewichtig war sein Konkurrent. Dieser wurde am Sonnabend zur Zurückzahlung des Lehrgeldes verurteilt. Die drei Klägerinnen hatten sich auf die Inserate in den Tageszeitungen hin um die ausgedehnte Heimarbeit bemüht und um diese zu erhalten, auch einen Lehrgang bei der klagenden Firma Heinrich Scharz u. Co. absolviert, für den sie 15 M. bezahlt hatten. Sie kamen täglich einige Stunden in die Fabrik, wo sie von der Direktorin in den einzelnen Arbeiten unterwiesen wurden und erhielten dann zugechnittene Stoffe zu einem halben bis ganzen Dutzend Krawatten zu Übungsarbeiten mit nach Hause. Nach etwa drei Wochen war der Lehrgang beendet und die Klägerinnen traten nunmehr als Heimarbeiterinnen bei der Beklagten ein. Sie mühten sich aber täglich Arbeit holen und erhielten diese immer erst nach stundenlangem Warten in ganz geringen Quantitäten zugeleitet, so daß sie nicht einmal 3 M. pro Woche verdienen konnten. So sagen sie es schließlich vor, auf die weitere Beschäftigung gänzlich zu verzichten. Da sie von anderen Fabriken wegen ihrer geringen Leistungen zurückgewiesen wurden, Arbeit also nicht erhalten konnten, verlangten sie Rückzahlung des Lehrgeldes von je 15 M. und Bezahlung der als Übungsarbeiten angefertigten Krawatten mit 10 M. Der zum Termin erschienene Mitgeschlichter der Beklagten Heinrich Scharz und dessen Prozeßbeistand Rechtsanwalt Dr. Haase bestritten sowohl die mangelhafte Ausbildung der Klägerinnen als auch die Verpflichtung der Beklagten, die Klägerinnen voll beschäftigen zu müssen. Die Heimarbeit sei den Klägerinnen allerdings garantiert, aber nur als Nebenbeschäftigung. Die Klägerinnen seien von vornherein darauf hingewiesen worden, daß sie nur 4 bis 6 M. pro Woche in der ersten Zeit verdienen könnten. Mit der zunehmenden Übung würde der Verdienst allerdings steigen. Die Klägerinnen bleiben jedoch bei ihrer Behauptung, daß nicht von Nebenverdienst gesprochen worden sei, sondern nur von dauernder und lohnender Heimarbeit.

Von der umfangreichen Beweisaufnahme interessieren die Beurteilungen zweier Zeuginen, die auch dem Gewerbeamt für die Beurteilung der Streitfachen maßgebend waren. Die Direktorin Frau W., die in der Fabrik am Planer 23 unterrichtet, gab zunächst über die Lehrmethode Auskunft. Sie selbst hat erst im Januar das Krawattenmachen von ihrer Vorgängerin erlernt. Ein Fräulein D., die später in der Fabrik in der Landsberger Straße 66 als Direktorin wirkte, ist von ihr allerdings nur kurze Zeit, etwa acht Tage lang, unterrichtet worden. Auf Anordnung des Mitgeschlichters Scharz erklärt sie jeder neu eintretenden Schülerin auf Befragen, daß das Krawattenmachen nur als Nebenverdienst zu betrachten sei, davon zu leben sei nicht möglich, da nur 4 bis 5 M. wöchentlich dabei zu verdienen seien, jedoch garantiere sie jeder Schülerin für dauernde Beschäftigung nach dem Auslernen. Die Zeugin Frau M. ist auf Veranlassung einer Annonce der Beklagten gegangen und hat einen Lehrgang für 10 M. genommen. Sie ist erst am Planer von der Direktorin Frau W. unterrichtet worden, da ihr aber der Betrieb in der Landsberger Straße näher war, hat sie dort weiter gelernt. Dort wurde ihr ihre Mitschülerin, die mit ihr gleichzeitig zu lernen angefangen hatte, als Direktorin vorge-

stellt. Diese hatte sich selbst gewundert, daß sie trotz ihres Mangels an Kenntnissen Direktorin spielen sollte. Zur Zeugin und der einen Klägerin, die zur gleichen Zeit lernte, habe Fräulein D. mehrmals geäußert: „Ich soll Ihnen alles zeigen und verleihe es selber auch nicht.“ Die Beklagte bestritt nicht, daß die Klägerinnen von der in Rede stehenden Direktorin unterwiesen worden sind, behauptet aber, daß diese von der Mitgeschlichterin Lola Scharz unterrichtet worden sei. Doch auch der Geschlichterin wird von Klägerischer Seite die genügende Kenntnis bestritten.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Maguhn verurteilte daraufhin die Beklagte, den Klägerinnen das Lehrgeld mit je 15 M. zurückzahlen. Es war zu der Verurteilung gekommen, daß der Unterricht, den die Klägerinnen genossen haben, ein wertvoller war. Es kann keine Rede davon sein, hieß es in der Begründung, daß etwa von der Beklagten bei der kurzen Lehrzeit etwas ganz besonderes verlangt werden könne, aber es müssen wenigstens Vorkehrungen getroffen sein, die eine sachgemäße Ausbildung garantieren. Da aber die Klägerinnen doch in der Hauptsache von der selbst unkundigen Direktorin D. unterwiesen wurden, habe eine sachgemäße Ausbildung nicht stattgefunden. Die Weiterforderungen sind abgewiesen worden, da die Klägerinnen eine Beschäftigung für Arbeiten, die sie selbst als wertlos bezeichnen, nicht verlangen können.

Aus Industrie und Handel.

2181 Millionen Mark Aktienkapital.

Wir haben in Deutschland jetzt 15 Aktiengesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von je 100 und mehr Millionen Mark. Seyt man für die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft die projektierte Kapitalerhöhung mit ein, dann ergibt sich folgendes Bild:

	Millionen Mark
Deutsche Bank	200
Dresdner Bank	200
Reichsbank	180
Friedr. Krupp	180
Diskontogesellschaft	170
Darmstädter Bank	160
Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft	156
A. Schaaffhausen'scher Bankverein	145
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	130
Hamburg-Amerika-Linie	125
Rorddeutscher Lloyd	125
Berliner Handelsgesellschaft	110
Große Berliner Straßenbahn	100
Wöhring	100
Deutsch-Rheinische Bergwerksgesellschaft	100

Die 15 Gesellschaften verfügen demnach zusammen über 2181 Millionen Mark Aktienkapital. Pro Kopf der Erwerbstätigen in Deutschland sind allein in diesen Gesellschaften 115 Mark nominelles Aktienkapital investiert. Diese Unternehmer erhalten für das Kapital so viel Gewinn, als zirka 200 000 Arbeiter als Lohn erhalten und wovon sie mit ihren Familien existieren müssen.

Süße Dividenden. Die große Berliner Schokoladenfabrik Carotti veröffentlicht jetzt ihren Abschluß für das vergangene Geschäftsjahr. Sie hat in diesem aus dem Verkauft ihres Grundstücks in der Leipziger Straße an die Firma A. Wertheim einen außerordentlichen Gewinn von 708 000 M. erzielt. Daraus nimmt sie aber erhöhte Abschreibungen auf ihren übrigen Hausbesitz ab. Sie verwendet für diesen Zweck 650 000 M. gegen 158 000 M. im vergangenen Jahre. Die Dividende beträgt 12 Proz. auf das erhöhte Kapital von 3 1/2 Millionen Mark gegen 8 Proz. auf 3 Millionen Mark im vergangenen Jahre. Der Vortrag auf die neue Rechnung erhöht sich von 87 000 M. auf 182 000 M.

Stinnes als Händler mit englischer Kohle. In Rotterdam ist der große deutsche Kohlendampfer „Hugo Stinnes“ mit einer Ladung englischer Steinkohle für Süddeutschland eingetroffen und wird demnächst seinen Weg nach dem Oberbeim weiter nehmen. Der Vorgang zeigt wieder einmal deutlich, daß jede Ueberspannung seiner Machtstellung dem Kohlenpreissindikat selbst den größten Schaden bringt. Das westdeutsche und süddeutsche Industriegebiet ist erfreulicherweise nicht von der Diktatur des Syndikats abhängig.

Die Teuerung in Oesterreich.

Die Wiener Handelskammer (der Sprengel der Handelskammern in Oesterreich umfaßt meistens eine ganze Provinz) verfaßt jeden einen Bericht über die Vieh- und Fleischteuerung und ihre Abwehr. Die Ursachen der Teuerung sind die gleichen wie in Deutschland: das Wachstum des Viehstandes hält nicht Schritt mit dem der Bevölkerung, Wucherzölle und „sanitäre“ Grenzsperrschließen die Vieheinfuhr aus den Balkanstaaten und Uebersee aus. Der Mindestpreis für 100 Kilogramm Rind (Lebendgewicht) stieg seit 1907 von 69 Kronen 5 Heller auf 81 Kronen 85 Heller. Der Wiener Pferdekonsum stieg in dieser Zeit von 10 286 Stück auf 31 458 Stück. Die Rindereinfuhr aus Serbien (vor der Grenzsperrung) betrug 4 bis 5 Proz. des Konsums, die jetzt verhältnismäßig gefallene Vieheinfuhr nur mehr höchstens 1 Proz. Die (im Deutschen Reich kolossal überschätzten) Rahmregeln der Regierung, die Produktivität zu erniedrigen u. dergl., werden als wirkungslose Verlegenheitsmaßnahmen entkühlt. Demnächst, die Grenzen, auch für gefrorenes Argentinienfleisch, wird gefordert — so wäre auch Erlaß für die auf dem Balkan verlorenen Absatzmärkte der Industrie zu gewinnen.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Schandstuck.

Die Frauen sollen im Hause bleiben. Solchen billigen Rat gab ihnen Wilhelm II. Und die reaktionären Blätter der Orthodoxie, der Frau- und Säkularisten klafften Beifall. Das hat seine Ursache! Die ausbeutenden und unterdrückten Sippen haben einen feinen Instinkt für die Qualitäten sozialer Bewegungen. Sie lassen die Frauenbewegung, weil sie darin eine der stärksten fortschrittlichen und revolutionären Triebkräfte erkennen. Daher ihr feindschaftlicher Wunsch, der Frau möge es verwehrt bleiben, als mitbestimmungsberechtigter Faktor auf das gesellschaftliche Leben Einfluß zu gewinnen. Die ausgefeiltesten Ausbeuter weiblicher Arbeitskraft verbinden mit dem politischen noch ein direkt wirtschaftliches Interesse bei der Sucht, die Frauen nicht mündig werden zu lassen. Die wehrlose entrechtete Frau ist ein zu bequemeres Ausbeutungsobjekt. Dieser Tatsache gegenüber können moralische Erwägungen überhaupt nicht ankommen. Was uns förderlich ist, ist gut! Dieses kapitalistische Glaubensbekenntnis ist bestimmend. Und es erlaubt, die weibliche Arbeitskraft noch schamloser, noch intensiver auszubeuten als die Arbeitskraft des starken Geschlechts. Allerdings verlangt man, die schäblichste Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft als in deren Mindestwertigkeit begründet zu rechtfertigen. Solcher Einwand kann vor der strengen und unparteiischen Kritik nicht bestehen. Wird doch dort, wo die Frau dieselbe Arbeit leistet wie der Mann, dieser im allgemeinen höher entlohnt als jene. Und was als Argument gegen den erwähnten Einwand noch stärker spricht, ist die Tatsache, daß auch für Arbeiten, die von Männern gar nicht oder doch nur unvollkommen geleistet werden können, die viel leistungsfähigeren Frauen nicht den Lohn von

Qualitätsarbeiten, sondern meist kaum den ungeübten Arbeiter erzielen. Einen weiteren, einen ziffernmäßigen Nachweis dafür, daß bei der Entlohnung der Frau nicht ihre Leistung, sondern ihre Wehr- und Rechtslosigkeit, ihre soziale Stellung innerhalb der Gesellschaft und der Familie bestimmend wirkt, finden wir im letzten „Reichsarbeitsblatt“. Es enthält eine Zusammenstellung über die Bewegung der Löhne in der ober-schlesischen Montanindustrie. Wir machen daraus folgenden Auszug:

Es betrug der Jahresdurchschnittslohn:

Jahr	für erwachsene	
	männliche Arbeiter	Arbeiterinnen
1887	589,32	224,26
1901	790,54	272,15
1895	774,96	267,83
1902	950,24	312,87
1903	960,62	311,19
1904	981,88	321,86
1905	1009,16	322,86
1906	1006,99	343,62
1907	1131,02	356,43
1908	1180,17	370,31
1909	1146,22	369,18

Zwei charakteristische Merkmale fallen bei Betrachtung der Tabelle sofort auf: der große Unterschied in den Löhnen und, was jetzt hier besonders interessiert, das im Vergleich mit den Männerlöhnen langsamere Steigen der Löhne für Arbeiterinnen. Die Arbeiterinnenlöhne machten in Prozent der Männerlöhne aus:

1887	1895	1904	1909
38,0	34,5	32,8	32,2

Mit geringen Schwankungen hat sich der Lohn der Arbeiterinnen im Verhältnis zu dem der Männer fortgesetzt verschlechtert. Bei solcher Benachteiligung in der Entlohnung müssen die Frauen es als Lohn empfinden, wenn ihre Ausbeuter ihnen auch noch den Rat erteilen, sie sollten sich nicht um wirtschaftliche und soziale Fragen kümmern. Die vorstehenden Ergebnisse bedeuten noch eine besondere Kritik stromelnder Heuchelei. In der schlesischen Montanindustrie dominieren Repräsentanten des Ultramontanismus. Dieser demagogisiert den Liberalismus als Quelle des sozialen Übels. Mit Anerkennung christlicher Grundsätze im Wirtschaftsleben wird die soziale Not der Arbeiter ein Ende haben, behaupten die ultramontanen Demagogen, wenn sie für das Zentrum in liberal beherrschten Industriegebieten agitieren. Die frommen Zentrumschriften in Schlesien bezahlen die Arbeiter aber schlechter als die liberalen Ausbeuter in Rheinland-Westfalen. Hier ist die Frauennarbeit fast gänzlich unbekannt, in Schlesien dagegen werden die Frauen auf den Gruben und in den Fabriken ausgebeutet, wie kaum sonstwo in Deutschland. Christentum und ultramontane Arbeiterfreundlichkeit in Theorie und Praxis.

Lesende.

Stralau, Montag, den 12. September, 8 1/2 Uhr bei Kaser, Markgrafen-Damm 11; Vortrag: Genossin Schulte-Rigdorf: „Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung“.

Verfammlungen.

Vergolber. In der am 29. August d. J. abgehaltenen, stark besuchten Vergolberversammlung referierte Schulze über „Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung“. Um die Arbeitslosigkeit auf breitere Schultern zu verteilen, sei es notwendig, den Nachweis auch für die Vergolberbranche obligatorisch einzuführen. Nach eingehender Diskussion nahm die von 400 Personen besuchte Versammlung folgende Resolution an:

1. Um die Arbeitsvermittlung zu regeln, wird es den Kollegen zur Pflicht gemacht, das Umschauen nach Arbeit unter allen Umständen zu unterlassen. Ebenso ist das Vermitteln der Kollegen untereinander untersagt. Zeitungsinserate müssen unberücksichtigt bleiben.
 2. Jeder Kollege hat sich bei eintretender Arbeitslosigkeit sofort im Arbeitsnachweis zu melden.
 3. Sollen in den Werkstätten ledige Plätze besetzt werden oder werden solche unter Umgehung des Nachweises besetzt, so müssen die Vertrauensleute oder Werkstattausschüsse eventuell durch Vorgesetzte bei dem Unternehmer darauf dringen, daß diese Stellen durch den Nachweis besetzt werden.
 4. Bei allen Werkstattdifferenzen ist auch die Anerkennung des Arbeitsnachweises zu fordern.
- Hierauf gab Oehler den Bericht von der Generalversammlung. Nachdem noch Ergänzungswahlen zur Kommission vorgenommen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Deutscher Arbeiter-Abkündendbund. Ortsgruppe Berlin. Freitag abend 9 Uhr spricht im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8, Genosse Lenzner über Städtebau. — Gäste willkommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Bautischler, Bez. I.
(Südosten, Süden, Südwesten und südliche Vororte.)
Donnerstag, den 8. September, abends 5 1/2 Uhr
(gleich nach Feierabend):

Branchen-Versammlung

bei Naabe, Fichlestr. 29.

Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung. Verbandsangelegenheiten. Wahl der Kommission.

Tischbranche.

Sonntag, den 11. September, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

in den Andreas-Festjalen, Andreasstr. 21.

Tagesordnung: Bericht der Branchenkommission. Branchenangelegenheiten. 89/7 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

G. S. Nr. 2 Hamburg. Derilische Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 8. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Wahl eines Kassierers für den nächsten Bezirk. 253/8
Der Vorstand. V. V.: Richard Schröder, Müller Straße 7, vorn IV.

Wegen Neubau meines Geschäftshauses

Ausverkauf!

Da die bedeutenden Vorräte bis zum Oktober geräumt werden sollen, findet der Verkauf zu jedem annehmbaren Preise statt.

Teppich-Thomas

Gebr. 1883

Aeltestes und vertrauenswürdigstes SPEZIALHAUS

für
Teppiche, Gardinen, Portieren,
Möbel- und Dekorationsstoffe, Läufer,
Tisch-, Divan-, Stepp-, Reise- und
Schlafdecken.

Berlin SW. 68, Oranienstr. 126.
Zweiggeschäft: Oranienstr. 160.

Drei Tropfen



Kaol

flüssige Metall-Politur
machen das
schmutzigste Metall
spiegelblank

in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig
Überall zu haben.

Fabr.: Lubaszynski & Co., Berlin NO.

Kaol



Einsegnungs-Anzüge

*Moderne Erzeugnisse
in ungewöhnlich reichhaltigen Webarten.
Vorsügliche Abarbeitung
Eigene Herstellung*

Neue Jackett-Fassons u. Smoking-Fassons.

M. 10.— 12.— 14.— 15.— 18.—
M. 21.— 22.— 24.— 26.— 30.—
M. 32.— 34.— 36.— 39.— 42.—

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält eine reizende Beigabe

Prüfungs-Anzüge

Sehr moderne Stoffe

M. 9.— 12.— 16.— 19.—
M. 24.— 27.— 30.— 36.—

*Wäsche, Hüte, Krawatten,
Hosenträger, Handschuhe usw.*

Vergößerung unserer Schneider-Betriebs-Werkstatt zur größten dieser Art in Deutschland

Baer Sohn

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstraße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Hauptkatalog No. 30 auf Wunsch kostenlos und portofrei.

42 eigene Dampfer.

Auf jedem Tisch — ein Gericht Fisch!

so müßte es diese Woche sein,
da wir von heute, Mittwoch früh 8 Uhr an, so
lange der Vorrat reicht, die so sehr beliebt gewordenen

Seekarpfen (Goldbarsch) per Pfund mit 10 Pf.

verkaufen. (Zubereitung wie Flußkarpfen, Seeischkochbücher gratis.)

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Größte Hochseefischerei Deutschlands.

Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse Tel.: III 8804.
und bekannte Verkaufsstellen. „ III 2784.

Eigener Seehafen.



-Kinder-
nahrung
-Kranken-
kost.

Hervorragend bewährte
Nahrung.
Die Kinder gedeihen
vortüglich dabei
u. leiden nicht an
Verdauungsstörung.

Frack

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Crabb,
Lor. Hleg. Grad. Gehraud
1,50, Dole 1,00, Delle 50 Pf.

CHARLOTTENBURG
Uhren und Goldwaren
F. Stadenow, Berlinerstr. 148

Wir empfehlen:

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek

Heft 11.

Frauenleiden u. deren Verhütung.

Recht einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.
Von Dr. J. Zadek.

Preis 20 Pf. Gute Ausgabe 50 Pf.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Wir empfehlen unseren Lesern fol-
gende

Neuerscheinungen

Gertrud David
Sozialismus und
Genossenschaftsbewegung
Bereinsausgabe 50 Pf.
gute Ausgabe 1,— M.

Paul Kampffmeyer
Geschichte der Gesellschafts-
klassen in Deutschland
zweite Auflage
broch. 1,60 M., geb. 2,— M.

F. A. Lango
Die Arbeiterfrage
mit Einleitung und Anmerkungen
von Mehring
geb. 2,— M.

Karl Kautsky
Der Weg zur Macht
zweite durchgesehene Auflage
broch. 1,50 M., geb. 2,— M.
Bereinsausgabe 50 Pf.

Dr. Ettore Cicotti
Der Untergang der Sklaverei
im Altertum
deutsch von Oda Olberg
geb. 5,50 M.

Paul Göhre
Die deutschen Arbeiter-
Konsumvereine
geb. 16,— M.

Friedrich Julius Stahl
Staatslehre
im Auszug neu herausgegeben
geb. 4,— M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW., Lindenstr. 69
(Laden).

Große Firma vergibt
Teppiche, Gardinen, Stores,
Steppdecken, Portieren
auf Zeitzahlung ohne Anzahlung.
Keine Kauffler.
Chiffre S. 100, „Vorwärts“-Expedition
Auguststr. 50.

Karow eine Station Buch
vor
Schönst. Villenort, A. v. 12 M.
an, 20 Pl. v. Stett. Bf., 25 Min.
Fahrt, 10 Pl. v. Pankow-Schönh.,
12 Min. Fahrt. Terrain unmittelbar
am Bf. Bebauungspl. genehmigt.
Pläne gratis. Müß. Anz. u. lang-
jähr. Hypotheken. Verkäufer
ständig a. Bf. Karow. 433L.
J. Jäger, Berlin, Cantarstr. 5.

Abendkurse.

Ausbildung von Technikern und
Meistern in Elektrotechnik
und Maschinenbau.
Technische Akademie.
Berlin 45, Ritterstraße 38.

Prospekte frei.

Gerichts-Zeitung.

Von Schönebeck-A. O. Weber.

In der Zivilklage des vorläufig zum Vormund der Frau von Schönebeck-Weber ernannten Rechtsanwalts Braun gegen den Schriftführer A. O. Weber stand gestern vor dem Landgericht III am Tegel der Weg Termin zur Verklndigung des Urteils an. Der Vormund hatte den Antrag gestellt: im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen, das dem Ehemann Weber die Verwaltung und Rhnhaltung an dem Gute seiner Ehefrau einzuziehen werde. Der Antrag wurde damit begründet, das Vermögen der Frau v. Schönebeck-Weber seit deren Verheiratung mit deren jetzigem Ehemann in erheblicher Weise zusammengeschmolzen sei. Das Vermögen der Frau sei, wie der Vormund des längeren unter Anfuhrung einzelner Daten nachzuweisen versucht hat, geführt, und es liege im dringenden Interesse der Frau Weber und ihrer Kinder, das Herrn A. O. Weber, dem nach Aufhebung der Pflegschaft am 15. April dieses Jahres die Verwaltung und Rhnhaltung zufiel, diese wieder entzogen werde. Rechtsanwalt Braun wies unter anderem auf die kolossalen Summen hin, die Herr Weber nach seiner Aufstellung für den Allenheimer Prozeß vorausgibt habe, ferner auf die Tatsache, das Anfang Mai mit 50 000 M. aus den Mitteln der Ehefrau der Verlag „Weber-Haus“, G. m. b. H., begründet und von der Frau außerdem mit 20 000 M. Betriebskapital ausgestattet worden sei, das die Ausgaben für persönliche Zwecke eine ungewöhnliche Höhe erreicht hätten usw. Frau von Schönebeck-Weber habe in einem an ihren Bruder gerichteten Briefe, als sie erhebliche Wechselverbindlichkeiten eingehen sollte, schon selbst Mhtrauen gegenüber den wirtschaftlichen Maßnahmen ihres Ehemannes geuhrt, und auch der Vormund halte den Antrag auf Erlass der einstweiligen Verfügung für durchaus berechtigt. Die Vermögenslosigkeit des Ehemannes, die Unsicherheit seiner Einkünfte, gewisse Unklarheiten, die in seiner Auskunft über das Vermögen seiner Ehefrau enthalten seien, und die Unwirtschaftlichkeit, die sich in vielen großen Ausgaben ausdrücke, rechtfertigen nach Ansicht des Vormundes die Befolgung, das die Rechte der Frau in das eingetragene Gut erheblich geführt werden.

Demgegenüber beantragte die Rechtsanwlter Bahn und Meyer als Vertreter des Herrn A. O. Weber die Ablehnung des Antrages, da auch nicht der geringste Grund zu einem solchen ersichtlich sei. Herr Weber habe in keiner Weise verschwenderisch mit dem Gelde seiner Frau gewirtschaftet oder diese zu eigenem Vorteil irgendwie benachteiligt. Am 15. April dieses Jahres, als die Pflegschaft aufgehoben wurde, habe das Vermögen der Frau von Schönebeck-Weber circa 185 000 M., am 22. Juli dieses Jahres 123 000 M. betragen. In der Zwischenzeit seien also im ganzen 62 000 M. aufgebraucht worden. Dies erkläre sich aus den kolossalen Kosten des Strafprozesses und aus den außergewöhnlichen Aufwendungen, die die schwere Erkrankung der Ehefrau nötig gemacht haben. Für die Neueinrichtung des Hausstandes seien 10 000 M. ausgegeben, in dieser Höhe habe sich aber doch der Wert des Mobiliars der Ehefrau vergrhert. Zieht man diese 10 000 M. ab, so bleiben als verausgabt 52 000 M. In dieser Summe befanden sich 30 000 M. Honorar für die drei Verteidiger, 10 000 M. Ausgaben für Detektivs, Vertrauensdienste, Kosten für die Zivilprozesse in Sachen Aufhebung der Pflegschaft, die in viele Hunderte von Mark gehenden Telegramm- und Telefonspesen, Reisen usw. In diesen Ausgaben sei eine Verschwendung nicht zu erblicken. Herr W. habe geglaubt, im Interesse der Kinder der Frau zu handeln, wenn er in einer Zeit, wo es sich darum handelte, Ehre, Freiheit und vielleicht das Leben ihrer Mutter zu retten, eventuell auch noch groere Summen opferte. Der vierwöchige Aufenthalt in Menden habe 5000 M. verschlungen; in dieser Summe seien unter anderem auch enthalten tägliche Miete von 20 M. für den Wagen, täglich 25 M. für den Stenographen, täglich 20 M. für die Pflegerin nebst freier Weise für die beiden ledigen Töchter, Kosten des Aufenthalts für den Bruder des Herrn Weber usw. Der Prozeß habe also allein 45 000 M. gekostet. Da Herr W. 52 000 M. verbraucht habe, bleiben noch 7000 M. ber. Davon entfallen 3000 M. auf Tilgung von Verbindlichkeiten, die Frau v. Sch. W. vor Schließung der Ehe eingegangen sei. Die restliche Summe sei für die Kur der Ehefrau nach der Gastentlassung, für Arztbesuche und anderes aufgebraucht worden. Die Beteiligung der Frau v. Sch. W. an dem Unternehmen des Weber-Hauses, dessen alleinige Eigentümerin sie geworden, sei in keiner Weise unwirtschaftlich oder geführt worden. Herr Weber habe seine fmlichen Srften bei halben Zantienemansprchen für 40 000 M. in die Weberhaus-Gesellschaft eingebracht und seiner Ehefrau ein glänzendes Wertobjekt für den angelegten Beitrag in die Hand gegeben. In den Jahren 1905-1908 habe der Zantienemansbezug des Ehemannes 60 000 M. betragen. Nach alledem könne hier von Anwendung des § 1391 des Bürgerlichen Gesetzbuches keine Rede sein. Es sei nicht ersichtlich, welches Recht der Frau überhaupt verletzt sein solle. Der Ehemann habe das eingetragene Gut ordnungsmäßig verwaltet, insbesondere habe er seiner Ehefrau jederzeit über den Stand der Verwaltung Auskunft erteilt. Soweit das Geld nicht allein im Interesse der Ehefrau verbraucht worden, sei es ordnungsmäßig angelegt. Er habe kein obligatorisches oder dngliches Rechtsgeschäft ohne die erforderliche Zustimmung seiner Ehefrau vorgenommen, auf der anderen Seite habe eine „mndelsthere“ Anlage des eingebrachten Gutes nur zu erfolgen, wenn die Frau es verlange. Schließlich wird noch geltend gemacht, das Herr W. mit Mitteln seiner Frau eigene Schulden nicht bezahlt habe, obwohl die Ehefrau ihm dies angeboten habe.

Das Urteil lautete auf Zurückweisung des Antrages auf Erlass einer einstweiligen Verfügung; die Kosten wurden dem Antragsteller auferlegt. Der Gerichtshof lässt es, wie der Vorsitzende kurz verlndelte, dahingestellt, inwiefern im einzelnen das Verfahren des Herrn Weber in den Vermögensangelegenheiten seiner Ehefrau unter allen Umständen unanfechtbar ist. Nach Ansicht des Gerichts ist die Entscheidung hierüber Sache des ordentlichen Prozesses; es liegt jedoch keine Veranlassung zu der beantragten schleunigen Maßregel vor.

Eine Tat der Eifersucht.

Die sehr schlimme Folgen gehabt hat, führte gestern den Schlosser-gesellen Adolf Urban, einen schon bejahrten Mann und Vater von vier Kindern, unter der Auflage der Bedrohung und schweren Körperverletzung vor die Ferienstrassammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, der schon mehrfach vorbestraft ist, lebte mit seiner Ehefrau in fortgeschrittenem Kriegszustand und behandelte sie recht schlecht, so das die Frau es schließlich vorgezogen hat, von ihrem Ehemann getrennt eine Wohnung in der Brndenstrafe zu beziehen. Der Angeklagte war von Eifersucht gegen den Neffen Bernhard Knochenmus geplagt, der mehrere Monate hindurch als Astermieter bei Urban wohnte. Knochenmus ist verheiratet, lebt aber von seiner Frau getrennt. Sein wiederholtes Eintreten für die Frau Urban zu deren Schutz gegen die Ausfälle des Ehemannes rief bei diesem die Ueberzeugung hervor, das zwischen seiner Frau und Knochenmus ein intimeres Verhältnis obwalten müsse. Es kam über diesen Punkt wiederholt zu sehr unschönen Szenen zwischen den Eheleuten, und bei einer solchen drohte der Angeklagte, das er seinem vermeintlichen Nebenbhler bei sich bietender Gelegenheit den Garau machen würde. Um dem ewigen Kerger aus dem Wege zu gehen, zog Knochenmus aus, unterstützt aus dem Wege zu gehen, zog Knochenmus aus, unterstützt die Frau Urban aber noch in der Weise, das er ihr das Waschen seiner

Reibwsche übertrug. Am 12. März war er in der Wohnung der Frau Urban erschienen, um sich einen Kragen und Manschetten, die er notwendig gebraucht, abzuholen. Als er noch in der Kche saß, erschien der Angeklagte in der Wohnung seiner Frau, und es kam bald wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Angeklagte durch schmbende Worte seiner Frau, die ihn aus der Wohnung wies, gereizt wurde. Die Situation wurde für die Frau so bedenklich, das Knochenmus glaubte, eingreifen zu müssen. Er erhob einen kleinen Kinderstuhl gegen den Angeklagten, der Stuhl wurde ihm von den Kindern des Lehreren entzogen, der Angeklagte selbst aber hatte plötzlich ein geöffnetes Messer in der Hand und versetzte seinem Gegner einen tiefen Stich in den Oberarm des rechten Armes und einen zweiten Stich in den Unterarm. Während der Gestochene blutend zusammenbrach, gelang es Urban, zu entkommen. Knochenmus mußte schleunigst nach der Unfallstation und von da nach dem Krankenhaus gebracht werden. Er hat dort vereinzelt Monate gelegen und ist noch jetzt arbeitsunfähig. Nach dem Gutachten des Assistenzarztes Dr. Hoesch war die Unterarmverletzung eine sehr schwere, die leicht zum Tode hätten führen können. Es ist zweifelhaft, ob der Verletzte jemals wieder seine volle Arbeitsfähigkeit erlangen wird. Der Staatsanwalt hält die Möglichkeit, die der Angeklagte bezieht, für so groß, das er erklärt, er würde das Höchstmaß der Strafe für Körperverletzung beantragen, wenn er dem Angeklagten nicht seine Erregung und die Tatsache, das er durch seine Frau gereizt worden und Knochenmus den Stuhl gegen ihn erhoben habe, zugute halten würde. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf neun Monate und eine Woche Gefängnis.

Aus aller Welt.

Die Verschacherung eines Weibes.

Nach der bürgerlichen Moralanschauung werden bekanntlich die Ehen im Himmel geschlossen und nur die gegenseitige Zuneigung der Liebenden entscheidet darüber, ob sie sich in ihrem Ehestande ein himmlisches Paradies schaffen wollen. Eine treffende Illustration zu dieser Auffassung liefert der Handel um ein Weib, der seit einigen Tagen in Paris vor sich geht und über dessen weitausgehendes Stadium die bürgerliche Presse mit dreitem Behagen berichtet.

Wieder einmal hat eine amerikanische Millionenerbin, eine Miss Ellins, das dringende Bedürfnis, ihren Vaternamen mit einem langweiligen tönenden Titel zu vertauschen. Sie will nämlich — ad, wie schon — Herzogin der Abruzzen werden. Das wäre ja nun nicht so schwer infolge der väterlichen Millionen, wenn es sich um irgend einen abgekauften Herzog handelte, aber leider ist der Inhaber des so romantisch klingenden Titels ein sehr naher Verwandter des Königs von Italien und da muß das Delorun schon ein bißchen gewrtet werden. Wie schon gesagt, schhert sich etwa einer Woche die Verantwortung der Liebenden mit einem Eifer, als ob es sich nicht um eine Ehe, sondern um Stiefelwachs oder ähnliches handelte. Und man war schon so nahe dem glücklichen Abschluß, da kriegt der Brantvater pltlich ganz absonderliche demokratische Einfälle. Mister Ellins verlangt durchaus, das seine Tochter nach ihrer Vermählung mit dem Prinzen als eine den anderen Prinzessinnen des italienischen Hofes gleichgestellte Prinzessin anerkannt werde. Der Widerstand gegen dieses Begehren geht von der Herzogin von Costa aus, und es scheint, das dieser Widerstand nicht ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung des Verlobungsdramas bleiben wird. Ellins stellt auch Forderungen bezüglich des Empfanges der Eltern des Miss Ellins an italienischen Hofe, und auch in dieser Frage scheinen sich am römischen Hofe große Widerstände zu bilden.

Sollten die amerikanischen Millionen sich doch noch als ein genügend starkes Argument für die Bewiligung der unverschämten plebejischen Forderungen ausweisen, werden wir bald in der Presse lesen können, wie innig das Familienglück des jungen Paares ist; das hier einmal eine für die Proletarier vorbildliche Ehe geschlossen wurde. Bis vielleicht eines Tages die Herzogin der Abruzzen es vorzieht — das elterliche Heim wieder zu ihrem Wohnsitz zu wählen.

Das russische Panama.

Zimmer neue haarsträubende Unterschleife werden durch die Untersuchungen des Senators Medem aufgedeckt, der mit der Revision der Intendanturverhltnisse bei der russischen Armee beauftragt ist. Wie mitgeteilt wird, wurden in der Stadt Dnest sämtliche Beamte, darunter ein General Lang, dem Gerichte übergeben. Neben zahlreichen anderen großen Spibbereien hatten die dortigen Beamten ein großes Krondepot, das vier Millionen Mark repräsentierte, teils im Auktionswege zu Schleuderpreisen verkauft, teils verderben lassen.

Wenn die Untersuchungen nicht bald eingestelt werden, langen die zahlreichen zur Verfügung stehenden Kerker zur Unterbringung der Betrüger nicht aus. Beim Bau neuer Gefängnisse aber ist zu befürchten, das durch die selbstverständlichen Unterschleife neue Anwärter für die Gefangenenzellen entstehen.

Diskretion Amtssache.

Recht eigenartige Formen der Einladungen zu polizeilichen Vernehmungen beliebt der Amtsvorsteher des Amtsbezirks Wgow im Kreis Oshavelland. Auf einer offenen Postkarte erhielt ein Arbeiter aus Weichnershof von dem Amtsvorsteher folgende Vorladung:

Wgow, den 2. August 1910.

In Sachen gegen den Arbeiter A. . . wegen Einstichleitsvergehens werden Sie hierdurch auf Freitag, den 5. August 1910, vormittags 9 Uhr im hiesigen Amtsbureau vorgeladen bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe für unentschuldigtes Ausbleiben.

(Stempel.)

Der Amtsvorsteher.

J. A.: CbeL

Es muß dringend verlangt werden, das gegen die Verschwendung von Vorladungen auf Postkarten amtlich eingeschritten wird. Abgesehen davon, das die Verschleung des Beschuldigten doch erst durch die spätere Gerichtsverhandlung erwiesen werden soll und der Beschuldigte daher ein Recht hat, das die ihm vorgeworfene Verschleung nicht schon vor der Aburteilung als ein feststehendes Faktum auf Postkarten bekanntgegeben wird, können auch dem als Zeugen dafür Geladenen große Unannehmlichkeiten aus derartigen Vorladungen entstehen. Sehr leicht kann bei dritten Personen der Anschein erweckt werden, als ob der Geladene selbst an den Verschleungen beteiligt sei. Wir wünschen und hoffen, das die vorgelegte Befrde dem Amtsvorsteher Anweisung erteilt, in Zukunft solche Vorladungen gefälligst in geschlossenem Zustande zu verschicken.

Proletariernahrung.

Rom, 8. September.

Der „Corriere della Sera“ erfährt aus Crocetta, einem Dörfchen der Provinz Treviso, das dort zahlreiche Milzbrandfälle aufgetreten sind. Die Ursache dieser Erkrankungen wirkt ein geradezu trostloses Licht auf die sozialen und sanitären Verhältnisse des Ortes. Es war dort nämlich ein Pferd krepiert, und der Tierarzt hatte die Erlaubnis erteilt, das Fleisch zu verkaufen. Es fand denn auch richtig Käufer, und zwei von diesen sind bereits gestorben, mehrere andere sind schwer erkrankt. Offenungslos ist der Zustand des Schlchters, der das Tier zerfhelt hat, und der seines Gehilfen. Man erzählt, das ein Ochs in wenigen Augenblicken gestorben wäre, der nur von dem Wasser getrunken hat, in dem das Messer, das zum Zerfhlen des Pferdes diente, gewaschen worden war. Der Tierarzt sucht sich zu rechtfertigen, indem er sagt, das Pferd sei von ihm genau untersucht worden, aber er hätte kein Zeichen von Milzbrand, sondern nur Spuren einer eiterigen Halsentzündung entdecken können. Ob nun gerade das von Tieren, die an eiteriger Halsentzündung gestorben sind, sehr gesundheitszutrglich ist, mag dahingestellt bleiben. Vielleicht hat der Magen der armen Leute besondere Befähigung, sich von solcher Kost zu nähren. Das sie reichen Leuten als zuträglich erschienen wäre, haben wir freilich noch nie gehört.

Keine Notizen.

Eine folgenschwere Schiffskollision fand gestern morgen an der Elbndung statt. Während eines starken Nebels stieß der Hamburger Dampfer „Gelia“ mit dem Dampfer „Kaval“ zusammen. Das zweite Schiff sank sofort, seine Mannschaft konnte von der „Gelia“ gerettet werden.

Im Gefängnis erhngt. In der Gefangenenanstalt Siegburg hat sich in der letzten Nacht der 17-jährige Gefangene Klosterhansen erhngt, der unter dem Einfluss der Lektüre von Schaudromanen vor etwa zwei Jahren im Rdner Stadtwalde einen neun-jährigen Knaben mit einer Schnur erdroffelt hatte. Klosterhansen war damals zu einer Gefängnisstrafe von 15 Jahren verurteilt worden.

Hingerichteter Mörder. In Torgau wurde gestern morgen der 1883 geborene August Schilke aus Hilmersdorf hingerichtet. Der Gutsbesitzer hatte seine Weibliche ermordet und die Leiche dann an einem Baum aufgehängt.

Schwere Unwetter werden aus Desterreich-Schlesien gemeldet. Es besteht die Gefahr, das durch den anhaltenden wolkenbruchartigen Regen Hochwasser entsteht. Verschiedene Flüsse steigen rapid. Auch aus Belgien liegen Nachrichten über Hochwasser vor. Die heftigen Regengüsse der letzten Tage haben im Westen der Maas und ihrer Nebenflüsse großen Schaden angerichtet. In verschiedenen Ortschaften längs der Ufer der Maas steht das Wasser bereits in den Straßen.

Nationalittenkmpfe. Bei einem Zusammenstoß zwischen kroatischen und italienischen Arbeitern wurde, wie ein Telegramm aus Triest meldet, ein Italiener getötet, zwei wurden durch Messerbeschsse und Dolchstiche tödlich verwundet. Neun Kroaten wurden in Haft genommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde findet Lindenstrafe Nr. 69, vorn hier Treppen — Fahrstuhl —, wochentglich von 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabende von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Unterschriften desjenigen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Giltige Fragen trage man in der Ehrenrunde vor.

- A. S. 100. 1. u. 2. Die Mehrzahl verlangt bei oder nach der Wiedererlangung der Befreiung eines Delinquenten. Die Befreiung eines solchen empfindet sich auch, um sich die Staatsangebrigkeit zu erhalten. 3. Für Amerika nicht erforderlich. Wir raten, sich — unter Bezeichnung des in Frage kommenden Staates — an die Zentral-Konsumstelle für Auswanderer, Schellingsstr. 4, zu wenden. — A. S. 101. Die Hausbesitzervereine finden Sie im Adressbuch, Band II, S. 230 verzeichnet. — S. A. 37. Der Verletzte ist zur Zahlung verpflichtet, hat aber unteser Erachtens einen Erhaltungsanspruch an die Verkehrsunternehmen. — G. S. 100. Ihre Brand ist haltbar, Sie nicht. — P. 83. 1. Nur in Konsumstellen. 2. u. 3. Die Gehälter sind nur für einzelne Großhändler gesetzlich festgelegt. Im übrigen unterliegt die Befreiung den Gemeinden od. — A. 100. 5. — M. 100. 32. — Tonath 1001. 1. Da, unter Innehaltung der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist. 2. Unteser Erachtens ja. — P. C. 39. Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, wo der erste Wohnsitz Ihres Vaters nach Schließung der zweiten Ehe gewesen ist. — H. G. 100. Wir kennen den Jwed der Frage auch nicht. Wir raten, den Lehrer um Angabe dieses Jweds zu erfragen und uns die Antwort mitzuteilen, und auch zu ermächtigen, die Angelegenheit der Schulverwaltung zu unterbreiten. — P. 100. An das Amtsgericht, Vormundschaftsabteilung, in Kronach. Einen gesetzlichen Anspruch haben Sie nicht, doch kann das Vormundschaftsgericht eine dahingehende Anordnung treffen. — D. S. 99. Geben Sie sofort in einem Rotar und einlegen Sie der Erblasser. — Wrangel 100. Soweit unbesannt: Rein. — M. 29. Den Standpunkt der Steuerbehörde halten wir für unbegründet. Beschwerden Sie sich beim Magistrat. — C. Gr. 26. 1. Für Nachfrage das Amtsgericht Berlin-Tempelhof, Hofschlostr. 2 und 3: Ja. — P. S. 25. Primatstrafe 66 IV bei Hinz. — G. S. 31. Einen Schlüssel zur Wohnung müssen Sie dem Vermieter schon jetzt übergeben. — J. B. 666. Die Kasse ist nicht zu empfehlen. An den Antrag sind Sie gebunden. Sie können, unter Bedngung der statutarischen Bestimmungen, kündigen. — P. St. 50. Ja, nicht sich nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg tun. — C. R. 86. 1. Ja, wenn kein „dringender Fall“ im Sinne der Statuten vorliegt. 2. und 3. Nur, wenn ein „dringender Fall“ vorliegt. — Zwei Streikende. Sonntag. — H. S. 79. Die Verantwortung der Frage hängt davon ab, welche Tätigkeit Sie im Bureau verrichten und ob die Fabrik eine handelsgerichtlich eingetragene Firma ist. Wiederholen Sie die Anfrage unter entsprechender Ergänzung. — S. B. 79. 1. Das müssen wir ablehnen. 2. Patente werden erteilt für neue Erfindungen, welche eine generelle Verbesserung geführt. Gebrauchsmusterkmpfe erhalten Modelle von Arbeitsgertschaften oder Gebrauchsgegenständen oder von Teilen derselben, soweit sie ihrem Zweck durch neue Gestaltung, Anordnung oder Vorrichtung dienen sollen. — D. S. 101. Ja, wenn die Eintragung der Mhrheit entspricht. — S. M. 100. Sie können die Arbeiten selber ausführen lassen und die Unkosten von der nchstnchigen Wiedererlangung abziehen, wenn das nicht etwa im Mietvertrag unterlagt ist. — Wilhelm J. 1910. Rein. — S. A. S. 1. Nach Ihrer Darstellung, die Sie für den Fall eines Prozesses beweisen müssen, ist die Kündigung rechtzeitig erfolgt. 2. Die Kasse können wir nicht empfehlen. — P. G. 20. Es kann auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft gefasst und die Klage offentlig zugestellt werden. Nach Rechtskraft des darauhin ergehenden Urteils und nach Ablauf eines weiteren Jahres kann, wenn der Mann bis dahin nicht zurückgekehrt ist, Klage auf Scheidung erhoben werden. Bei dem Armen-Kommissionarsvorteil des Bezirks, in dem Ihre Schwester wohnt, muß vorher die Erteilung eines Armeitzugewinnes nachgefragt und unter Verbeizung deselben bei dem zuständigen Landgericht die Bewilligung des Armenrechts und die Beordnung eines Rechtsanwalts beantragt werden. — P. A. 100. Nur zum geringen Teil. — A. R. Rein. Fruchtstr. 70. 786 (einschlsslich etwaiger Krankheitskosten). — Enke K. 1. Ja. Eltern, Großeltern und Geschwister. 2. Ein Testament empfiehlt sich. Dasselbe ist vor einem Notar oder Gericht zu errichten, kann auch eigenhändig ge- und unterschrieben werden, muss auch mit der Ortsbezeichnung und dem Datum versehen sein. 3. und 4. Ja. Der Mann könnte die Ehe ansprechen. — A. W. 10. Rentenanspruch ist an dem Kapitalrentenkommissar für Invalidenversicherung, Am Rdlichen Park 8, anzuzufordern. — S. S. 22. Auf Mörder erstreckt sich die Tätigkeit des Vereins nicht. Versuchen Sie es immerhin mit einer Anfrage bei der Bezirksleiterin des Vereins Hauptstr. 304, Gemarkung, Lauffer Str. 4 (Ersprechstunden 8-10 vormittags, 3-4 nachmittags). — P. G. 50. Das Schuljahr, in das die Vollendung des festgesetzten Lebensjahres fllt, — S. S. 100. Ja. — Charlottenburg. Rein.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der **Kapitän-Kautabak** seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (gesetzlich geschützt) wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Priemdosen gratis erhältlich sind.
Vertrieb: Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112.
Amt 7, 3861.

Bekanntmachung.
Behufs Vergrößerung verlege meine Fabrikations-, Lager- und Engros-Verkaufsräume am 1. Oktober cr. nach
Swinemünder Str. 64, 1. Etage
an der Millionenbrücke (Aufgang Ramlerstraße).
Um mein enormes Zigarrenlager bis zum Umzuge zu verkleinern, stelle einen großen Teil bedeutend unter Preis zum Ausverkauf.
H. Preuß, Gleimstr. 43
Zigarren-, Zigaretten- und Tabak-Fabrik-Großhandlung.
Preisliste gratis und franko.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren **Julius Krause** Kastanien-Allee No. 40.
Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen
Teilzahlung gestattet.

Möbel liefert auf Teilzahlung bequeme bei kleinster Anzahlung in bequemer Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Theater und Vergnügungen

Wittmoß, 6. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Cavalleria rusticana. Polzegl.
Königl. Schauspielhaus. Strauß.
Deutsches. Amphitryon.
Sammerspiele. Der Graf von Gleichen.
Anfang 8 Uhr.
Lefling. Nora.
Berliner. Musikantenmädel.
Komische Oper. Der Arzt wider Willen.
Kleines. Lulu.
Neues. Das gewisse Etwas.
Kleines. Der Herr.
Neues Schauspielhaus. Ihr letzter Wels.
Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Wirtin.
Schiller O. (Wälder-Theater.)
Neue Jugend.
Schiller-Charlottenburg. Bresters Millionen.
Berliner Volksoper. Der Flieger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Lulu. Die schöne Ungarin.
Modernes. Die Wespel.
Neues Operetten-Theater. Der Graf von Luxemburg.
Schauspielhaus. Das Leutnantsmädel.
Herrnfeld. Wenn zwei dasselbe tun. Das starke Stück.
Rosa. Dorf und Stadt.
Trianon. Der schwarze Schimmel. — Das alte Etwas.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Puhmann. Verbotene Frucht.
Metropol. Das große Etwas.
Kafino. Der schneidige Rudolf.
Waldhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Waldhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Prater. Der Bettelstudent von Berlin.
Boigt. Vater und Sohn.
Schweizer-Garten. Spezialitäten.
Max Ritten. Spezialitäten.
Volksgarten. Rosen aus dem Eden.
Urania. Tausendfache 18/49.
Abends 8 Uhr: Die Weltausstellung in Schüssel.
Sternwarte. Anwaltsstr. 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abends 8 Uhr:
Die Weltausstellung in Brüssel.
Berliner Volksoper
Selle Alliancestraße 7/8.
Heute 7 1/2 Uhr:
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:
Der Flieger.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Gretchen.
Grotteske in 3 Akten von Davis und Lipschütz.
Morgen u. folg. Tage: Gretchen.
Freitag, den 6. Sept., zum erstenmal:
Noblesse oblige.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wälder-Theater.)
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Neue Jugend.
Schauspiel in 3 Akten v. Tor Hedberg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Lustspiel in 4 Akten von Richard Smith und Byron Dugley.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Bresters Millionen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Heute und folgende Tage:
Original Münchener Herbstfeste Juhu!!!
Oberlandler Kapellen ♦ Kirchweih- und Schützenfest.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Abonnenten des „Vorwärts“ haben wochentags freien Eintritt.
Diese Annonce ist am Eingang vorzusetzen.

Zirkus Alb. Schumann
Karlsruh. vorn. Renz. Tel. 3, 2491.
Sonnabend, 10. Sept.
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere
mit für Berlin gänzlich neuem Programm.
Neuheiten in jedem Genre.
Vorverkauf täglich von vorm. 10 Uhr ab an der Kasse ununterbrochen, wie Invalidentag, unter den Linden, und Gartenhaus 11, Westheim.
Alb. Schumann.
Tel. v. Romm. Tel. u. Tel.-Dir.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Carl täglich Doppelkonzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 Pf., v. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf., Dauerl. 8 Pf.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshallen am Zoo
Riesen-Kinematograph.
6-11 Uhr.
Rauchen überall gestattet
Volksgarten-Theater
Lehrer Wolmann.
Sadstr. 8, Behm- u. Bellermannstraße.

Täglich:
Rosen aus dem Süden.
Poffe mit Gesang und Tanz von B. Gedrücke.
Spezialitäten ersten Ranges usw.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die amüsantesten Spezialitäten.

Trianon-Theater.
Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr)
Pariser Witwen.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Grävenitz, Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang wochentags 8 Uhr
Sonntags 7 Uhr.

Karl Haverland-Theater
Anfang Theater präz. 7 1/2 u. 7 7/9
Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderschöne
Eröffnungs-Programm.
Moabiter Gesellschaftshaus
Wielstr. 24, Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabits.
Täglich zweimal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Nu hat's geschnappt.
Musik v. P. Lincke. Anf. 8 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Heute:
Der Bettelstudent von Berlin.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Blieser.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szenen gesetzt vom Dir. Rich. Schalts.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
9 1/2 Uhr:
Verbotene Frucht.
(In Hamburg seit 5 Monaten vor ausverkauften Häusern u. Stadtgepl.)
Gisela Schneider-Nissen.
Das verrückte Hotel
sowie 8 für Berlin vollständig neue Attraktionen.

WINTERGARTEN
Das
Eröffnungsprogr.
U. a.:
Dorothy Toy
singt wie
Caruso
und wie die
Patel!

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.

CIRCUS CYRILLI
Pankow, Berliner Straße
Ecke Binzstraße.
nächst Schönhauser Allee.
Nur noch 2 Tage in Pankow.
Mittwoch, 7. September,
nachm. 4 u. abends 8 1/2 Uhr:
2 gr. Galavorstellungen.
Nachm. ein Kind frei.
Letzte Nachmittags-Vorst.
Fernruf:
A. Pankow 421

Herrnfeld Theater
Die größten Schlager der letzten Saison:
Das starke Stück
Wenn zwei dasselbe tun
mit Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Wenn zwei dasselbe tun.

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark des Kontinents.
Eintrittspreis 50 Pf.
Heute und folgende Tage:
Passagier-Fahrten im Fessel-Ballon
unter Führung von Käthe Paulus.
Ab 6 Uhr abends:
Sensationelle Attraktionen
Militärkonzert. Oberbayerische Sänger u. Schuhplattler. × × × Tanagra-Theater.
Mon Plaisier.

Volkstümlicher Kunstabend
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15,
Sonntag, den 11. September cr., veranstaltet von
Margarete Walkotte.
Mitwirkende:
Walkotte-Quartett
Willy Schmidt, Tenor. Lucie Tömmel-Bohm, Alt. Marg. Walkotte, Sopran. Rob. Sperry, Bariton. Inka v. Linprun, Violinvirtuosin.
Fritz v. Ferrari, Rezitator. Am Flügel: Bernhard Nitzsche.
Entree im Vorverkauf 50 Pf., an der Abendkasse 60 Pf.
Saalöffnung 6 1/2 Uhr, Beginn 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf ist bei **Horsch**, Engelufer 15. 707b

Zur Feier der Unabhängigkeits-Erklärung Brasiliens
(7. September 1822) 763b
erhält heute der Vorzeiger dieser Annonce
im Theater-Café, Kommandantenstr. 57,
1 Tasse reinen, unverfälschten brasilianisch. Kaffee gratis

Herrnfeld Theater
Die größten Schlager der letzten Saison:
Das starke Stück
Wenn zwei dasselbe tun
mit Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Wenn zwei dasselbe tun.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der schwarze Schimmel.
Bunter Teil:
Das alte Ghetto.
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
born. Groterjan, Zuboh: Rud. Mez, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur Sonnabend, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 1/2 Uhr. Vorzugskarten, nur wochentags gültig, 25 Pf. an allen Käten u. Karl Reich in den Hauptrollen.
1/2 Uhr: Die Hochzeitreise.
Dazu neue Spezialitäten. Anf. 7 1/2 u. 11 Uhr.
Mittwoch, 14. September: Mathilde oder: Das Frauenherz.
Täglich: Freifoujert.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Nora.
Donnerstag 8 Uhr: Das Konzert.
Freitag 8 Uhr: Tantris der Narr.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Gastspiel Hanni Nasse:
Das Musikantenmädel.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Das gewisse Etwas.
Freitag neu einstudiert: Die goldene Ritterzeit.
Sonabend: Die goldene Ritterzeit.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Sonnt. 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmädel

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. R. Wälder u. R. Bodansky. Musik v. Franz Lehár.
Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Heute u. täglich: **Die Wespe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, den 7. Sept., abends 8 u.:
Faust.
Donnerstag: Wiederleute.
Freitag: Wiederleute.
Sonabend: Faust.
Sonntag: Wiederleute.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die schöne Ungarin.
Poffe mit Gesang und Tanz von Mannstädt u. Weller. Musik v. Eieffen.
Donnerstag: Egmunt.
Freitag Premiere: Brüder von St. Bernhard.
Sonabend: Die schöne Ungarin.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel.
(Bezirk 198.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Gärtler
Albert Schaarschmidt
Jungbühlstraße 8
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 7. September,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Gammans-Kirch-
hofes in Nixdorf, Hermannstraße
aus statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 4. September verstarb unser
Mitglied, der Instrumentenmacher
Paul Kesselring
Korsföcker Straße 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 8. September,
nachmittags 3 Uhr, in Ollende
an der Nordbahn vom Trauer-
hause, Kurfürstentz. 27, aus nach
dem Kirchhof in Ollende statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

B. S. C.
Freiheit.
(R. d. N.-S.-B.)
Todes-Anzeige.
Am 5. d. Mts. verstarb unser
Schwimmgenosse
Paul Kesselring
im 22. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Zeit und Ort der Beerdigung
siehe obenstehende Anzeige.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Klavier-
arbeiter
Paul Kesselring
am 5. September gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 8. September,
nachmittags 3 Uhr, vom Trauer-
hause in Ollende bei Hermsdorf,
Kurfürstentz. 27, aus nach dem
Gemeindefriedhof daselbst statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen und Kolleginnen
zur Nachricht, daß unser Mitglied,
der Schmied
Erhard Handschuh
am 4. September an Halsleiden
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 7. September, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Sebastian-Kirchhofes
in Reinickendorf (Humboldtstraße)
aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, die
Arbeiterin
Martha Schnitzer
am 5. September an Herzleiden.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 8. September,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Nixdorf (Hermannstraße) aus
statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Dreher
Wilhelm Rustenbach
am 5. September an Lungen-
leiden.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 8. September,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Anzereit-Kirchhofes in
der Müllerstraße aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Sage hiermit allen Beteiligten bei
der Beerdigung meines lieben Mannes
August König
meinen herzlichsten Dank.
Seine **Emma König**
nebst Kindern.
Von der Witwe zurück. 101/9
Dr. A. Freudenberg,
Potsdamer Str. 20a.
Privatklinik: Apostel-Paulus-Str. 12.

Morgen, Donnerstag, den 8. September, 8^{1/2} Uhr
in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Straße:

Große öffentliche Protestversammlung.

Tagesordnung:

1. Die Freie Volksbühne und die Zensur.

2. Diskussion. Redner:
**Eduard Bernstein, Hellmuth von Gerlach,
Albert Traeger, Heinrich Ströbel.**

Der Einberufer: G. Winkler, Nixdorf, Kirchhoffstr. 46 II.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Filiale Borsigwalde.
Am 3. September verstarb
unser Kollege
Max Rockel
im Alter von 50 Jahren an
Lungenleiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 8. d. Mts.,
auf dem Hermsdorfer Kirchhof
von der Leichenhalle aus statt.
7505 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes
Albert Stahlfeld
sage ich allen Freunden, Ver-
wandten und Bekannten, sowie
dem Deutschen Holzarbeiter-Ver-
band und den Genossen des
6. Berliner Sozialdemokratischen
Wahlkreises meinen herzlichsten
Dank.
Die trauernde Witwe
Luisa Stahlfeld
geb. Nehring.

Am Montag, den 5. September,
nachmittags 2^{1/2} Uhr, verschied
plötzlich am Herzschlag mein innigst-
geliebter Mann, unser lieber Vater,
Schwiegervater, Onkel u. Schwager,
der Dachdecker
Franz Schmidt
im 56. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Marie Schmidt,
Körnerstr. 15.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
von der Halle des Luther-Kirch-
hofes (Randow) aus statt.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Am 3. September starb an
Nierenleiden im Alter von 72
Jahren unser Mitglied, der Jim-
merer
Friedrich Schulz
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 7. September, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, auf dem
Georgen-Kirchhof, Landsberger
Allee, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Heute früh entschlief plötzlich
und unerwartet mein innigst-
geliebter Mann, unser guter
Vater, Bruder, Onkel, Schwager
und Großvater
Paul Müller
im 62. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrubt an
Clara Müller geb. Wolf
nebst Kindern.
Berlin, den 4. September 1910,
S., Pringelstr. 43.
Die Trauerfeier findet am
Donnerstag, den 8. Septbr. 1910,
nachmittags 1^{1/2} Uhr, von der
Halle des neuen Luisenstädtischen
Kirchhofes, Nixdorf, Hermann-
straße 190, aus statt. 7515

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
sicht am
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Eine Berufsberatung werden
Tätowierungen
schmerzlos ohne Narben entfernt.
Robert Windfuhr, Dresden 135.

Todes-Anzeige.
Am 5. dieses Monats entschlief
nach langem und schmerztem Leiden
meine liebe Angehörige
Martha Schnitzer.
Sie war bis zu ihrem Tode in
freier Umgebung in meinem
Besitz tätig; ich verliere an
Ihr eine große Stütze.
J. Wittwer, Jungbühlstr. 8.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 8. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Nixdorf aus statt. 7652

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und schönen Kranzspenden
beim Begräbnis meines lieben Mannes,
des Gattners
Bernhard Lange
sage ich allen lieben Freunden und
Bekanntem, dem Bahndirektor für den
Bezirk Nixdorf, dem Gesangsverein
Nixdorfer Männerchor, dem Zentral-
verband der Tischler (Bezirk Nixdorf),
dem Schlachthaus-Kom. sowie
für die trefflichen Worte am Grabe
meinen herzlichsten Dank.
Ewe. **Marie Lange.**

Einsegnungsanzüge
sehr große Auswahl fertig 0,- an, nach
Maß außergewöhnlich billig. Herren-
anzüge 8,25 an. Herren-Anzugszüge
32-33 M. Stoffe, engl. Anzüge, Anzugs-
reife billig. Herrn Schiden wie unsere
Vertreter mit Muster ohne Hand-
verfertigung. **Tuchgesellschaft**
Stettinstraße 16-17 (Hofstr.) Ber-
liner d. Unterstadt erbält 5%, Rabatt!
Offiziere in nur feiner, schöner Ware.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Dej. I. Amt 3, 1289. Charitéstraße 3. Dej. III. Amt 3, 1967.

Mittwoch, den 7. September 1910, abends 8^{1/2} Uhr,
in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29:

Mitgliederversammlung der Klempner.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen
eines jeden Kollegen notwendig.

Donnerstag, den 8. September, abends 8^{1/2} Uhr,
Verammlung
aller Fabrik- und Werkstellen-Klempner
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.
Tages-Ordnung:

1. Wie können für die Werkstellen-Klempner die
Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden?
2. Diskussion.
Zu dieser Versammlung sind alle in der Gasmesser-, Wode-
tannen-, Gelbmetall- und Bierdruckapparat-Branchen beschäftigten
Kollegen und Kolleginnen eingeladen. Kollegen! Agitiert für einen
zahlreichen Besuch, so daß auch der letzte Werkstellen-Klempner
anwesend ist. Zeigt, daß auch Ihr gewillt seid, nicht mehr länger
als die bescheidende Gruppe unter den Metallarbeitern angesehen zu
werden. Eine gründliche Aussprache tut dringend not.

Donnerstag, den 8. September, abends 8 Uhr,
in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29:

Allgemeine Branchen-Versammlung
der Bau-, Kunst- u. Geldschrankschlosser u. Bauanschläger.

Tages-Ordnung:
1. Welche Stellung müssen wir gegenüber dem
Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes einnehmen?
2. Diskussion.
Kollegen! Mit Rücksicht darauf, daß es notwendig ist, gegen-
über den letzten Maßnahmen der Unternehmer in nachvollziehbarer Weise
zu protestieren, darf keiner von Ihnen in dieser Versammlung fehlen.
Deshalb agitiert Sie für einen guten Versammlungsbesuch, damit
die Unternehmer erkennen, daß unsere Stellungnahme betreffs des
Arbeitsnachweises eine einheitliche ist.
121/9 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Hausdiener, Packer etc.
aller Branchen.

Mittwoch, den 7. September, abends 8^{1/2} Uhr, in Feuerfeld
Festsälen, Alte Jakobstr. 75 und Bercht's Festsälen, Ritterstr. 75:
2 öffentliche Versammlungen.

Tagesordnung:
1. Der durch Unternehmervöllfür hervorgerufene
Streik der Hausdiener und Packer bei der Firma
Negeler u. Co., Mittelstr. 71/75. 2. Diskussion und Be-
schlußfassung. 3. Verschiedenes.
Vertrauenskollegen! Genossen! Erscheint zahlreich in dieser Ver-
sammlung! Es gilt Maßnahmen zu treffen, den in diesem Winter-
bertrieb bedrungen Zukünder ein Ende zu machen! — Erscheint
Mann für Mann!
Mit kollegialem Gruß Die Verbandsleitung.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a (2. Haus von der
Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große
Frankfurt-Str. 115 (2. Haus
von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,
Hüte, Handschuhe, Schleier
etc. v. einfachsten bis zum
hocheleganten Genre zu äußerst
niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
10 bis 12 Stunden.

Meine Frau war ihr Leben lang
über 50 Jahre mit einer häßlichen

Flechte

Behaftet. Mein gesund. Mädchen hatte
sie auf dem Leibe. Nachdem sie
Jucker's Patent-Medizinale-
Seife angewendet hat, sieht sie sich
wie neugeboren. In 3 Wochen
waren die Flechten beseitigt.
Jucker's Patent-Medizinale-
Seife ist Tausende wert. C. B. in V.
h. St. 50 Pf. (15 %), u. 1.50 M.
(35 %), in härteste Form. Dazugeh.
Jucker-Creme 75 Pf. u. 2 M.,
feiner Jucker-Seife (mild) 50 Pf.
u. 1.50 M., in Berlin in Behrens
Drog. (Wolff's. Kranke), Frankf.
Allee 120, D. Schulz, Chausseestr. 87,
Hugo Schulz, Müllerstr. 87, Müllers-
straße 160a, Otto Binder, Pringen-
allee 29, in Nixdorf: Drogenhaus
Vincent, sowie in sämtl. Apoth.,
Drog. u. Parfüm. Nichts anderes
aufreden lassen. Es gibt dafür keinen
Ersatz!

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schick, dauerhaft,
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade II (Stadt Börse).



Von Mittwoch, d. 7. Sept. bis Sonnabend, d. 10. Sept. Er.
werden in den bedeutend vorgerüsteten Räumen
zu **Ausnahmepreisen** verkauft:
ca. 300 Kostüme in Tuch, Eskimo, Cheviot etc.
anfangend von 15,-, 18,-, 24,-, 30,-, 40,-, 50,- bis 100,-
ca. 400 Astrachan- u. Seidenplüschmäntel
schicke Pelz-Konfektion
Bäckfisch-Konfektion, Übergangsmäntel
Einsegnungs- und Prüfungskleider.
Ermäßigung der Preise um teilweise auf die
Hälfte, einzelne Modelle ganz besonders billig!
Verdoppelte Auswahl in allen Abteilungen!
WESTMANN
Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalemstr.) part. u. I. Etage
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) part. u. I. Etage
Trauer-Westmann (ges. gesch.)
Extra-Abteilung für fertige, schwarze Konfektion, Mäntel,
Kleider, Röcke, Hüte etc.
Schöne Kostüme schon von M. 15 an!

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bibliothek von der Gohlerstr. 10/11 nach dem Lokal von Ballau, Bismarckstr. 8, Ecke Rotherstraße, verlegt worden ist. Die Bücherabgabe erfolgt jeden Mittwoch und Sonnabend, von 8 1/2-10 Uhr abends. Der Vorstand.

Steglitz. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute Mittwoch, den 7. September im „Birkenwäldchen“ statt. Referent Friz Jubel. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr im Wilhelmshofgarten, Berliner Straße 9. Öffentliche Versammlung. Reichstagsabgeordneter D. Stöcklen spricht über „Fleischsteuerung und Kaiserreden“. 2. Diskussion. Der Vorstand.

Stralau. Am Donnerstag, den 8. September, abends 8 1/2 Uhr findet bei Steinide, Alt-Stralau Nr. 5 die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Bezirksleitung.

Karlberg-Räderdorf. Am Sonntag, den 11. September, nachmittags 3 Uhr findet im „Waldhaus zur Linde“, Joh. Rich. Koll, Heimstr. 19 eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: 1. Kaiserreden, Fleischnot und Lebensmittelverknappung. Referent: Redakteur Karl Bermuth-Berlin. 2. Diskussion. Sorge jeder für zahlreichsten Besuch der Versammlung. Der Einberufer.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant der Witwe Lerche, Friedrichstr. 112, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Die Königsberger Kaiserrede — der Daul für die 8 1/2 Millionen Mark-Zulage. Referent: Genosse Redakteur Hans Bloch, Arbeiter, Parteigenosse! Erscheint in Massen in dieser Versammlung. Die Bezirksleitung.

Wandlitz-Badsdorf (Bezirk Panitzsch). Am Sonntag, den 11. September, nachmittags 3 Uhr findet bei Laßon, Gesellschaftshaus, Wandlitz i. d. Mark, eine große Volksversammlung statt. Redakteur Genosse H. Bloch spricht über „Wilhelm II. als Instrument des Himmels“. Vor der Versammlung um 2 Uhr Sitzung der Geschäftsstelle des Sozialdemokratischen Wahlvereins. Abfahrt für die Panitzsch-Genossen 12⁰⁰ und 1⁰⁰ ab Reinickendorf-Nofenthal.

Tegel. Am Sonnabend, den 10. September, abends pünktlich 8 Uhr, beginnt der Lichtbildvortrag des Genossen Graf über „Die Geschichte unserer Erde“. Eintrittskarten sind bei den Bezirksführern und abends an der Kasse zu haben. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Quigowzeit.

Die Septembertage des Jahres 1410 waren für Berlin und die Mark Brandenburg höchst unerfreuliche. Dietrich v. Quigow trieb in dieser Zeit sein Unwesen, nachdem er bereits im Februar mit der Stadt Berlin Fehde begonnen und ihr viel Schaden zugefügt hatte. An diese Zeiten erinnert eine Urkunde des Deutschen Ordens vom 8. September 1410 an die Stände der Mittelmark. Sie lautet (in hochdeutscher Uebersetzung): „Bruder Ulrich von Jungingen, Hochmeister des Deutschen Ordens, allen Herren, Rittersn, Knechten und Mannen, geseßen jenseits der Oder in der alten Mark, unsern freundlichen Gruß mit gewünschtem Heil! Eble, liebe, besunders Herren und Freunde! Wir klagen Euch schwer über Dietrich von Quigow, des erlauchten Fürsten, unseres Herrn Markgrafen von Brandenburg Lehnsmann, welcher Städte und Schöten, daß derselbe, wider Gleich und Recht, schindet, raubt und großen Schaden unseren Londen und Untersassen in der Neuenmark zuzügt. Er hat nämlich seine Leute zu Fuß ausgesandt nach der Oder, welche die Unseren mit ihren Schiffen und Anderer Kaufmannsgüter überfallen und gefangen genommen haben; allein wir haben bisher den Schaden und Verderb des Landes angesehen und erkannt, daß, was wir in solcher Sache angreifen, mit ganzer Macht und Folge geschehen muß. Daß aber einem solchen Heere nicht verwehrt werden kann, auf seinem Zuge Futter, Speise und andere Notdurft zu suchen und zu nehmen, wo sie solches finden mögen. Darum so bitten wir Euch Alle und Jeglichen besunders, daß Ihr dem ehengenannten Dietrich solches unterlaget, wie wir Euch deshalb vertrauen. Insofern unsere Mannen und Städte wider Euch redliche Sachen hätten, so sollen sie zu einem bestimmten Tage zu Euch kommen und Recht pflegen und tun, was sie verpflichtet sind, nach Bestimmung der Städte Frankfurt, Berlin und Brandenburg, oder unseres Vogtes der Neuenmark, wobei es sein Bewenden haben soll. Wir bitten um Eure Antwort. Geben auf unserem Hause Schlochau am Tage der Geburt Maria im 1410. Jahre.“

Eine ähnliche Klage hatten die Ratsherren von Berlin an den Markgraf Jobst gerichtet; er antwortete ihnen am 15. September 1410, daß er die Klage an den Bischof von Rebus abgefertigt habe, der „mit dem Quigow ernstlich reden solle“. Weiter reichete die Macht dieses Landesherren anscheinend nicht und bekanntlich ist erst viele Jahre später der Mark Brandenburg der Herr erstanden, der mit den Räuberzügen eines Quigow kürzeren Prozeß machte.

Die Nachfolger dieses Quigow-Raubzuges sind heute die „Geiseln und Besten der Nation“. Die Vererbung des Volkes durch die heutigen Junker ist nur modernisiert. Man raubt nicht mehr direkt, sondern benutzt im Reiche die Künste der Geseggebung, um durch indirekte Steuern den Volksmassen die letzten Groschen aus den Taschen zu holen. Im Landtage spielen die Nachfahren der Quigows, der Zhenblige und Köferle die erste Geige und betrügen das Volk um ihre politischen Rechte.

Messenger-Boy.

Ein Messenger-Boy zu werden, mag der Herzenswunsch so mancher Jungen sein, der nach Ablauf des 14. Lebensjahres seiner Entlassung aus der Schule entgegengeht. Fortschreitet er aus, der Messenger-Boy, und stolz paradiert er in seiner bunten Uniform, die er tragen muß, um aufzufallen als lebende Reklame für das Unternehmen, dem er dient. Auch sein Name, die dem Englischen entnommene Bezeichnung „Messenger-Boy“, klingt apart und macht sich sehr viel nobler als etwa das gut deutsche Wort „Laufrichter“, das — unter uns gesagt — ungefähr dasselbe bedeutet.

Was hat eigentlich so ein Messenger-Boy den Tag über zu tun? Die Jungen die ihm bewundernd nachblicken, haben natürlich nur eine sehr unklare Vorstellung von seinen Pflichten. Aber auch den meisten der Eltern, die ihre Söhne diesem „Beruf“ zuführen wollen, dürfte kaum recht bekannt sein, was alles von einem Messenger-Boy verlangt wird. Das Wort „Laufrichter“ ist, wie schon bemerkt, ungefähr die Uebersetzung von „Messenger-Boy“, doch der Dienst des Messenger-Boy geht an Vielfältigkeit weit über den eines simplen Laufrichters hinaus.

Die Botengänge, zu denen man sich einen Messenger-Boy nimmt, die durch ihn auszuführende Bestellung von mündlichen oder schriftlichen Mitteilungen, die Ablieferung von Paketen und anderen Gegenständen aller Art bilden nur einen kleinen Teil seiner Tätigkeit. Er wird auch zu allerlei persönlichen Diensten und Hilfsleistungen gemietet, die sonst einem Dienstmädchen zufallen, zu Arbeiten in der Hauswirtschaft, zu Handreichungen beim Großreinemachen, zum Aufräumen von Stuben, Kammern, Wädden, Kellern, zum Kleiderreinigen und Teppichklopfen. Er wird täglich zu bestimmter Zeit befehligt, um Kinder zur Schule zu führen oder aus der Schule zurückzubringen, um eine kranke Dame im Rollstuhl auszufahren, um für einen kranken Herrn den Sprudel oder den Urin einem Arzt hinzutragen. Er wird abends per Telephon herbeigerufen, um ein alterndes Fräulein aus dem Theater abzuholen oder ein ängstliches Mägdlein von einer Geburtsfeier nach Hause zu begleiten. Sogar das kommt vor, daß ein Messenger-Boy den Auftrag erhält, einen „hochherzhaftlichen“ Hund auszuführen, damit er, der Hund, seine tägliche Bewegung hat und bei dieser Gelegenheit auch seine „Geschäfte“ erledigen kann. Der Messenger-Boy muß bei allen diesen Gängen und Handreichungen immer in Uniform sein, auf daß alle Welt sehe, wie allseitig die Verwendungsmöglichkeit eines Messenger-Boy ist. In Uniform tritt er auch an, wenn „Herrschäften“ bei Festlichkeiten ihn als Sozialsat benutzen und an der Festtafel durch ihn die Genüsse des Gaumens servieren lassen. In Uniform mußten auch die Boys antreten, die von einem Weinrestaurant aus zuweilen herbeigerufen wurden, um einen Stauungsstiller sicher heimzuleiten. Dagegen muß der Messenger-Boy vorsichtig die Uniform mit unauffälliger Zivilkleidung vertauschen, wenn er den Privatdetektiv zu spielen hat, z. B. im Auftrage einer Dame da oder dort Erkundigungen über einen Herrn einzuziehen, im Auftrage eines Herrn eine Dame verfolgt und sie auf allen Wegen beobachtet.

Mancher wird es für nicht unbedenklich halten, daß zu solchem Detektivdienst junge Leute verwendet werden, die halb noch Knaben sind. Auch über die erwähnte Abholung aus der Anstalt wird vielleicht mancher sich seine Gedanken machen, wenn er hört, daß mitunter die damit betrauten Boys zunächst „eins zu trinken“ bekommen. Doch für den Messenger-Boy gibt es in seiner Tätigkeit noch allerlei anderes, was ihm ebenfalls nicht gerade förderlich ist. In „herrschäftlichen“ Häusern bei Festlichkeiten zu servieren, mag sehr harmlos und beinahe angenehm erscheinen. Ja, wenn nur nicht der Boy aushalten müßte, bis er nicht mehr gebraucht wird, d. h. manchmal weit über Mitternacht hinaus. Auch die Rolle eines Fagennähers, die bei solchen Festlichkeiten zuweilen von einem Messenger-Boy übernommen und bis in die Nacht hinein gespielt werden muß, ist für ihn selber gewiß nicht so anständig, wie es ansieht. Von einem „Kinderball der bösen Duden“, bei dem gleichfalls einige Boys mitwirkten, sollen diese erst gegen Morgen nach Hause gekommen sein. Ein Messenger-Boy muß überhaupt jederzeit instande sein, die Nacht zum Tage zu machen. Als der Sänger Gariso in Berlin gastierte und die zahlungsfähigen Kunstfreunde sich um die Willets schlugen, mußten Boys schon um 6 Uhr morgens sich vor der Theaterkasse aufstellen, an der sie dann erst vormittags um 11 Uhr abgefertigt wurden. Ein Messenger-Boy darf eben niemals müde sein.

Der Lohn eines Messenger-Boy ist keineswegs so, wie man es bei solchem Dienste erwarten sollte. Wer einen Messenger-Boy mietet, zahlt für die geleistete Arbeit nicht an den Boy selber, sondern an den Unternehmer, der den Boy bereit hält und ihn festen Wochenlohn gibt. Mit 7,50 M. pro Woche fängt der Messenger-Boy an, für später werden ihm Zulagen in Aussicht gestellt, als Höchstlohn winkeln 15 M. pro Woche. In der Regel muß der Boy 3 bis 4 Stunden Dienst tun, zum Beispiel von früh 8 bis abends 8, von vormittags 10 bis abends 10, von Mittag bis Mitternacht, und so weiter. Davon gehen zwei Stunden für Mittagessen ab, doch kann ihm passieren, daß er sein Mittagessen erst einnehmen darf, wenn andere Leute bald schon wieder an das Abendessen denken. Ueberstunden werden mit 10 Pf. bezahlt, nach 10 Uhr geleistete Ueberstunden mit 20 Pf., für Radfahrtdienst gibt es Zuschläge. Andererseits werden Abzüge vom Lohn gemacht in Form von Strafgebern, die für Verspätungen usw. festgesetzt sind.

Auf Disziplin wird in der Messenger-Boy-Kompagnie streng gehalten. Insofern an militärische Verhältnisse gilt der neu eintretende Boy als „Rekrut“, der seinem „Korporal“ zu parieren hat. Ueber diesem steht der „Sergeant“, und der wieder hat den „Stationsleiter“ als seinen Vorgesetzten zu betrachten. Die höchste Spitze ist ein Herr Dr. Hoffmann. Rehnlich, wie beim Militär, liebt man auch bei der Messenger-Boy-Kompagnie nicht die Zimperlichkeit. Ein Messenger-Boy kann's erleben, daß ihm grobe Schimpfwörter an den Kopf geworfen werden. Auch das war schon da, daß bei der Messenger-Boy-Kompagnie ein „Rekrut“ seine Hiebe kriegte und einen Arzt aufsuchen mußte.

Wir nehmen an, daß viele Eltern es uns danken werden, einmal zu erfahren, wie der Dienst bei der Messenger-Boy-Kompagnie ist. Es ist für sie und ihre Söhne von Wichtigkeit, im voraus zu wissen, was sie dort zu erwarten haben.

Bum Präsidenten der Berliner Eisenbahndirektion ist an Stelle des zum Ministerialdirektor ernannten bisherigen Präsidenten Behrend der Oberregierungsrat Rüdlin ernannt worden. Ob unter dem neuen Herrn die Mißstände im Berliner Eisenbahnverkehr abgestellt werden, muß abgewartet werden, viel Hoffnung haben wir nicht.

Patriotenzüchter. In der Kapernaumgemeinde an der Seestraße wurde für den dort unterhaltenen Knabenhort ein großer Sedanrummel veranstaltet, wobei der Kriegerverein des Bezirks den jungen Leuten in Knabenschulen eine Fagene stiftete. Der Vorsitzende des Kriegervereins hielt eine patriotische Ansprache, in der er die Jugend aufmerkte, in die Fußstapfen der Krieger zu treten, die durch ihre gloriereichen Kämpfe und Siege die deutsche Einigkeit geschaffen hätten, die heute durch parteipolitische Bezünke bedroht ist. Vielleicht ist diese „mit dem Blute echter deutscher Männer geschaffene“ Einigkeit noch viel mehr durch etwas ganz anderes bedroht. Aller Segen kommt von oben. Der Redner vergah auch, auf die unendlich vielen zu Krüppeln geschossenen alten Krieger hinzuweisen, die mit der Dreiforgel und dem Streichholzstaken oder als Weiler durch die deutschen Lande ziehen und von dem zum Schlusse der Festrede ausgegebenen Lösungswort „Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe“ nicht satt werden. Nach Einbruch der Dunkelheit gab es mit Fagene und Musik unter Zulauf zahlreicher Neugieriger einen langen Fagelzug durch die Straßen des Kapernaumdorfes.

Wenn die Arbeiterjugend eine Landpartei nach den Vororten unternimmt, werden Gendarmen und Volkspolizei auf sie gehet. Die Söhne des Volkes schreien freilich nicht Hurra und singen etwas Besseres als „Heil dir im Siegerkranz“.

In der zweiten nationalen Flugwoche in Johannisthal, die bekanntlich vom 9.—18. Oktober stattfindet, sind bis jetzt Preise in der Gesamtsumme von über 70 000 M. gestiftet worden. Das Kriegs-

ministerium hat seine bisherige Stiftung von 18 000 M. insofern erhöht, als es für einen Preis 25 000 M. unter der Bedingung aussetzt, daß von anderer Seite zu derselben Konfurrenz noch 10—15 000 M. beigelegt werden.

Ueber das Treiben von Rowdy's in der Gegend der Rantaußel- und Rantaußelstraße gehen und lebhaft Klagen zu. Passanten, die am Sonnabendabend nach 11 Uhr die Rantaußelstraße passierten, mußten Zeuge werden, wie ein anfänglich gefleibeter junger Mann, der ruhig seines Weges ging, von einer Kette junger Bengels ohne jeden Anlaß attackiert wurde. Er wurde von den Raufbolden niedergeschlagen, mit Füßen getreten und mit Messern gestochen. Leute, die nach einem Schußmann ausstauten, konnten keinen habhaft werden und als sie endlich in der Dravienstraße einen Beamten trafen, erklärte der, es handele sich nicht um sein Revier. Dadurch ermutigt, griffen andere Rowdy's von neuem den jungen Menschen an, der im Begriff war, sich von dem Blute zu reinigen. Es war schrecklich anzusehen, wie der am Boden Liegende von den rohen Purischen mit den Stiefelabsätzen bearbeitet wurde. Nachdem sie dem Mißhandelten noch Uhr und Portemonnaie gestohlen hatten, verschwanden die Bengels. Unsichere trauten sich nicht, den Rowdy's entgegenzutreten. Als endlich nach Meldung auf dem Revier polizeiliche Hilfe kam, waren die Straße über alle Berge. Solche Vorfälle haben sich in der genannten Gegend wiederholt ereignet, und viele Bewohner jener Straßen können sich des Abends kaum auf die Straße wagen.

Wenn ausländische Arbeiter um ihr politisches Recht demonstrieren, ist die Polizei mit einem Massenaufgebot zur Stelle, die gänzlich überflüssig ist. Wenn aber wirklich die Sicherheit gefährdet ist, kann man wer weiß wie lange suchen, ehe sich ein Schußmann findet.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern Vormittag am Kurfürstendamm Ecke der Joachimshaler Straße. Dort wollte der zwölfjährige Schüler Olander, der in einem Pensionat in der Wichmannstr. 20 untergebracht ist, den Motorwagen 2700 der Linie 76 während der Fahrt besteigen, kam jedoch zu Fall und geriet unter den Vorderperren des Anhängewagens. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagon aufgehoben und der blutüberströmte Knabe hervorgezogen. Die Räder waren über den unglücklichen hinweggegangen und hatten den linken Oberschenkel des Knaben vom Rumpfe getrennt. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation am Zoologischen Garten und von dort nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht.

Wegen Vermittlungsschwindels ist der 29 Jahre alte Reisende Ludwig Gstein, der aus der Rudowina nach Berlin kam, festgenommen worden. Gstein war eine Zeit lang in einem Bureau beschäftigt, das sich mit der Vermittlung von Geschäftsverläufen befaßte, aber so wenig einbrachte, daß es nicht bestehen konnte. Als es aufgelöst wurde, eignete er sich die Briefbogen und Verleumdungsschläge mit der Geschäftsbezeichnung an und setzte nun die Vermittlungen auf schwindelhafter Grundlage fort. Er stellte sich Grüntamhändlern, Milchhändlern und anderen kleinen Geschäftsleuten, die in der Zeitung mitteilten, daß sie verkaufen wollten, als Vertreter der in diesen Kreisen bekannten aufgelösten Firma vor, erkundigte sich nach den Verkaufsbedingungen und verpflichtete sich, binnen kurzer Zeit einen Käufer zu bringen. Dann steckte er im voraus die Vermittlergebühren ein und ließ sich nicht wieder sehen. Weiter traf ein betrogenes Mann den Schwindler auf der Straße und ließ ihn von einem Schuttmann festnehmen, als er ihm ausweichen und entfliehen wollte. Der Geschäftste gibt die ihm zur Last gelegten Schwindeltaten zu, hat aber noch mehr Leute, als sich bis jetzt gemeldet haben, betrogen. Er selbst weiß gar nicht mehr, wie viele es sind. Gstein wurde gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Choleraanfälle in Spandau. Das Befinden der im Spandauer Kronenhaus unter Quarantäne stehenden Personen ist ein durchaus günstiges. Außer den drei Personen: Fräulein Sarnow, Schwester Luise und Frau Heude, befinden sich gegenwärtig noch fünf Personen unter Beobachtung. Im Laufe des gestrigen Tages wurden nochmals die Dejekte der „Voxilenträgerinnen“ an das Bakteriologische Institut in Berlin zur Prüfung überandt. Von dem Ergebnis dieser Prüfung wird es abhängen, ob die drei Frauen noch weiterhin beobachtet werden müssen. Ueber den Herd der Cholera in Spandau ist man sich in ärztlichen Kreisen trotz der umfangreichen Nachforschungen noch immer nicht im klaren. Wie die geistige Untersuchung des Auswandererbahnhofs Ruheleben gezeigt hat, scheint die Cholera von dort aus nicht eingeschleppt worden zu sein. Dagegen ist die Annahme, daß die Seuche durch die aus Rußland eingeführten in den königlichen Munitionslagern aufgestellten Patronenkölsen um so wahrscheinlicher, als gerade die echte cholera asiatica in der Familie desjenigen Beamten ausbrach, der mit der Sortierung dieser Kölsen beschäftigt war. Außerdem aber war eine große Anzahl von Personen, die an Brechdurchfall erkrankten, in den Munitionsfabriken beschäftigt. Wie wir berichteten, fand am 1. September durch eine besondere Kommission eine Untersuchung der Arbeitsstätten in den Munitionswerken statt, wobei sich herausstellte, daß die meisten der dort liegenden Riffen mit einer dicken Schmutz- und Schimmelsschicht bedeckt waren. Koch am selben Tage wurden etwa 60 Proben an das Bakteriologische Institut in Berlin überandt. Wie mitgeteilt wird, ist die Untersuchung allerdings negativ ausgefallen, doch wird in Spandau von maßgebender Stelle mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Untersuchung unvollständig sei — es wurden etwa 50 von 2000 Riffen untersucht — jedoch man deshalb den Verdacht, die Cholera sei durch diese Riffen eingeschleppt worden, nicht von der Hand weisen könne. Inzwischen ist jedoch angeordnet worden, daß die Behälter und Riffen vor ihrer Uebung in den verschiedenen russischen und österreichischen Grenzorten gründlich zu desinfizieren und mit einem festen Anstrich zu versehen sind. Auf diese Weise hofft man, jeder Ansteckungsgefahr vorbeugen zu können.

Ueber eine Revolvergeschichte in einer Zigeunerfamilie wird aus der Schulstraße berichtet. Dort wohnt seit einem Monat der 56 Jahre alte aus Uelungen in Ungarn gebürtige Zigeuner August Weiß mit seiner 64 Jahre alten Frau, 5 Söhnen von 12 bis 20 Jahren und einer 17 Jahre alten Zigeunerin Frida Schiermeyer, der Frau des ältesten Sohnes Eduard. Die Leute ziehen seit Jahren in Deutschland umher und kamen von Hamburg nach Berlin. Der alte Weiß verdient sich sein Brot als Geiger und handelt auch mit Geigen. Seine Frau und Frida Schiermeyer gehen mit Seide und anderen Sachen hantieren. Eduard Weiß hat mit dem Mädchen seit zwei Jahren ein Liebesverhältnis, aus dem vor acht Wochen ein Mädchenchen Anna hervorging. Der alte Weiß konnte sich mit dem Mädchen seit einiger Zeit nicht mehr vertragen, weil es nach seiner Ansicht zu wenig verdiente. Seine Frau bestärkte ihn in dieser Meinung, während seine jüngeren Söhne die Partei ihres Bruders und dessen Frau hielten. Die Gegenstände spiketen sich nach und nach zu, daß Weiß und Frau das Mädchen vor die Tür sehen wollten. Das bildeten aber die Söhne nicht, sie verlangten vielmehr, daß die Eltern die Wohnung verlassen sollten, und wollten unter sich bleiben. Gestern begannen die alten Leute ihre Sachen wegzuschaffen. Ueber die Trennung kam es nun abends um 9 1/2 Uhr zu einem heftigen Streit in der Wohnung. Hierbei zog der alte Weiß plötzlich einen Revolver, den er sich erst im Laufe des Tages gekauft hatte, und feuerte auf seinen ältesten Sohn und dessen Frau drei Schüsse ab. Zwei gingen fehl, der dritte verlor die das Mädchen leicht an der linken Brust. Weiß entfloß darauf und ist noch nicht ermittelt. Die Verwundete wurde nach der Hilfswache in der Lindower Straße gebracht, konnte aber gleich wieder nach Hause gehen, nachdem sie einen Verband erhalten hatte. Der flüchtige Zigeuner, auf den

die Kriminalpolizei sehr wegen verführten Nordes fahndet, ist 1,64 bis 1,68 Meter groß, unterseht, kräftig und stark, hat ein volles Gesicht, schwarzes Haar und einen starken schwarzen Schnurrbart und trägt ein braunes Samtjacket, eine karierte graue Hose, die oben weit und unten eng ist, und einen hellen Strohhut mit gelbem Bande.

Wegen Verbrechen an seiner eigenen Pflegetochter ist ein Töpfer Wilhelm Gnade aus der Weberstraße festgenommen worden. Der mehrfach vorbestrafte Mensch hatte 9 Jahre lang ein Mädchen in Pflege, das jetzt eingeleget worden ist. Das Kind begab sich dieser Tage zum Kaiserhof und hat ihn, es anderswo unterzubringen. Dem Waffensatz fiel es auf, daß es die Bitte nicht recht begründen wollte. Er schloß Verdacht und forschte weiter nach. Jetzt ergab sich, daß Gnade schon seit längerer Zeit das Mädchen in der eigenen Wohnung mißbraucht hatte. Gnade wurde daraufhin verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht.

Walhalla-Variété-Theater. Ein neues Programm. Ein Programm über dem Durchschnitt. Nicht welterschütternd, aber unterhaltsam, nett und solide. Sisters Koranas dressierte Papageien sind ein hübscher Dressurakt. George und Walter sind gute Gymnastiker an Ringen und parterre. Ein sehr guter Kraft-Jongleur ist Sidi. Er jongliert mit Geschloßen, Granaten und Ängeln wie der Reichstag mit einer neuen Militärvorlage. Dabei trägt er die schweren Lasten selbst und hilft sie nicht dem Publikum auf, das die Kosten des Schauspielers trägt. Ein gutes Ensemble sind auch die Kollaberger, sechs hübsche Instrumental-Virtuosin. Die vier Mädchen spielen ihr Pensum „fromm und brav“, wie sie auch singen. Die beiden männlichen Mitglieder der Truppe aber beherrschen ihre Instrumente mit Künstlerkraft. Der Dreifachschloß von „Kapellmeister“ ist außerdem ein arger Schall. Wie er das große Hornorchester dirigiert, wie er dabei, einen hyper-temperamentvollen erwachsenen Kollegen parodierend, umherpringt und die Paukenschläge taktiert, als müße er selbst auf der Pauke, das ist köstlich. Ein richtiges Variété-Programm bietet natürlich auch einen Komiker und eine Soubrette, das der „Walhalla“ außerdem noch eine Verwandlungsdänzerin. Der Komiker verfügt über gute Stimmkräfte, die Soubrette hat ein hübsches Gesicht und die Verwandlungsdänzerin außerdem noch sehr schöne Kostüme. — Lobend erwähnt muß auch der Rahmen werden, in dem alles geboten wird. Kostüme und Requisiten hüben und jede Nummer hebt sich wirkungsvoll von einem anderen stimmungsvollen Hintergrund ab.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. In der ersten Sitzung nach den Ferien teilte der stellvertretende Vorsitzende Genosse Wollmann mit, daß der Genosse Wollmann wegen Vergessens sein Mandat als Stadtverordneter und Mitglied der Veranlagungskommission niedergelegt hat. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Stadtv. Gottschalk (lib.) ein Schreiben des Magistrats zur Verlesung, in dem mitgeteilt wird, daß die vor den Ferien erhobenen Vorwürfe gegen Beamte der Tiefbauverwaltung bezüglich der Herstellung eines Vorgartens vor dem Gottschalkschen Hause zu Unrecht erfolgt sind. Zur Kenntnis wurde eine Uebersicht über die Frequenz der Volksschule nach dem Stande vom 1. Mai gegeben. Danach beträgt die Durchschnittsfrequenz aller Klassen einschließlich der Hilfsklassen: 42,74, ohne Hilfsklassen 43,38. Zu beurteilen ist, daß immer noch zwei fliegende Klassen zu verzeichnen sind. Die Abkürzung einer an den Justizminister gerichteten Eingabe, worin ersucht wird, Schöneberg und Berlin als einen Ort im Sinne der deutschen Rechtsanwaltsordnung anzusehen und die bei dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg zugelassenen Rechtsanwälte auf ihren Antrag auch bei dem Landgericht II Berlin zuzulassen, wurde zur Kenntnis genommen. Der Magistrat teilte mit, daß von der Errichtung eines provisorischen Spielplatzes auf dem Gelände zwischen Innendruker und Martin-Lutherstraße Abstand genommen werden müßte, weil der Platz verhältnismäßig sehr klein sei und die Bautätigkeit auch bald einsetze. Dagegen werde beabsichtigt, auf dem städtischen Gelände am Tempelhofer Weg zwischen Ringbahn und Straße C hinter der 14. und 15. Gemeindefschule einen Spielplatz zu errichten. Ein zweiter Spielplatz soll auf dem Parkgelände von der Wilmersdorfer Grenze bis zur Ringbahn sich erstrecken.

Starke (liberal) betonte, man solle auch das Rollschuhlaufen mehr berücksichtigen, da dies ein ganz gesunder Sport sei. Des weiteren führte Redner Klage über die Polizei, die durch ihr sonderbares Vorgehen gegen die Kinder diesen Sport zu unterbinden suche. Es wäre angebracht, eine Rollschuhbahn zu eröffnen. Ebenfalls hätte sich die Freigabe der Schulhöfe gut bewährt.

Küter (Soz.) bedauerte, daß der provisorische Spielplatz nicht errichtet wird, da doch gerade Schöneberg an derartigen Flächen außerordentlich arm sei. Das den Kindern der Insel auch weiter Gelegenheit zum Spielen gegeben werden soll, sei nur gutzuheißen, wenn man bedenke, daß die Laubentkolonisten durch die allenthalben einsetzende Bautätigkeit immer mehr hinausgetrieben werden.

Die Deputation zur Bekämpfung der Mitrösportie soll aufgelöst werden, da die Epidemie erloschen ist; die Geschäfte sollen von der Wohlfahrt- und Krankenhäuserdeputation mit erledigt werden.

Für außerordentliche Mehrleistungen bei Berufsleistungen von amtl. Befähigungen verlangt der Magistrat außer den für das Schöneberger Tageblatt bereits bewilligten 800 M. weitere 700 M. Genosse Däumig beantragte Ablehnung, da das Geld der Steuerzahler nicht dazu da sei, fortwährend Blätter auszuhalten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der Entwurf des Neubaus für das Alters- und Siedenheim in Deutsch-Wusterhausen ist einer Änderung unterzogen worden. Die Versammlung stimmt dem zu. Hierauf gelangte ein Antrag der Liberalen, der dem Magistrat um eine Vorlage ersucht, wo die Unterführung hilfbedürftiger Veteranen, zur Debatte. Nachdem Haselbach (liberal) den Antrag befürwortet hatte, gab Genosse Küter der Ansicht Ausdruck, daß nicht die Kommunen, sondern in erster Linie das Reich und die besitzende Klasse zur Unterhaltung verpflichtet seien. Wenn man jedoch bedenke, daß eine Spende der Millionenbauern in Schöneberg für die Veteranen, Blättermeldungen zufolge, ganze 188 M. ergeben habe, so müße das Mitgefühl eines jeden Menschen für diese Invaliden in den Vordergrund treten. Stadtv. Fröhlich (lib.) stellte in Abrede, daß die Meldung einiger Zeitungen von einer so geringen Summe richtig sei. Der Antrag wurde einer Deputation überwiesen, derselben gehört auch Genosse Däumig an.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Versammlung möge beschließen, zu dem Kongreß der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer einige Delegierte zu entsenden.

Genosse Obst wies auf die Wichtigkeit derartiger Kongresse hin und sprach die Erwartung aus, daß auch diesmal wie bisher delegiert werden möge.

Kammerer Nachowitz meinte, die Entsendung wäre nicht so wichtig, da stenographische Berichte abgefaßt und gedruckt herausgegeben würden, so daß die Information daraus entnommen werden könne. Der Magistrat habe es abgelehnt, Mittel in den Etat einzufüllen.

Zobel (liberal) erklärte, seine Fraktion habe von der Petition keine Kenntnis, weshalb die Sache wohl zurückzustellen sei. Genosse Däumig wies darauf hin, daß die Stadt Mitglied des Verbandes sei und jetzt delegiert habe, so daß diesmal keine Ausnahme gemacht werden dürfe. Auch sei es notwendig, daß ein Delegierter des Kaufmannsgerichts entsendet wird. Genosse Küter wies auf den Wert hin, den diese Kongresse, auf denen wichtige Fragen von Richtjuristen, die im praktischen Leben stehen, erörtert werden. Wenn zu anderen Ereignissen die Mittel vorhanden seien, dann müßten sie hierfür in erster Linie bewilligt werden.

Von liberaler Seite wurde nochmals das späte Eingehen der Petition bedauert; schließlich wurde der Antrag angenommen vier Weisiger zu entsenden und zwar sollen je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem Gewerbegericht und dem Kaufmannsgericht delegiert werden. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Rigdorf.

Die Schuldeputation nahm in ihrer letzten Sitzung von dem vom Hochbauamt vorgelegten Projekt zum Bau einer Gemeindefschule sowie einer Turnhalle auf dem Hintergelände Richardplatz und Richardstraße Kenntnis. Die Deputation beschloß, das Hochbauamt um Abänderung des Projekts dahin zu ersuchen, für die Turnhalle eine Länge von 24 Meter und eine Breite von 12 Meter vorzusehen und außerdem zu versuchen, vier Schulsysteme in dem Projekt unterzubringen. — Einer Anzahl von Lehrpersonen wurde auf ihren Antrag mit Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand Ermäßigung der Pflichtstundenzahl gewährt. Desgleichen werden mehrere Unterstützungsanträge von Lehrpersonen nach erfolgter Prüfung genehmigt. — Von der Erweiterung des Schulhauses in der Kaiser-Friedrich-Straße 4 und von der Einrichtung einer Zentralheizung daselbst durch Anbau von acht Klassen soll vorläufig abgesehen werden. — Die Deputation nahm Kenntnis von der bei Titel I Nr. 10 des Voranschlags der Schulverwaltung für 1900 „Beitrag zur Alterszulagenkasse“ entfallenden Staatsüberweisung von 12 175,92 Mark. Die Ueberschreibung wurde nachträglich genehmigt. Demnach erhält die Deputation Kenntnis von dem Ministerialerlaß vom 18. Juni cr., betreffend die Einführung einer dritten Stunde für Reibübungen in den wöchentlichen Stundenplan. Sie erklärt sich mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden und beschloß, die hiermit gemachten Erfahrungen abzuwarten.

Charlottenburg.

Das Vermögen der Stadt Charlottenburg ist im Jahre 1900 um 10,9 Millionen gewachsen. Dabei entfielen auf die allgemeine Verwaltung 8,4 Millionen, die Wasserwerke 1,16 Millionen, die Elektrizitätswerke 0,87 Millionen, die Kanalisationswerke 0,99 Millionen. Der Vermögenszuwachs entfiel zu rund 50 Proz. durch Ankauf von Grundstücken. 2,87 Millionen Zuwachs betraf ausstehende Kapitalien; um 2,33 Millionen waren die Kassenbestände am 31. März 1910 höher als am gleichen Tage des Vorjahres; der Wert des Mobilars, Inventars usw. ist trotz der vorgenommenen Abschreibungen um mehr als 580 000 Mark gestiegen, weil wesentliche Neuanschaffungen, insbesondere bei den städtischen Werken stattgefunden haben. Aber auch die Schuldenlast der Stadt ist im Jahre 1900 erheblich gestiegen, im ganzen um 7,20 Millionen. Davon wird die allgemeine Verwaltung mit 4,42 Millionen belastet, die Wasserwerke mit 1,05 Millionen, die Elektrizitätswerke mit rund 807 000 M., die Gaswerke mit 561 000 M., die Kanalisationswerke mit 845 500 M. Es sind dabei die Obligationsschulden um 0,4 Millionen gestiegen, die Hypotheken- und Restausgabenschulden, die auf den neu erworbenen Grundstücken lasten, um 2,9 Millionen. Während im Vorjahre die Zinsumsätze der Passiva erheblich größer war als die der Aktiva, übertraf im Jahre 1900 die letztere die erstere um 3,84 Millionen Mark. Im ganzen betragen am 1. April 1910 die Aktiva der Stadt 179,5 Millionen, die Passiva 148,2 Millionen.

Altenverein für freie Erziehung. Sonntag, den 11. d. Mis., findet ein großer Familienausflug nach dem Grunewald statt. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr vor dem Bahnhof Eichkamp. Für Nachzügler bis 3 1/2 Uhr Kaffeepause in der Försterei Eichkamp. Der Vorstand.

Wilmersdorf.

Einen großen Dachstuhlbrand hatten in der gestrigen Nacht die Wilmersdorfer und Charlottenburger Wehren in der Prager Straße 85 zu löschen. Als die beiden Wehren an der Brandstelle erschienen, stand der Dachstuhl des Vorderhauses schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Bodenverschlüge reiche Nahrung gefunden und bedrohten die angrenzenden Gebäude. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt. Der Dachstuhl ist total niedergebrannt. Die Entstehung konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Schmargendorf.

Eine große Beleuchtung des elenden Dreiklassenwahlrechts in den Gemeinden zeigt folgender Fall. In der ersten Abteilung ist soeben an Stelle des verstorbenen Delonierats Ratrats der Kaufmann Saling Hülser aus Neu-Schmargendorf in die Schmargendorfer Gemeindevertretung gewählt worden. Die erste Wählerklasse Schmargendorfs besteht nur aus zwei Stimmberechtigten, der Berliner Handels-Gesellschaft für Grundbesitz und der aus Schmargendorfer Terrain gelegenen Berliner städtischen Gasanstalt. Die beiden Wähler haben alle drei Gemeindevertreter zu wählen, während Hunderte Wähler in der dritten Abteilung nötig sind, um einen Gemeindevertreter wählen zu können. Und da finden sich noch immer Verteidiger eines solchen, aller Logik und Gerechtigkeit höhnsprechenden Wahlsystems.

Röpenitz.

Lohnbewegung der städtischen Arbeiter Röpenitz. Die Arbeiter sämtlicher städtischen Betriebe waren am Montag im „Kaiserhof“ versammelt, um ihre Anträge zum nächsten Etat aufzustellen. Schon im Vorjahre hatten die Arbeiter Anträge eingereicht, die aber unter Hinweis auf die schlechte finanzielle Lage der Stadt abgelehnt wurden. Es wurde ferner damals auch von der städtischen Verwaltung sowie in bürgerlichen Versammlungen erklärt, daß die Arbeitsverhältnisse gute seien und daher eine Aufbesserung nicht notwendig wäre. Unter Berücksichtigung der Verhältnisse und Zustände verzichteten die Arbeiter auf weitere Schritte im Augenblick, erklärten aber in einer Resolution, an den Anträgen festhalten zu wollen und sie zu geeigneter Zeit von neuem zu erheben. Der Zeitpunkt scheint jetzt gekommen. Trotz der so schlechten finanziellen Lage liegt den städtischen Körperschaften eine Vorlage vor, die erhebliche Aufbesserungen der Beamtengehälter vorsieht. Mit Recht erklären die Arbeiter, daß auch ihre wirtschaftliche Lage eine Neuregelung erfordere, fernermaßen ihr Einkommen wesentlich unter dem der Beamten steht. Die Arbeiter können den Beamten eine Aufbesserung, sie müssen aber verlangen, daß auch ihrer Kollage Rechnung getragen wird. Daß die Lohnverhältnisse keine guten sind, kam in den Ausführungen der Versammlungsredner zum Ausdruck. Erhalten doch Straßenreiner noch Löhne von 3,50 M. pro Tag, Kanalisationsarbeiter 3,00 M. festgestellt wurde, daß das Einkommen der Röpenitzer städtischen Arbeiter um 150—450 M. im Jahre niedriger ist als das Einkommen der Arbeiter anderer Vororte. Besonders wurde auf die Vororte Adlershof, Trepow und Friedrichsfelde hingewiesen. Gleich rückständig ist Röpenitz in bezug auf Arbeitszeit. So besteht z. B. für die Feuerhausarbeiter der Gasanstalt noch die zwölfstündige Schicht, während sonst in fast allen Gasanstalten Deutschlands für die schwere Arbeit die Achtstundenschicht eingeführt ist. Ebenso verhält es sich mit der Arbeitszeit der übrigen Arbeiter. Hier ist die zehnstündige Arbeitszeit die übliche. Die Groß-Berliner städtischen Betriebe haben, teilweise schon seit längerer Zeit, den Reinstundentag eingeführt. Nach eingehender Debatte, in welcher auch ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion die Forderungen für vollständig berechtigt erklärte, wurden nachstehende Forderungen aufgestellt:

- Verlängerung der Arbeitszeit:
 - a) in allen kontinuierlichen Betrieben auf 8 Stunden (Dreischichtsystem);
 - b) für sämtliche übrigen Beschäftigten auf 9 Stunden.
- Regelung der Löhne auf der Basis des Wochenlohnes unter Zugrundelegung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 6 Tagen zu 9 Stunden, begw. 6 Schichten zu 8 Stunden.

8. Festlegung fünfjähriger Lohnskalen mit alljährlichen Steigerungen.

4. Für Ueberstundenarbeit 25 Prozent, für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit 50 Prozent Zuschlag.

Zum Dreischichtsystem der kontinuierlichen Betriebe zählt, wenn sieben Schichten in einer Woche, die siebente Schicht als Sonntagsarbeit mit entsprechendem Zuschlag; für die Nachtschichten kommt hingegen der Zuschlag nicht in Betracht.

5. Lieferung von Schutzkleidung und Seife bei besonders schmutzigen Arbeiten.

Den Wochenlöhnen sind im allgemeinen die derzeitigen Tageslöhne zugrunde gelegt. Die Forderungen sind also sehr bescheiden zu nennen. Allein in den Lohnskalen kommt ein höherer Lohn zum Ausdruck, doch bewegen sich alle Sätze unter den zurzeit in den Berliner Vororten üblichen. Für das Personal der Straßenbahn wird neben einer neunstündigen Arbeitszeit eine Erhöhung der Monatsgehälter um 5 M. gefordert. Für die Werkstattarbeiter dieses Betriebes ein Stundenlohn von 40 Pf. für Tagesarbeit und 50 Pf. für Nachtarbeit. In der Versammlung kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Arbeiter gewillt seien, diese Forderungen bis zum Äußersten zu verteidigen.

Friedrichshagen.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Dr. Alfred Bernstein einen lehrreichen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die öffentliche Gesundheitspflege“. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, in der besonders kritisiert wurde, daß der Staat von den Mitteln der Invalidenversicherungsbeträge so wenig für soziale Zwecke verwendet. Hierauf wurden sechs neue Mitglieder aufgenommen, darunter eine Genossin. Alsbald berichtete Genosse Riele über die Verbandsgeneralversammlung. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner gegen eine Erhöhung der Beiträge, weil es sonst noch schwerer sein würde, aus den ländlichen Kreisen neue Mitglieder für die Organisation zu bekommen. Genosse Riele machte alsbald auf den am 4. Oktober beginnenden Vortragszyklus des Genossen Grunwald aufmerksam. Das Stiftungsfest des Wahlvereins findet am 26. November im Eisstiller statt.

Bris.

Am Dienstag, den 30. August bis Mittwoch, den 31. August trat am hiesigen Ort ein mittelalter geisteskranker Mann unter. Derselbe hat in einem Lokal seinen Trauring, gezeichnet H. M. 21. 5. 99., hinterlassen, weiß aber das Lokal nicht mehr anzugeben. Personen, welche darüber Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Adresse an die Vorwärtsredaktion A. Rosenkranz, Rummelsburg, Alt-Boghsagen 56, gelangen zu lassen.

Wittenau.

Dem König 3 1/2 Millionen, dem Volke neue Steuern laute das Thema, das in einer Volksversammlung im Lokale von Eberhardt Gen. Schubert-Spandau behandelt. Die trefflichen Ausführungen des Redners über unsere sozialen Zustände, die in scharfem Kontrast zu der 3 1/2 Millionenforderung Wilhelm II. stehen, wurden von den Versammelten mit stürmischem Beifall entgegengenommen. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: Die in Eberhardts Festreden in Wittenau tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Anwesenden protestieren auf das entschiedenste dagegen, daß dem König zu seinen schon enormen Einnahmen noch weitere 3 1/2 Millionen bewilligt worden sind, während das deutsche Volk durch die unsinnige Zollpolitik in seiner Ernährung ungesünder geschädigt ist. Die Anwesenden protestieren ferner gegen die absolutistischen Aeußerungen des Monarchen und fordern die Einhaltung der Verfassung. Die Versammelten verpflichten sich, mitzubeistehen, daß endlich das freie, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Personen beiderlei Geschlechts in Staat und Kommune eingeführt werde. Um dies zu erreichen, geloben die Versammelten, die politischen sowie gewerkschaftlichen Organisationen durch ihren Eintritt stärken zu helfen und die Arbeiterpresse zu abonnieren.

Berliner Arbeiter-Schachklub.

- Osten I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Böhl, Adlersdorfer Str. 26.
II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Bok, Webersstr. 6.
Süden: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Uebelstein, Wasserwerkstr. 8.
Westen: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Böhler, Karlshof 17, Ecke Flottwellstr.
Norden I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Rasmich, Markt. 13b.
II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Reich, Drontheimer Str. 4.
III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Bagans, Gaudstr. 3.
IV: jeden Sonnabend 1/9 Uhr bei Böhringer, Weidmannstr. 23.
Zentrum: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Bok, Klosterstr. 101.
West II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Lamprecht, Wulffstr. 10.
Niedersberg: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Blume, Alt-Boghsagen 56.
Rigdorf I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Blummann, Reuterstr. 46.
II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Weiß, Hermannstr. 160, Ecke Emlener Straße.
Ober-Schöneberg: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rodenbusch, Wilhelmshofstraße 64, Ecke Rathenauftrage.

Seife und Diskantierklub „Süd-Ost“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Riedberg, Gölter Straße 58; Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag über die Mehrwerttheorie von Karl Marx. — Gäste willkommen.

Seife- und Diskantierklub „Süd-Ost“. Heute abends 8 1/2 Uhr bei Grünberg, Rodenbergstr. 8, Sitzung. Gäste willkommen.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Schlachtvieh: Zufuhr in Mäßen genügend, Geschäft lebhaft, Preise geringfügig. Fisch: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 6. September 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Emmenda	761,5	SW	1 heiter	14	Daprun	770,0	RO	4 halbhd.	10
Lamburg	761,5	SW	2 wolkig	14	Petersburg	761,5	S	1 bedeckt	16
Berlin	760,9	1 heiter	13	Seitz	768,8	SW	2 bedeckt	14	
Kranich	761,0	2 bedeckt	13	Aberdeen	770,8	SW	1 bedeckt	14	
München	762,5	2 wolkig	10	Paris	766,8	SW	2 bedeckt	13	
Wien	758,8	SW	3 Regen	11					

Wetterprognose für Mittwoch, den 7. September 1910. Nimmlich kühl und veränderlich, stellenweise mit etwas Regen und mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 9.	am 6. 9.	Wasserstand	am 5. 9.	am 6. 9.
Remel, Mühl	198	-8	Saale, Gröblich	86	+8
Regel, Unterburg	7	+12	Qavel, Spandau	78	+4
Reichel, Horn	86	-8	Qavel, Rathenow	82	0
Oder, Rasthof	368	-5	Spree, Strömberg	126	0
• Krosen	134	+5	Beeslow	176	-2
• Franzfurt	169	+25	Bejer, Ribben	-72	+2
• Wittenberg	-2	0	• Ribben	18	-12
• Landsberg	-19	+2	• Rhein, Maginiansau	528	-5
• Rega, Borkum	-2	+2	• Rahn	317	+17
• Elbe, Weitzdorf	127	-19	• Rahn	308	+17
• Dresden	20	-5	• Katz, Döllbrom	115	+7
• Dard	79	0	• Rain, Bercheta	142	+2
• Magdeburg	82	0	• Woiel, Trier	76	+4

+) + bedeutet Hoch, -) -) Unterpegel.

